Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, 1. Oktober 1930** | **10. Jahrgang * Nr. 230**

Hungerblockade gegen das werktätige Volk

Das Ausplünderungsprogramm der Diktatur-Regierung — Antwortet mit der Durchführung der Beschlüsse der Delegierten-Konferenz der chemischen, der keramischen Industrie und des Bergbaues Vorwärts zum Streik, vorwärts zum politischen Massenstreik!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 1. Oktober.**

Brüning hat gestern dem Reichspräsidenten Hindenburg und dem sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Braun das Raubprogramm der Regierung vorgetragen. Anhließend hieran hatte Brüning sich in einer Aussprache mit Braun

die Zustimmung Preußens im Reichsrat gesichert.

Darauf wurde das Regierungsprogramm veröffentlicht.

In der Begründung wendet sich Brüning nicht an den neugewählten Reichstag, sondern erklärt, daß die Regierung ihre Vorschläge „dem deutschen Volke" unterbreitet. Das Programm wird weiter als „einheitlicher Plan" bezeichnet. So wird von vornherein zum Ausdruck gebracht, daß es sich um

ein Diktaturprogramm handelt, zu dem der neue Reichstag zwar „Ja" sagen darf, an dem die Regierung aber nichts ändern lassen will.

Rund 1 Milliarde Mark will die Reichsregierung am Haushaltsetat für das Reichshalbjahr 1931 auf Kosten der Werktätigen ersparen.

120 Millionen Mark sollen den Reichsbeamten aus der Tasche gezogen werden.

Ihre Gehälter sowie die Versorgungsbezüge der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger sollen vom 1. April 1931 auf die Dauer von drei Jahren um 6 Prozent gekürzt werden.

Die gleiche Gehaltskürzung soll bei den Reichsbahn-, Reichsbank- und den Beamten in den Ländern, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts erfolgen. Im Schlußabsatz des Programms erklärt die Regierung, daß die in der öffentlichen Wirtschaft angebahnte Kürzung der Gehälter innerhalb der Privatwirtschaft weiter wirken muß.

100 Millionen Mark will die Reichsregierung auf Grund der bei den Ländern und Gemeinden durchgeführten Gehaltssenkung den Ländern und Gemeinden weniger überweisen.

300 Millionen Mark sollen durch eine Ausgabensenkung im Reichshaushalt durch Abstriche bei den sozialen und kulturellen Ausgaben eingespart werden.

Die Ledigensteuer und 5 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer bleiben aufrechterhalten.

127 Millionen Mark sollen durch Erhöhung der Zölle und Steuern, durch eine stärkere Belastung des Tabaks eingenommen werden.

Dafür wird zu gleicher Zeit den Besitzenden, Ausbeutern, Großagrariern und Unternehmern ein Steuergeschenk durch Herabsetzung der Besitzsteuern um 320 Millionen Mark gemacht.

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft sieht der Plan der Brüning-Regierung den vollständigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vor. Bis zum 1. April 1936 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau abgebaut werden. Am 1. April 1934 soll endgültig die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes erfolgen. Das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz sollen am 1. April 1936 endgültig außer Kraft treten.

Außer diesem auf längere Zeit berechneten „Wirtschafts- und Finanzplan" wird die Brüning-Regierung noch vor dem Zusammentritt des Reichstags auf diktatorischem Wege einen anderen ungeheuren Schlag gegen die werktätigen Massen führen.

Die Beiträge zu der Arbeitslosenversicherung werden durch die Notverordnung des Reichspräsidenten von 4½ auf 6½ Prozent erhöht und gleichzeitig wird angeordnet, daß ein verstärkter Zwang zur Annahme angebotener Arbeit für Unterstützte durchgeführt werden soll.

*

Die Regierung Brüning wagt es, ein solches Programm vorzulegen, wagt es, durch ihre Pressen ankündigen zu lassen, daß sie dieses Programm auf dem Wege der Diktatur durchzuführen gewillt ist,

Sie weiß hinter sich die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien, sie weiß, daß weder die Nazis noch die Sozialdemokraten gegen dieses Ausplünderungsprogramm ernsthaften Widerspruch erheben werden.

Den Nazis ist eben erst von der „Deutschen Allgemeinen Ztg." attestiert worden, daß sie in Thüringen alle ihre Wahlversprechungen schnöde gebrochen, daß sie alle nur denkbaren volksfeindlichen Maßnahmen in der Regierung und im Parlament beschlossen, daß sie sich als ergebene Knechte des Young-Kapitals erwiesen haben.

Die Politik der Sozialdemokratie ist — mag sie sich in der Regierung oder in der „Opposition" befunden haben — stets so gut bürgerlich gewesen, daß sie auch jetzt jede Maßnahme billigen und unterstützen wird, die zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung bestimmt ist. Deshalb ist es auch nichts anderes als Spiegelfechterei und neuer Arbeiterbetrug, wenn in einem Artikel des Paul Loebe, der gestern auch vom „Volksblatt" abgedruckt wird, davon die Rede ist, daß die SPD. „die wirtschaftlichen, nichtsozialen Interessen der anderen" nicht schützen helfen will.

Das ungeheuerliche Raubprogramm der Brüning-Regierung wird verkündet in dem gleichen Augenblick, in dem in den Betrieben Massenentlassungen vorgenommen werden, in dem auf breiter Front die Unternehmer vorstoßen, um die Hungerlöhne der Arbeiter noch tiefer zu drücken.

Wollen die Arbeiter es dulden, daß man sie opfert, damit die kapitalistische Ausbeuterordnung fortexistiert?

Kein Arbeiter kann sich, kein Arbeiter wird sich in das Schicksal ergeben, daß der Arbeiterklasse von ihren Ausbeutern zugedacht ist.

Die Arbeiter müssen kämpfen, aber sie müssen wissen, wie sie den Kampf vorbereiten, wie sie ihn führen sollen. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die Kommunistische Partei zeigen den Arbeitern den Weg. Auf den Hungerfeldzug der Unternehmer gilt es zu antworten mit der

Organisierung des Streiks um Lohnerhöhungen, um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um die Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Am Sonntag hat in Halle die Delegiertenkonferenz für die chemische, für die keramische Industrie und für den Bergbau getagt. Sie hat den Beweis erbracht, daß der Kampf möglich

Lohnraub im Leuna-Werk

180 Angestellten gekündigt

Unter der Maske einer sozialen Maßnahme, nämlich der Herabsetzung der Arbeitszeit in den durchgehenden Schichtbetrieben von 56 auf 48 Stunden zum Zwecke der Sicherung der Arbeitsplätze für „überflüssige" ungelernte Arbeiter und Facharbeiter, hat die Leuna-Direktion einen Lohnabbau angeordnet. Da die Leuna-Könige für die in Wegfall kommenden Arbeitsstunden keinen Lohnausgleich gewähren, kommt ein Lohnabbau von rund 15 Prozent zustande.

Gegen diesen schmalosen Raub, der selbstverständlich von den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten und Betriebsräten gutgeheißen wird, müssen die Leuna-Proleten mit der Organisierung und Aufnahme des Kampfes unter Führung der RGO. antworten.

*

Außerdem wird bekannt, daß am 30. September 180 Leuna-Angestellten gekündigt worden ist. Die Angestellten gehören in die Kampffront.

Die RGO. organisiert den Kampf der Berliner Metallproleten

während die DMV.-Bürokraten zum Schlichter gehen

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 1. Oktober.**

Die Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages sind gestern vollkommen ergebnislos gescheitert. Den Unternehmern genügte nicht einmal der von der DMV.-Bürokratie vorgeschlagene Lohnabbau von 8 Prozent.

Sie bestehen auf der Senkung der Tariflöhne um 15 Prozent.

Die Gewerkschaftsführer machten, um zum weiteren Kuhhandeln Zeit zu gewinnen, den Vorschlag einer Verlängerung des Lohnabkommens um ein halbes Jahr. Nach dem Scheitern der Verhandlungen werden sie den Schlichtungsausschuß anrufen, der noch in dieser Woche zusammentritt und eine Entscheidung herbeiführen soll.

Die Gewerkschaftsbürokratie will damit dem Kampf aus dem Wege gehen und wird jeden Schiedsspruch annehmen, der gefällt wird.

Im Fuhrgewerbe und bei den Bauschlossern haben die Unternehmer schon einen Lohnabbau vorgenommen. Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich deshalb nicht gerührt. Sie fordert einzig und allein zur Besonnenheit auf, das heißt, die Arbeiter sollen sich den Lohnraub ruhig gefallen lassen.

(Eig. Ber.) **Berlin, 1. Oktober.**

Eine gut besuchte Betriebsversammlung der Norddeutschen Kabelwerke Neukölln beschloß:

„Die Belegschaft stellt sich hinter die Forderungen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition und beschließt, jeden Lohnabbau mit dem Streik zu beantworten. Sie fordert die Berliner Metallarbeiter auf, geschlossen gegen den Unternehmerangriff zu stehen unter der Forderung: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich."

Die Betriebsversammlung bildete einen vorbereitenden Streikausschuß.

Die Vorgänge in der Berliner Metallindustrie zeigen den Metallarbeitern in unserem Bezirk, insbesondere den Lauchhammer-Proleten, wie der Artikel einzuschätzen ist, der am Montag im „Volksblatt" erschien und in dem ihnen versprochen wurde, was alles die reformistische Verbandsbürokrate für sie tun wolle. Jeden Lohnabbau will die Bürokratie angeblich verhindern.

Glaubt ein Lauchhammer-Prolet, glaubt ein mitteldeutscher Metallarbeiter, daß die reformistischen Bonzen in den Bezirken anders handeln als in Berlin?

Wenn die Metallproleten den Lohnraub sich nicht gefallen lassen wollen und sie dürfen es nicht, dann gibt es nur einen Weg,

die Organisierung des Streiks unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Nehmt in allen Betrieben Stellung zu dem Tarifentwurf der RGO., wählt vorbereitende Kampfausschüsse, bildet Betriebswehren.

Massenkündigungen von Angestellten im Griesheim-Konzern

(Eig. Bericht.) **Bitterfeld, 1. Oktober.**

Gestern sind etwa 46 Angestellten des Griesheim-Konzerns Bitterfeld Kündigungsschreiben zugegangen. Diese Massenkündigung von Angestellten ist auf die jetzt erneut mit aller Schärfe einsetzenden Rationalisierungsmaßnahmen zurückzuführen. Eine große Anzahl der gekündigten Angestellten hat das ihnen auf Grund der Kündigungsfrist von einem Vierteljahr zustehende Gehalt sofort ausgezahlt bekommen. Diese Angestellte brauchen also heute schon nicht mehr auf ihrer Arbeitsstelle zu erscheinen. Nur ein ganz geringer Teil der Angestellten, der den blauen Brief bekommen hat, wird pensioniert.

Unter der Belegschaft des Griesheim-Konzerns, vor allem aber unter den Angestellten, hat auf Grund dieses Vorgehens der Unternehmer eine ungeheure Empörung Platz gegriffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0001

ist, daß er mit größter Beschleunigung vorbereitet und aufgenommen werden muß.

Die Beschlüsse der Delegiertenkonferenz müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden. Das engste Kampfbündnis zwischen den Erwerbslosen und den in den Betrieben stehenden Arbeitern muß hergestellt werden.

Auf das neue Steuerraubprogramm der Regierung Brüning ist die Antwort die Organisierung des Steuerstreiks. Auf die faschistischen Regierungsmethoden ist die Antwort der politische Massenstreik.

Wenn jetzt die Arbeiter, wenn jetzt die werktätigen Massen sich nicht rühren, wenn sie jetzt nicht kämpfen, dann bedeutet das eine grausame Verelendung, ein Millionensterben des schaffenden Volkes.

Setzt Euch zur Wehr, kämpft, streikt gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die faschistische Diktatur!

Kämpft für Sowjet-Deutschland!

Der Kampf gegen die Diktatursteuern geht weiter

Die Gemeindevertretung von Wolteritz (Kreis Delitzsch) hat in ihrer letzten Sitzung die Einführung der Neger- und Biersteuer einstimmig abgelehnt.

In Schladitz (Kreis Delitzsch) wurde die Einführung der Biersteuer mit 6 Stimmen der Bürgerlichen gegen 5 Stimmen der KPD. und SPD. angenommen. Die Negersteuer wurde einstimmig abgelehnt.

Dem Aufruf der roten Kommunalfunktionäre zum Steuerstreik schließt sich an der Genosse Wilhelm Zachäus, Schöffenstellvertreter in Eisdorf (Mansfelder Seekreis).

Die revolutionären Gemeindevertreter Sachsens beschließen Steuerstreik

Am vergangenen Sonnabend und Sonntag fand eine Versammlung aller revolutionären Gemeindevertreter Sachsens in Dresden statt. 200 Vertreter aus den wichtigsten Gemeinden waren anwesend, die gemeinsam mit den ebenfalls erschienenen Betriebs- und Erwerbslosendelegationen über die Führung des Kampfes berieten. Es war eine ausgesprochene Arbeitstagung, die sich auf reichhaltiges Material stützte. In der angenommenen Resolution heißt es:

„. . . in allen Gemeinden, wo die Diktatursteuern durchgeführt werden, ist neben dem parlamentarischen Kampf der Steuerstreik und die Steuersabotage als Gegenwehr durchzuführen. Daneben muß die Auflösung des Gemeindeparlaments durch außerparlamentarischen Druck erzwungen werden. Die Einberufung von Einwohnerversammlungen ist sofort vorzunehmen."

Die revolutionären Gemeindevertreter fordern zur sofortigen Bildung von Komitees gegen die Massensteuern auf, in welchen die Vertreter der Betriebe, der sozialpolitischen Organisationen, der Mittelstandsvereine und Erwerbslosen zusammengefaßt sind und die in entsprechenden Versammlungen der in Frage kommenden Kreise gewählt sind.

*

Das Gemeindeverordnetenkollegium Hoburg (Sachsen) nimmt einen Antrag der kommunistischen Fraktion an, der es ablehnt, die Gemeindesteuererhebungen nach der Notverordnung durchzuführen. Sie erhebt schärfsten Protest gegen die Steuerdiktatur.

NSDAP. als Schutztruppe der Young-Verfassung

(Eig. Bericht.) **Berlin, 29. September.**

Wir sind in der Lage, aus einer Versammlung einer Sturmabteilung vor einigen Tagen im Wiener Garten, Berlin SO 36, die neue Politik der Nazipartei in ihrer praktischen Auswirkung berichten zu können.

Dort sprach der Standartenführer Wilhelm Krach, der erklärte, im Auftrage Hitlers und des Berliner Gaues über die veränderte politische Linie und die veränderte Taktik berichten zu müssen. Er führte u. a. aus:

„Wir leben nicht mehr im Jahre 1923, sondern im Jahre 1930. Das Ziel muß jetzt mit legalen Mitteln erreicht werden. Die NSDAP. schützt heute die Verfassung von Weimar. Aus diesen politischen Erwägungen heraus muß auch die SA. ihre bisherige Taktik aufgeben. Was er mit diesen Ausführungen meine, müsse jeder selber zwischen den Zeilen herauslesen; denn man müsse heute vorsichtig sein. Aus diesen Erwägungen heraus habe der Parteichef Adolf Hitler den Gautag in Potsdam abgeblasen. Denn die Partei darf heute als Regierungspartei sich nicht mehr mit den Kommunisten und ähnlichem Gesindel herumschlagen, das überlasse man ab heute der Polizei."

Herr Krach erklärte ferner, bei Unruhen und Tumulten sei ab heute das Ueberfallkommando (des Herrn Zörgiebel) anzurufen. Die bisherige Methode der SA., loszuknallen und Selbstschutz auszuüben (ein interessantes Geständnis) sei ab heute nicht mehr anzuwenden. Er sagte: „Die Sturmabteilungen sind ab heute legal und begeben sich freiwillig unter Polizeiaufsicht." (!) Krach sagte sogar nervös: Es handle sich heute darum,

„die Partei auf legalem Wege gewissermaßen auch salonfähig zu machen".

*

Die Enthüllung aus der Sturmabteilungsversammlung der Nazipartei bestätigt mit voller Klarheit, daß die Nazipartei skrupellos und volksverräterisch auf dem Weg zu den Regierungssesseln der Young-Republik ist.

Nach Fricks Negersteuerpolitik in Thüringen sind die Nazi-regierung in Braunschweig und das Bündnis Hitler-Bredt, über das wir gestern berichteten, weitere Etappen auf dem unverhüllten Marsche Hitlers zu Young.

6½ Millionen Wähler, von Hitler mit der Vortäuschung des Kampfes gegen das Young-System genarrt und betrogen, werden bald am eigenen Leib die Ministersesselreife und Salonfähigkeit der faschistischen Verräterpartei zu spüren bekommen.

Jeder weitere Tag der Entwicklung zur faschistischen Diktatur in Deutschland, der die revolutionäre Arbeiterschaft unter der Führung der Kommunistischen Partei vor die gewaltigsten, ernstesten Kampfaufgaben stellt, wird auch unsere revolutionäre Freiheitsarmee verstärken.

Wir sind die Kraft, die die Massen gegen den Volksverrat des Faschismus und der Sozialdemokratie zur großen Einheitsfront sammelt und sie in den Kampf zur Zertrümmerung der faschistischen Diktaturpläne, zur Erkämpfung von Brot und Freiheit durch Sowjet-Deutschland führt.

Massenentlassungen von Angestellten und Beamten

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 1. Oktober.**

Der in Verbindung mit dem Diktaturprogramm Brünings vorgesehene Beamtenabbau hat schon eingesetzt. Beim Statistischen Reichsamt ist die Entlassung von 600 Angestellten und Beamten in Angriff genommen worden. Ein großer Teil von Kündigungen ist gestern ausgesprochen worden.

Faschistische Diktatur mit oder ohne Nazis

Eines der führenden Organe der deutschen Bourgeoisie, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", befaßt sich in der Reichsausgabe vom Dienstag in einem Leitartikel mit der Frage: „Was will die Nation?" Sie forderte Fühlungnahme mit den Nazis und sie empfiehlt die Nazis folgendermaßen:

„In praktischer Hinsicht hat das thüringische Beispiel bewiesen, daß die Nationalsozialisten den Unterschied zwischen Opposition und Verantwortung durchaus begreifen. Sie haben dort zugestimmt einer Kopfsteuer ohne Staffelung, der Erhöhung des Schulgeldes, erheblichen Ersparnissen im Wohlfahrtswesen und im Schuletat. In der Frage der Unterstützung der Erwerbslosen, Kleinrentner und Sozialrentner haben sie ihre von der Sozialdemokratie wörtlich aufgenommen früheren Oppositionsanträge mit den übrigen Rechtsparteien zusammen niedergestimmt. In Braunschweig treten sie für eine 10prozentige Kürzung der Beamtengehälter ein."

Die Nazis sind für die Teilnahme an einer Ausbeuterregierung schlimmster Art genügend legitimiert. Für den Fall, daß trotzdem die Koalition mit den Nazis nicht zustande kommt, hat die „DAZ." eine andere Lösung in Bereitschaft, „nämlich die Bildung eines von den Parteien vollkommen unabhängigen Kabinetts der Sanierung". Wie dieses Kabinett regieren soll, das gibt die „DAZ." gleich bekannt:

„Der Entschluß, über allzu kleinliche Interpretationen (Auslegungen. Die Red. des „Klassenkampf") der Verfassung hinauszugehen, wäre dann nicht zu vermeiden. Das deutsche Volk wünscht nicht, nach diesem oder jenem Paragraphen weiter ins Unglück, sondern durch entschlossne Taten des Reichspräsidenten und der Männer seines Vertrauens zur Rettung des Staates geführt zu werden."

Die „Germania", das Blatt des Diktaturkanzlers Brüning, das Zentralorgan des Zentrums, das sich krampfhaft bemühte, die führende Rolle des Zentrums bei der Vorbereitung der faschistischen Diktatur zu verschleiern, läßt jetzt die Maske fallen:

„Das Parlament steht vor einer historischen Aufgabe: Es muß entscheiden, ob es diesem Problem der Führung (die faschistische Diktatur. D. Red.) anerkennt und ob es der Führung den notwendigen Raum schaffen will, den sie braucht um das Reich aus der Not der Zeit mit allen Mitteln und weitestgehenden Vollmachten herauszuführen."

Die „Kölnische Volkszeitung" muß sich auf Grund der Tatsache, daß sie unmittelbar von den katholischen Mittelständlern und Arbeitern des Rheinlandes kontrolliert wird, etwas vorsichtiger ausdrücken. Sie droht aber gleichfalls:

„Außerordentliche Zeiten können außerordentliche Maßnahmen notwendig machen, und wenn es mit dem Reichstag nun einmal nicht geht, muß der Versuch der Rettung Deutschlands auf anderem Wege unternommen werden."

Die Rolle der Sozialdemokratie ist angesichts der drohenden faschistischen Diktatur (die, wie ein der Regierung nahestehendes Blatt geschwätzig ausplaudert, eine Diktatur des Hindenburg-Kreises, des Generals Schleicher sein wird), die Rolle eines Helfershelfers.

Der Kreis um Hindenburg hat die Absicht, den Reichstag nach seinem Zusammentritt sofort auf unbestimmte Zeit zu vertagen und, wie die „Deutsche Zeitung", das Blatt des Ministers Treviranus, mitteilt, hat Brüning in der Unterredung mit Braun unter der Drohung, die Preußen-Regierung zu sprengen, die Forderung gestellt, daß die Sozialdemokraten der Vertagung des Reichstages zustimmen müssen. Der „Vorwärts" geht auf alle diese Feststellungen mit keinem Wort ein. Er schweigt sie tot, das heißt, er bestätigt sie. Er schweigt auch die drohende faschistische Diktatur tot und fährt fort, davon zu schwafeln, daß man ohne die Sozialdemokratie nicht regieren könne.

Die „Deutsche Zeitung" charakterisiert vollkommen richtig die Haltung des „Vorwärts", wenn sie erklärt,

„daß die Sozialdemokratie sich den Weg freihalten will, ohne zuzugestehen, daß das tatsächlich eine Unterstützung des Kabinetts Brüning wäre".

An dem „Widerstand" der Sozialdemokratie wird die faschistische Diktatur ganz bestimmt nicht scheitern, im Gegenteil. Um so größer ist die Aufgabe der Kommunisten, alle Arbeiter und vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter, zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu mobilisieren.

Brüning plant Vertagung des Reichstags bis Januar

Die SPD. zur Unterstützung der Pläne Brünings bereit

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 29. September.**

Zur Durchführung des Brüning-Programms bereitet der Generalstab [illegible] die Hindenburg-Regierung, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, [illegible] des Reichstages bis zum Januar. Das Kabinett bedürfe lediglich der Bestimmungen über die Rückzahlung der [illegible] der Mehrheit des Reichstages. Man rechnet, daß die [illegible] mit den Sozialdemokraten zu erreichen ist [illegible] auch ihr Einverständnis zur Vertagung des Reichstags [illegible] werden.

30000 neue Kämpfer gegen Faschismus und Justizterror

Nach einer vorangegangenen Sekretärkonferenz trat in Berlin der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands zu einer Sitzung zusammen. Genosse Wilhelm Pieck, Vorsitzender der Roten Hilfe, charakterisierte in einem einleitenden politischen Referat die außerordentlich ernste politische Lage. Ueber 5000 Arbeiter sind in den ersten acht Monaten des Jahres 1930 angeklagt, über 1200 von ihnen in den Kerker geworfen worden. Der Sozialfaschismus und die faschistischen Mordbanden sind die blutigsten Werkzeuge des Kapitalterrors. Angesichts dieser überaus ernsten Lage erwachsen der Roten Hilfe große Aufgaben, die durch die Entwicklung der RHD. zur gesteigerten Massenbewegung gemeistert werden müssen. Im antifaschistischen Abwehrkampf fällt gerade der Roten Hilfe, die den Kampf gegen faschisierte Justiz, Nazi- und Polizeiterror führt, eine besonders große Aufgabe zu. Insbesondere gilt es, die bei weitem noch nicht genügende Bearbeitung der Betriebe zu steigern und neue starke Positionen der Roten Hilfe durch Gründung von Betriebsgruppen zu schaffen. Unter großem Beifall schloß Genosse Pieck:

Auf den Massenterror gegen das kämpfende Proletariat werden unter Führung der Roten Hilfe die werktätigen Schichten mit praktischer Solidarität für die Opfer antworten und so die Geldmittel zur Unterstützung aller von Polizei und Justiz verfolgten Kämpfer aufbringen.

Dann berichtet Genosse Waibel über die organisatorischen Erfolge, die die Rote Hilfe besonders seit der letzten Zentralvorstandssitzung, die vor ungefähr drei Monaten stattfand, gehabt hat.

Die Juni-Juli-Werbekampagne brachte einen starken Aufschwung der Mitgliederwerbung.

Annähernd 30 000 neue Kämpfer reihten sich der Rote-Hilfe-Bewegung ein.

In allen Teilen des Reiches sind neue Ortsgruppen gegründet sowie Kollektivmitgliedschaften geworben worden.

Die ganze Kraft der Organisation muß in erster Linie auf den **Kampf gegen den Faschismus und gegen den faschistischen Terror** eingesetzt werden.

In der Diskussion kam der Aufschwung, den die Rote-Hilfe-Bewegung in den letzten Monaten genommen hat, klar zum Ausdruck.

Alfons Goldschmidt appelliert an die Intellektuellen.

Genosse Rechtsanwalt Dr. Löwenthal kennzeichnete den Charakter der Schnelljustiz, die einen immer stärker ausgesprochenen gegen links eingestellten Charakter annehme und sich zur Schandjustiz gegen das kämpfende Proletariat entwickle, der man aufs schärfste entgegentreten muß.

Entwicklung der RHD. zur Massenbewegung

In den einstimmig angenommenen Resolutionen heißt es zu den Aufgaben der RHD. u. a.:

„In der gegenwärtigen ernsten politischen Lage fällt der Roten Hilfe die Aufgabe zu, die Massen zum Kampf gegen den vordringenden Faschismus und gegen den Polizei- und Justizterror zu mobilisieren.

Das Hauptgewicht unserer Tätigkeit muß deshalb gelegt werden auf:

a) Verstärkung unseres politischen Kampfes gegen den anwachsenden faschistischen Terror.

b) Verbreiterung und Festigung unseres Einflusses unter den werktätigen Massen, stärkster Ausbau unserer Organisation.

c) Sicherung der Rechtsschutz- und Unterstützungsleistungen durch erhöhte Werbe- und Sammeltätigkeit."

Eine größere Beachtung muß der Gewinnung der werktätigen Frauen geschenkt werden, um so mehr, als die Frauen und Kinder bei jeder Verhaftung, bei jedem Klassenurteil, bei jedem Terrorfall ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen werden und die Unterstützung der Roten Hilfe in Anspruch nehmen.

Antifaschistische und Winterhilfskampagne

„Der Kampf der Roten Hilfe in den nächsten Monaten konzentriert sich in der Aktion gegen den vordringenden Faschismus und Klassenjustizterror und in der Winterhilfskampagne.

Die Winterhilfskampagne darf nicht nur eine Werbe- und Sammelaktion sein, sondern muß als eine politische Aktion geführt werden, wobei die praktische Solidaritätsbekundung mit den Opfern des weißen Terrors besonders zum Ausdruck kommt."

Nach dem Schlußwort des Genossen Pieck, das in dem Appell ausmündete, alle Kräfte für die kommenden Aufgaben zusammenzureißen, wurden die vorgelegten Entschließungen einstimmig angenommen.

Hungeroffensive bei Opel, Rüsselsheim

Unter dem fadenscheinigen Vorwand, „aus Gründen der Inventuraufnahme vorübergehend" den Betrieb zu schließen, kündigt die Opel General-Motors-A.-G. in Rüsselsheim an, daß sie ab 15. Oktober den gesamten Betrieb auf zwei Wochen stillegen wird. Zugleich wird angekündigt, daß Veränderungen in der Arbeiter- und Angestelltenschaft in dem Rahmen vorgenommen werden, wie sie in jedem großen Betrieb täglich vorkommen, d. h. daß laufend Massenentlassungen erfolgen.

Die Stillegung selbst ist aber eine großzügige Rationalisierung und Umorganisierung nach den raffiniertesten amerikanischen Ausbeutermethoden als Krönung der bisherigen Massenentlassungen.

Jedenfalls steht heute schon fest, daß nur ein Bruchteil der bisherigen Belegschaft am 1. November in den Betrieb wieder aufgenommen wird. Die Opel-Belegschaft kann dieser Nationalisierungsoffensive nur begegnen durch sofortige Organisierung und Aufnahme des Kampfes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0002

Sie bauen eine neue Welt!

Das dritte Jahr des Fünfjahrplans beginnt — Gute Vorzeichen

Mit dem Monat September schließt das zweite Jahr des grandiosen Fünfjahrplanes in der Sowjetunion ab. Die Bilanz dieses Jahres ist ausschlaggebend für die weitere Durchführung im kommenden Wirtschaftsjahr 1930/31. Was ist in der Sowjetunion bisher erreicht worden?

Der Industriebericht der Moskauer Zeitung „Sa Industrialisaszijy" vom 24. September für den Augustmonat und die elf Monate des laufenden Wirtschaftsjahres zeigen, daß es in der Sowjetunion mit Riesenschritten vorwärts geht. Der Plan wird nicht nur erfüllt, sondern in vielen und wichtigen Industrien überschritten.

Folgende Produktionssteigerungen sind in den einzelnen Industrien im August zu verzeichnen:

		in Prozenten vom Juli
Naphtha (in Tonnen)	1 647 450	102,7
Elektroindustrie (in 1000 Rubel)	14 428	130,0
Kabelproduktion (in 1000 Rubel)	10 100	113,0
Schwachstromind. (in 1000 Rubel	12 880	150,0
Akkumulatoren (in 1000 Rubel)	1 963	123,5
Lampen für Elektro	2 521	104,6
Zement (in Tonnen)	288 853	100,3
Fourniere (geleimtes Holz)	28 938	107,1
Schieferplatten (1000 Stück)	8 260	105,9
Baumwollwaren (in 1000 Meter)	84 901	107,5
Wollwaren (in 1000 Meter)	11 233	100,4
Leinenwaren (in 1000 Meter)	13 863	108,7

Im August beträgt die Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in der Schwerindustrie 38,5 Prozent und in der verarbeitenden Industrie 14,4 Prozent, insgesamt also 25,1 Prozent.

Die technischen Anligen wurden außerordentlich verbessert. Trotzdem ist die Arbeiterschaft vermehrt worden. Allein in der staatlichen Schwerindustrie hat sich die Arbeiterzahl von August 1929 bis August dieses Jahres um 16,7 Prozent vermehrt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Vorjahr 2 263 239 und ist im August auf 2 641 986 gestiegen.

Dagegen ist die Arbeitslosigkeit sehr weit eingeschränkt worden und beschränkt sich nur auf Frauen und bäuerliche Elemente, die in die Städte gewandert sind.

Von der Gesamtarbeiterschaft arbeiten bereits 66,6 Prozent in der ununterbrochenen Fünftagewoche.

Der Siebenstundentag konnte im Monat August weiter ausgebreitet werden. Arbeiteten im Juli 41,5 Prozent aller Arbeiter nur sieben Stunden täglich, so stieg die Zahl auf 42,5 Prozent im August.

Das sind die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, während in den kapitalistischen Ländern durch die Krise ein dauernder Niedergang zu verzeichnen ist.

Hungerstreik in Polen

Warschau, 30. September. Seit zehn Tagen befinden sich 180 politische Gefangene in Bialystok im Hungerstreik. Manche von ihnen sind schon schwer erkrankt. In der Stadt werden Gerüchte laut, daß einige der Hungerstreikenden gestorben seien. Das Gefängnis ist von der Außenwelt vollständig isoliert.

Der Arbeiterschaft in Bialystok hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Gegen die drei neuen Todesurteile sowie den unglaublich scharfen Wahlterror, die Massenverhaftungen und Folterungen von Gefangenen fanden Kundgebungen statt.

Umsturz in Ekuador

Buenos Aires, 30. September. In Ekuador sind der Präsident Agora und der Innenminister zurückgetreten. Der bisherige Kriegsminister Guerrero hat das Präsidentenamt übernommen.

Der Sturz des bisherigen Präsidenten ist die Folge einer starken revolutionären Gärung im Lande. Wie weit es zu revolutionären Aktionen in Ekuador gekommen ist, ist infolge der scharfen Zensur noch nicht festzustellen gewesen.

Ekuador ist der vierte südamerikanische Staat, der im Gefolge der Weltwirtschaftskrise innerhalb weniger Wochen einen Umsturz erlebt hat.

Neues Urteil im ungarischen Monsterprozeß

Budapest, 26. September. Heute wurde das Urteil gegen die zweite Gruppe der angeklagten Kommunisten, gegen welche die Verhandlung bekanntlich geheim geführt wurde, verkündet. Es erhielten Genosse Szebes zwei Jahre und vier Monate Zuchthaus, Nemes und Rosa je drei Jahre Zuchthaus. Zwölf Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

★

Neuyork, 30. September. Etwa 300 streikende Angestellte einer Konfektionsfirma veranstalteten auf der Fünften Avenue eine Kundgebung gegen Streikbrecherinnen. Die Polizei verhaftete 27 Frauen und drei Männer.

Das spanische Volk erhebt sich gegen die Diktatur

Provinz Galicia im Generalstreik

Verschärfter Ausnahmezustand — Die Massen greifen an

Madrid, 30. September. Die revolutionäre Massenstreikwelle für die Absetzung des faschistischen Gouverneurs der Provinz Galicia hat, ausgehend von der Hauptstadt Lugo, die gesamte Provinz ergriffen. In den größeren Städten Santiago, La Coruna, Soutevedra, Vigo und Oreuse liegt das gesamte Wirtschaftsleben darnieder. Auch in den Landgebieten stehen die Arbeiter im Kampf.

Die spanische Regierung hat die gesamte Provinz unter verschärften Ausnahmezustand gestellt. In den größeren Städten sind Truppen konzentriert. Die Zivilgarde ist mit Maschinengewehren ausgerüstet worden.

Bei jeder Kundgebung der Streikenden kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei. In La Coruna und Ponteveora beträgt die Zahl der Verletzten über hundert.

In San Sebastian ist ein neuer großer Streik der Fischer ausgebrochen. Die ganze Fischereiindustrie ist lahmgelegt. In Malaga haben die Arbeiter Streikbrecher aus den Betrieben herausgeholt. In Las Palma wurden mehrere besonders scharfmacherische Unternehmer nach einem Zusammenstoß mit kämpfenden Arbeitern in das Krankenhaus eingeliefert.

Bravo, Arbeiterinnen!

London, 30. September. Der Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet über große Demonstrationen japanischer Arbeiterinnen in einem Fabrikviertel von Tokio. Die Protestkundgebung richtete sich gegen die Entlassung von 500 Arbeiterinnen in einer Fabrik. Etwa 8000 Japanerinnen veranstalteten aus Solidarität für ihre entlassenen Kolleginnen große Demonstrationen.

Eine zahlreiche Menschenmenge, die revolutionäre Lieder sang und rote Fahnen schwenkte, schloß sich den Demonstrantinnen an. Ein starkes Polizeiaufgebot erwies sich den Massen gegenüber machtlos. Zahlreiche Demonstranten und Polizeibeamten wurden verletzt. In dem betreffenden Fabrikviertel war der Verkehr für längere Zeit völlig lahmgelegt.

Protestiert gegen den verschärften Pilsudski-Terror

Entreißt drei Genossen dem Henker!

Aufruf der RHD. gegen das dreifache Todesurteil von Biala

Schon wieder eilt eine Schreckensnachricht durch die Welt: Wegen der Ermordung eines Polizeispitzels verurteilte die polnische faschistische Justiz die Genossen Sojnowiecz, Niewicacki und Kahan in Biala zum Tode durch den Strang.

Eben erst wurden durch den gewaltigen Proteststurm der Roten Hilfe in allen kapitalistischen Ländern die wegen Flugblattverbreitung zum Tode verurteilten Jungarbeiter Jugend, Hirsch und Proper dem polnischen Henker entrissen. Das Todesurteil mußte unter dem Eindruck der gewaltigen Protestwelle aufgehoben werden.

Heute bereits holt die verschärfte Pilsudski-Diktatur, unter dem Schein der Verfolgung der kleinbürgerlichen Opposition zu neuen blutigen Schlägen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Polens aus.

Im Namen von 190 000 Einzel- und 600 000 Kollektivmitgliedern erhebt die Rote Hilfe Deutschlands flammenden Protest gegen das neue Bluturteil in Biala.

Wie die Jungarbeiter von Lemberg, so müssen die drei Genossen von Biala durch den Proteststurm des internationalen Proletariats dem Strang entrissen werden.

In allen Städten Massenkundgebungen gegen die Henker des polnischen Proletariats!

Wählt Delegationen, die auf den polnischen Konsulaten dem stürmischen Protest der deutschen Arbeiter gegen das Bluturteil von Biala Ausdruck geben.

In allen Versammlungen der werktätigen Massen, auf der Stempelstelle, im Betrieb, faßt den Protest gegen den Blutkurs Pilsudskis in Resolutionen an die polnische Henkerjustiz zusammen!

Mobilisiert die Massen zur Rettung unserer polnischen Klassengenossen.

Der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands.

(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

2. Fortsetzung.

In diesem „Ach so" lag alles mögliche. Angst, Eifersucht und Genugtuung. „Na, dann bleib' nicht zu lang'!"

Franz wußte nicht, ob er sich ärgern oder ob er lachen sollte. „Was willst du erst mal tun, wenn ich verheiratet bin?"

Martin brummte: „Am besten ist's, du heiratest sie!"

„Du Blöder!"

Nun lachte sie selbst. Sie wischte dabei, einer alten Gewohnheit gemäß, mit einem Schürzenzipfel in den Augenwinkeln.

„Weißte, Mudder, mit dir muß man schon seine Geduld haben!"

„Geh, geh, du Dummer! Grüß' Theres, sag' ihr, sie soll dich nicht wieder so lange da halten!"

Martin spuckte geräuschvoll in den Kohlenkasten.

„Schlaft gut!" sagte Franz in der Tür. „Es kann spät werden!"

„Ich mach' dir heut' einen Ziegelstein heiß fürs Bett!" sagte sie nun zu Martin.

„Die Piep' wär' mir lieber!"

Martin verfolgte mit den Augen eine Schwabe, die die gegenüberliegende Wand hinauftrab. Der einen folgten noch mehrere. Sie krochen aus den Ofenecken, wo es ihnen zu heiß wurde.

„Die Biester fühlen sich bei uns wohl! Sie mehren sich haufenweise und fressen uns eines Tages auf!"

Frau Kreusat nahm einen Lederpantoffel und drückte eine nach der anderen tot. Dann nahm sie einen Topf heißes Wasser und goß es in die Holzsparren und Wandlöcher hinein.

„Ob es bei dem Herrn Inspektor auch so zugeht? Dat wär so was für den!" Martin lachte auf. „Wat meinste, Alte, dat wär wat für dat fette Schwein, so 'ne Jagd! Dann verging ihm die Lust, seine Kumpels für jeden Dreck zu schikanieren! Kakerlaken in der Bude, im Fressen, überall! Dat wär wat für den! In einer Droschke fährt er, damit er rasch von einem Pütt zum anderen kommt! Dann steht er schon morgens früh am Schacht und treibt sie auf den Korb, oder notiert die Kumpels ins Strafbuch, der Kohlenfraß!"

Frau Kreusat hatte gründlich gesäubert.

„So, nun pack' dich rein!", sagte sie, als sie die Steine in einige Tücher gewickelt und ins Bett gepackt hatte. Martin verschwand wie ein großer, schwankender Schatten in der Kammer. Er ging mit den Hühnern ins Bett.

II.

Als Franz Kreusat die Mietskaserne verließ, ergriff ihn der Märzsturm, verwickelte sich in seinen Mantel und zerrte daran herum.

Vor einer Kaserne in der Wilhelmstraße machte er Halt. Franz pochte an eine Parterretür. Er hörte die zänkische Stimme des alten Trauten.

„Herein!" rief Theres und riß die Tür auf. „Na, kommt du endlich?"

„Wie du siehst!" sagte Franz und wickelte sich aus dem Mantel, der von Wasser troff. „Sauwetter! Die Nacht hält kein Köter draußen aus!"

Auf dem neuaufgemachten Ledersofa saß Trauten und blätterte in einem Buch. Trauten mochte etwa fünfzig Jahre alt sein und hatte die bläulichen Narben und Kohlensprenkel des Bergarbeiters im Gesicht, das trotzdem frisch und gesund aussah. Er war Sozialdemokrat und gab sich Mühe, das auch nach außen hin zu zeigen.

„'n Abend, Jakob!"

„'n Abend!"

„Setz dich!" Theres schob Franz einen Stuhl hin und ließ sich träge in eine Sofaecke fallen.

„Hast du schon in der Zeitung gelesen?" fragte Trauten und schob sich aus einer braunen Dose eine Prise in das eine Nasenloch, dann eine zweite in das andere.

„Nur so obenhin, die Alte hat mir wieder ein Theater gemacht!" erwiderte Franz.

„Sie hat auch recht! Guck dir mal das Zeugs an, was da wieder dringeschmiert steht!" Trauten schob ihm das „Ruhr-Echo" hin. „Die reinste Gespensterseherei!"

Franz griff nach der Zeitung und überflog sie.

Trauten ereiferte sich: „Die Regierung muß es wieder können! Eine offene Aufforderung, sie zu beseitigen! Das nennt sich Arbeiterpolitik! . . . Moskauer Zustände will man in Deutschland einführen! Alles, was die Regierung macht, ist nicht richtig! Was ist nach eurer Meinung eigentlich richtig?"

Franz erinnerte sich an ein Gespräch mit seinem Kumpel Fritz Raup, der ihn vor einigen Wochen in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei aufgenommen hatte. Der war für den Sturz der Regierung und für die Errichtung der Arbeiterdiktatur. Was Fritz Raup damals sagte, war auf jeden Fall richtig.

„Die Regierung ist nicht die, die für uns Arbeiter was herausholt — das sagt Fritz Raup", erwiderte Franz. „Eine Regierung, die ihre Macht auf die Maschinengewehre der arbeiterfeindlichen Reichswehr baut, muß fort!"

Trauten fuhr auf: „Soo! Von Raup, dem Querkopf, kann man nichts anderes erwarten! Was wollt ihr dann, wenn die Regierung geht?"

„Na, dann übernehmen wir sie!"

„Soo! Du etwa? Oder Raup? Wer übernimmt sie? Einen Dreck übernehmt ihr! Der Karren ist tief genug hineingefahren . . ."

Franz fühlte sich verpflichtet, die Meinung seines Kameraden Raup zu verteidigen: „Wer hat den Karren ringefahren?"

„Wer?" — — — Trauten japste. Er suchte nach einer passenden Antwort.

Seine Verlegenheit gab Franz neuen Mut: „Wer anders als diese Regierung selbst! Was hat die für Plunder anhängen! Die ganzen Offiziere von früher, die uns für die Hohenzollern und ein paar Freßsäcke in die Gräben getrieben haben, sollen die Republik schützen! Das nennt sich Arbeiterregierung!"

Theres wurde unwillig: „Laßt doch den Quatsch!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0003

Schützen, Halle schlagen Berlin überlegen

Am Freitag fand ein Kleinkaliberschießen zwischen der Ortsgruppe Halle und Berlin-Schöneberg statt. Halle 1. Mannschaft konnte den Kampf mit 1428 gegen 1245 Ringe, die Berlin 1. erreichte, gewinnen. Auch Halle 2. Mannschaft gewann gegen Berlin 2. mit 1250 gegen 954 Ringe. Geschossen wurde nach den Regeln der JG.-Schützensparte pro Mannschaft (6 Mann) 90 Schuß, 25 Meter stehend freihändig, 20er Ringscheibe auf den neuen Schießstand der Ortsgruppe Halle. Schiedsrichter stellte Ortsgruppe Landsberg.

Spalter und Schläger zugleich

Der Zangenberger Sozialfaschist Seidel beschimpft in einer Wahlversammlung die KPD. als „Schläger" und „Latscher". Daß aber Seidel und einige seiner Getreuen die schlimmsten Latscher und Schläger sind, beweist ihr Handballspiel, daß der reformistisch durchseuchte Turnverein Zangenberg unlängst mit dem Turnverein Göbitz austrug. Vor Beginn des Spieles bestimmte Seidel einen Schiedsrichter und verpflichtete ihn, zugunsten Zangenbergs zu pfeifen. Der Schiedsrichter hat das auch getan und viele Fehler zugunsten Zangenbergs übersehen. Zwei Spieler von Göbitz machten den Schiedsrichter auf seine Handlungen aufmerksam. Dafür wurden vom Schiedsrichter zwei Göbitzer Spieler rausgestellt. Ein Göbitzer Zuschauer, der keinem Verein angehört, tadelte den Schiedsrichter.

Jetzt trat ein eingeschriebenes SPD.-Mitglied als Zuschauer von Zangenberg auf den Plan, nämlich der bekannte H. K. Er riß den Göbitzer vom Rad und schlug ihn mehrmals ins Gesicht und es entwickelte eine regelrechte Schlägerei. Zangenberg brach nun das Spiel ab mit 3:2 für Göbitz. Hier haben sich Seidel und H. K. als die schlimmsten Schläger bewährt.

Sportverein „Fortuna", Greppin, sucht für 12. Oktober für 1. Mannschaft guten Gegner nach Greppin. Anschrift: Hugo Lieschke, Greppin, Neuestraße 10.

Verhandlungsausschuß am 6. Oktober

Alle geladenen Genossen haben auf eigene Kosten zu erscheinen

1. Genosse Köhler (Brachwitz), Spiel 793.
2. Schiri Vocke (Minerva), dazu die Genossen Lindenhahn und Richter, beide von Brachwitz, Spiel 492.
3. Schiri Henze (Löbejün), dazu Spielführer von Lieskau, Spiel 719.
4. Schiri Kleinschmager (Bruckdorf), dazu die Genossen W. Reuter, Alfred Reuter und der Mittelläufer (alle Dölau); hierzu noch der Gen. H. Müller (Viktoria).
5. Schiri Stenzel (Teutonia), dazu W. Reuter und Torwart (Dölau) Spiel 325.
6. Schiri Pfeiffer (Merseburg), dazu Genosse Glaser (Döllnitz), Spiel 13. 9. 30.

Rüstet zum Russenspiel am 4. Okt.

auf dem Stadion in Halle

7. Schiri H. Ehrhardt (Lettin), dazu Genosse Fr. Hutzelmann (Viktoria) und W. Prekau (Gerbstedt), Spiel 474.
8. Schiri Naumann (Wörmlitz), dazu Genosse O. Thielike (Diemitz), Spiel 436.
9. Schiri Schade (Wörmlitz), dazu Genosse K. Weise (Teutonia), Spiel 352.
10. Schiri Bothe (Minerva) im Spiel 449.
11. Vertreter Löbejün betr. Spiele 760 und 627.
12. Schiri König (Sportbrüder) betr. Spiel 760.
13. Vertreter von Reinsdorf betr. Eingabe.
14. Vertreter von Minerva betr. Einspruch gegen Weßmar Jugend.
15. Vertreter von Wörmlitz betr. Einspruch Spiel 562.

Stenzel. Arndt.

Der beste Schutz für rote Betriebsräte ist eine kampfentschlossene Belegschaft!

A.-K. Vor den bürgerlichen Arbeitsgerichten bekommen hin und wieder die Arbeiter einmal „recht", das heißt nur dann, wenn die Unternehmer zu plump vorgehen, wenn sich eine politische Maßregelung nicht einmal vorm Klassenrichter verleugnen läßt. Bietet sich aber nur die geringste Gelegenheit für einen Dreh gegen den Arbeiter, dann wird er bestimmt angewandt. Da heißt es dann: „Die und die gesetzlichen Bestimmungen sind nicht beachtet worden" und die Klage wird abgewiesen.

So klagte kürzlich vor dem Weißenfelser Arbeitsgericht ein Betriebsobmann gegen einen Firmeninhaber, der ihn entlassen hatte. Der Obmann wurde ohne die Zustimmung der Belegschaft entlassen, was nach dem Gesetz unzulässig ist. Aber nun war der Obmann nur per Akklamation gewählt, also nicht, wie es in dem Gesetz auch heißt: Die Obmannswahl muß geheim erfolgen. So wurde denn wegen dieser Formalität die Klage des Betriebsobmannes abgewiesen. Diesen Gang der Dinge hätte man wohl voraussehen können. Hier mußte die Belegschaft sich nicht auf das Arbeitsgericht verlassen. Sie mußte einfach die Bude stillegen und den Unternehmer zur Wiedereinstellung des Obmanns zwingen.

Der Streik ist das einzige Mittel, mit dem sich die Belegschaft Respekt verschafft und ihre Forderungen durchdrückt.

Schafft rote Betriebswehren gegen den Faschismus

Persil wird billiger!

Mit dem heutigen Tage treten für Persil folgende neue Verkaufspreise in Kraft:

für das Normalpaket 40 Pfg., für das Doppelpaket 75 Pfg.

Diese Preisermäßigung ist vor allem möglich geworden durch die immer mehr steigende Beliebtheit, der sich dieses einzigartige Waschmittel in der gesamten deutschen Hausfrauenschaft erfreut. Die überragende Güte, die von jeher sein hervorstechendstes Merkmal war, wird es im Verein mit dem neuen verbilligten Preis noch mehr zum Liebling der Hausfrau und ihrem unentbehrlichen Helfer machen!

Henkel & Cie. A.G. Düsseldorf

Persil wird niemals lose, sondern nur in der bekannten Originalpackung verkauft. 4893

25 Jahre

1905 1930

Amand Weiss

Kleinschmieden 6 Halle a. S. Steinweg 46-47

Jubiläums-Verkauf. 10% Rabatt

auf Uhren, Gold-, Silberwaren, Juwelen

(Außer Markenuhren, Bestecken)

Nie wiederkehrend. Einkaufsgelegenheit

Allerbeste Qualitäten zu niedrigsten Jubiläumspreisen. - Eigene Reparatur-Werkstatt für Uhren und Goldwaren 4911

Gut und billig:

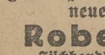
Unterhosen, makofarbig, Trikot	Mannsgröße 4	0,95
„ wollgemischt Normal	„ 3	1,15
„ warmer Futtertrikot	„ 3	1,25
„ kamelfarbiger Futtertrikot	„ 3	2,50
„ regulär gestrickt Ia	„ 3	1,90
Herrenhemd, wollgemischt Normal	„ 4	1,90
Knabenunterhose, wollgemischt Normal	Größe 50	1.20
Rohnessel, schöne, leichte Ware, 80 cm breit		0,14
Hemdentuch, feinfädige Ware, 70 cm breit		0,25
Barchent, bunt, indanthren, gestreift		0,25
Militärbarchent, beste Ware	1,00 0,70	0,55
Schlosserbarchent, beste Ware	0,95	0,70
Hemdentuche, allerbeste Ware	0,85 0,65	0,39
Linons, fein- und starkfädig	0,85 0,70	0,45
Bettuch, Rohnessel, 140×220	3,00 2,25	1,75
Bettuch, Gesundheits-, 140×220, indanthr. Kante	3,75	2,50
Bettuch, Halbleinen imitiert, 140×200	4,00	2,75
Bettuch, Halbleinen, Hohlsaum, 140×225	4,00	3,50
Schlafdecke, solide Ware, 105×165		0,90
Schlafdecke, schwere, mollige Ware, 150×200		2,50
Rohnessel, Bettbezug mit Kissen	6,50 3,85	3,00
Bettzeug, bunt, Bettbezug mit Kissen		5,20
Steppbettzeug, Bettbezug mit Kissen		7,65
Stangenleinen, Bettbezug mit Kissen		6,80
Damast, gute Ware, Bettbezug mit Kissen		8,00
Inlett, echt rot, Bezug mit Kissen		7,65
Inlett, garantiert federdicht, Bezug mit Kissen		13,00
Handtücher, grau-weiß, 100 cm		0,25
Handtücher, Frotté	50×100 1,00 45×85	0,45
Badetuch, schwer, indanthren, Frotté	135×165	5,50
Tafeltücher, weiß Damast	130×225 4,75, 100×130	2,00
Kaffeedecken, indanthren, kariert	110×110 1,20, 75×75	0,60
Erstlingshemden, feinfädig, Wäschetuch, 35 cm		0,20
Schlüpfer, Trikot, Damengröße 42		0,55
Männerhemden, bunt Barchent, 100 Bollweit		1.50
Wochenendhemd, Gesundheitspanama, mit Krawatte		4,50
Schlosseranzüge, Haustuch, echtblau, Mannesgröße		3,95
Maurerjacken, ganz schwerer Rohnessel, Mannesgröße		2,90
Berufsmäntel, ganz schwerer Rohnessel	4,50 und	2,50
Damenhemd Wäschetuch mit Stickerei und Träger, 100 cm		0,60
Nachtjacke, Wäschetuch mit weiß oder rot besetzt		1,50
Nachthemden, Wäschetuch mit Stickerei, 120 cm		1,75

Extraweite Damen- u. Herrenwäsche besonders billig! 1494

Sachse & Co., Zeitz, Schillerplatz 55 Ecke Weber- und Altenburger Str.

Eigene Konfektion mit elektrischem Betriebe und Ausrüstung.

Unsere guten Beziehungen bis zur Bremer Baumwollbörse ermöglichen den Verkauf von Qualitätswaren zu konkurrenzlos billigen Preisen.



Täglich treffen ein: Lebende Aale, Karpfen, Schleie, täglich frische Seefische, grüne Heringe, Räucherwaren und neue Fischmarinaden 1491

Robert Zöllmer

Fischhandlung Bitterfeld

Preiswerte gut gearbeitete

Sofas

55,— 85,— 107,— 116,— 135,— 145,— RM.

Ruhebetten

35,— 45,— 50,— 59,— 83,— RM.

Große Auswahl

Gebr. Jungblut Halle (Saale) Albrechtstraße 37 4891

Drucksachen

aller Art, für Private und Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- und mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen

Produktiv Buchdruckerei, GmbH. Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 222 51. Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter

Ein **Preis-Ereignis**

Hier nur einige Beispiele:

Kompottnapf, schönes Muster	0,06
Likörglas, Viktoriaform, mit festem Fuß	0,08
Kuchenteller, schönes Muster	0,07
Pfeffer- und Salzmenagen, weißes Glas	0,08
Bierbecher 5/20 Inhalt	0,08
Likörflasche, groß	0,12
Zitronenpresse	0,15
Butterglocke, mit schönen Preßmustern	0,25
Wasserflasche, mit Glas und weitem Hals	0,38
Vase, groß, schön bemalt	0,38
Kompottschüssel, extra groß	0,45
Gr. Kuchenteller, mit r. Muster	0,48
Fisch-Aquarium	0,95
Kuchenteller, Bleikrist.	0,95
Tafelaufsatz, gr., 2 tlg.	0,95
Likör-Service, 8 tlg., Tablett, Flasche u. 6 Gläser	1,45

1 Waggon **Kristall** Preßglas ein-getroffen!

SOBEL

Das Haus der volkstümlichen Preise

Steinweg 45 Gr. Ulrichstr. 57 Im Norden: Am Reileck

Leipziger Pelz-Zentrale Neu-Eröffnung Große Ulrichstraße 36

Große Auswahl in:

Pelz-Mäntel alle Arten

Füchse u. Besätze

Gewähre trotz der billigen Preise noch **10 Proz. Rabatt**

4920 **A. Knoblauch**

Reparaturen u. Umarbeitungen billigst u. fachgemäß

Gr. Preisabbau!

Schlafzimmer echt Eiche, 180 brt., früher 750 Mk., **jetzt 590 Mk.**
Küchen, 7 teil., früher 250 Mk., **jetzt 160 Mk.**
Speisezimmer früher 650 Mk., **jetzt 495 Mk.**
Kld.-Schränke früher 75 Mk., **jetzt 60 Mk.**
Auszugtische früher 60 Mk., **jetzt 45 Mk.**
Plüschsofas früher 85 Mk., **jetzt 68 Mk.**
Chaiselongues früher 45 Mk., **jetzt 35 Mk.**
Flurgarderoben früher 45 Mk., **jetzt 35 Mk.**
Rohrstühle früher 7,50 Mk., **jetzt 6 Mk.**
Küchenstühle früher 4,50 Mk., **jetzt 3 Mk.**
Stahlmatratzen jede Größe, früher 17 M., **jetzt 12 M.**
Auflagen, 4 teil., früher 28 Mk., **jetzt 20 Mk.**

Möbel-Schieke
Nur Kl. Ulrichstr. 14/15
Freie Liefer. auch nach auswärts mit eigen. Lieferautos

1—2 Zimmer gesucht. Off. u. 4896 a. d. V. Kl.

Werbt für die Rote Hilfe

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 **(Volkspark)** ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung. Lesegebühr Monat 10 Pf.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr

Gestern Nachmittag verschied plötzlich mitten in seiner geschäftlichen Tätigkeit der Mitinhaber unserer Firma, der Kaufmann

Gerson Burghardt

Mit unermüdlicher Schaffensfreude hat er an der Entwicklung unseres Hauses mitgearbeitet. Seine vornehme Denkungsart, seine Pflichttreue und Herzensgüte werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren

Halle a. d. S., den 1. Oktober 1930

Die Mitinhaber der Firma Burghardt & Becher

Meyer Burghardt Erich Burghardt
Arthur Burghardt Siegfried Burghardt

Die moderne Pelztier-Kravatte zu ganz niedrigen Preisen

Klondyke	8,00	Wiener Lamm	10,00
Zobeline	12,00	Amerik. Opossum	
Echt Skunks	18,00	Aust. Wallaby	15,00

490

Untere Leipziger Str. 97, an der Ulrichskirche

Ein Schanddokument sozialfaschistischen Arbeiterverrats

Ungeheuerliche Verschlechterungen im Entwurf des Bezirks-Manteltarifs der Chemie — Mitwirkung der Arbeiterräte bei Festsetzung der Akkord-, Stück- und Lohnsätze soll ausgeschaltet werden — Chemieproleten, antwortet mit der Organisierung der Gegenoffensive gegen Chemiekapital und Sozialfaschismus

„Sie haben es gewagt", ist man versucht, mit Ulrich Hutten auszurufen, wenn man den Entwurf des neuen Bezirksmanteltarifs für die Chemie-Industrie durchliest. Ein Dokument niederträchtigsten Arbeiterverrats. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, die im April d. J. den Bezirksmanteltarif kündigte und darüber ein großes Geschrei anhub, hat sich durch diesen Entwurf auf das gründlichste entlarvt. Kaum eine Bestimmung ist in diesem Entwurf enthalten, die gegenüber dem alten Vertrag nicht ungeheuerliche Verschlechterungen bringt. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie und die Unternehmer haben aus Mansfeld und dem Nordweststreik gelernt.

Sie gehen jetzt dazu über, innerhalb der geltenden Tarife einen solchen Abbau der Akkord- und Prämiensätze und sonstigen Zulagen durchzuführen, der praktisch die Kündigung des Bezirksabkommens zum Abbau der festen Stundenlohnsätze überflüssig macht.

Eine reaktionäre Bestimmung reiht sich an die andere. Wir gehen nicht fehl, wenn wir behaupten, daß dieser Tarifentwurf der niederträchtigste Schandstreich ist, den die Gewerkschaftsbürokratie im Verlauf der letzten Jahre an den Proleten begangen hat.

Einen breiten Raum im Tarifentwurf nimmt die Regelung der Akkord- und Prämienarbeit ein. Im Entwurf ist die famose Bestimmung enthalten, daß

die Akkordabrede unabhängig vom Arbeitsvertrag kündbar ist.

Diese Bestimmung läßt tief hinter die Kulissen kapitalistischer Rationalisierungspolitik blicken. Die Unternehmer wollen sich im Hinblick auf die noch keineswegs abgeschlossene Rationalisierung in keiner Weise binden. Jeden Tag können neue Akkordsätze vereinbart werden, um die Arbeitskraft der Arbeiter bis zu einem Höchstmaß auszuquetschen.

Noch ungeheuerlicher ist die folgende Bestimmung, in der die Gewerkschaftsführer freiwillig auf die Rechte aus dem Betriebsrätegesetz verzichten. Es heißt dort:

„Die vertragsschließenden Teile erkennen an, daß auf Grund des BRG. § 78, Ziffer 2 diese tarifvertragliche Regelung die Mitwirkung der Arbeiterräte bei Festsetzung der Akkord- und Stücklohnsätze oder der für ihre Festsetzung maßgebenden Grundsätze ausschließt."

Das bedeutet praktisch, daß die Arbeiter in den Betrieben seitens der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie schutzlos der schrankenlosesten Ausbeutung durch die Unternehmer preisgegeben werden.

Um das Maß dieser Schandbestimmungen voll zu machen, wird die Höchstgrenze der bisher nach dem Reichstarifvertrag § 7 gewährten Zulagen auf einen halben Pfennig pro Stunde festgelegt. Bisher gezahlte höhere Zulagen werden auf diesen Betrag herabgesetzt. Und auch hier wieder zum Schluß die famose Bestimmung:

„Die Abänderung der Zulagen gemäß § 7 des Reichstarifvertrages bedingen keine Kündigung des Arbeitsvertrages."

Da in vielen chemischen Betrieben außerhalb des Akkordverdienstes Zulagen in Höhe bis zu 30 Pfennig gezahlt werden, wird hier mit Unterstützung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer ein Lohnraub durchgeführt, der eine Schmälerung des wöchentlichen Verdienstes um rund 10 Mark mit sich bringt.

Das Kernstück dieses Schanddokumentes sozialfaschistischen Arbeiterverrats bildet der § 9 unter dem Punkt „Verschiedenes". Wir zitieren wörtlich:

„In besonderen Ausnahmefällen (nachgewiesene Notlage eines Betriebes, Verhütung von Stillegung oder ähnliches) können zwischen dem am Tarifvertrage beteiligten Organisationen Lohnsätze vereinbart werden, die unter den Tarifsätzen liegen.

In solchen Fällen sind Anträge auf Lohnermäßigung (lies Lohnraub) durch den Arbeitgeberverband an die zuständige Gauleitung (des Fabrikarbeiterverbandes D. Red.) zu stellen."

Diese nicht zu übertreffende reaktionäre Bestimmung setzt praktisch das bestehende Bezirksabkommen vollständig außer Kraft. Diese Verschlechterung bedeutet die Fortsetzung der Linie zur Durchlöcherung der Tarifverträge, wie wir sie beim Stahlwerk Becker, im Nordwestkampf usw. beobachten konnten. Der Wert dieser Tarifverträge besteht lediglich in einem Fetzen bedruckten Papiers, das jedes Mal bei einer „besonderen Notlage" mit einem Federstrich beseitigt werden kann. Mit Leichtigkeit werden die Unternehmer diese „Ausnahmefälle" geschickt künstlich konstruieren und das alte Klagelied von der „Unrentabilität" der Betriebe herunterleiern und der Mithilfe der Bezirksinstanzen und Gauleitungen der „freien" Gewerkschaften, in allen Betrieben die rücksichtsloseste Hungeroffensive durchzuführen, sind sie dabei vollkommen gewiß.

Der Bezirksmanteltarif soll eine Vertragsdauer von 2½ Jahren haben und bis zum 31. März 1930 unkündbar sein. Die Gewerkschaftsbürokratie glaubt für diese Dauer die Arbeiter willenlos knebeln zu können. Es ist verständlich, daß die Gewerkschaftsbürokratie und auch die Unternehmer auf Grund dieses Vertrages auf jegliche Kündigung des eigentlichen Lohnabkommens verzichten können.

Der Bezirksmanteltarif bietet eine derartige Fülle von Handhaben zur Ausquetschung der Arbeiter bis zur Höchstgrenze und des brutalsten Lohnraubs, daß eine solche Kündigung des Lohnabkommens nicht mehr notwendig ist.

Zwar ist dieser Vertrag noch nicht in Kraft getreten, die Gewerkschaftsbürokratie trägt sich jedoch mit der Absicht, diesem Entwurf zuzustimmen.

In verschiedenen Versammlungen des Bitterfelder und Wittenberger Bezirks haben die Gewerkschaftsbonzen offen zu erkennen gegeben, daß sie diesen Schandvertrag auch gegen den Willen der Mitgliedermassen annehmen werden.

In allen Betrieben muß ein Sturm entfacht werden zur Verhinderung der Annahme dieser Raubpläne. Das beste Mittel hierzu ist die Aufnahme und die Organisierung des Streiks in jedem Betrieb auf der Grundlage des im „Klassenkampf" und „Fabrikprolet" veröffentlichten Tarifentwurfs der RGO. für die Chemie, der unter anderem enthält die Forderungen:

Allgemeine Lohnerhöhung.

Verkürzung der Arbeitszeit für Wechselschichtarbeiter auf 6 Stunden, für Tagesschichtarbeiter auf 7 Stunden mit mit vollem Lohnausgleich.

Ablehnung jeder Akkordarbeit und Umwandlung des Akkordmehrverdienstes in feste Lohnsätze.

Die Annahme des Schandvertrages der Bürokratie kann nur durch den rücksichtslosesten Massenkampf aller Chemieproleten verhindert werden.

Die Wahl vorbereitender Kampfausschüsse in allen Belegschaftsversammlungen, der beschleunigte Aufbau der Betriebsgruppen der RGO., die Bildung von Betriebswehren ist das dringendste Gebot der Stunde.

Streik gegen Lohnraub und Massenentlassungen! Streik gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen! Streik ist die Losung im Kampf gegen sozialfaschistischen Arbeiterverrat!

Alarm! Alle Mann auf die Schanzen!

Zum Bundestag des Baugewerksbundes

Bauarbeiter, organisiert die Offensive

gegen Unternehmertum und ihre sozialfaschistischen Helfershelfer

Noch nie zeigte sich die Faschisierung des Gewerkschaftsapparates so deutlich wie bei den jetzt geführten Kämpfen der deutschen Arbeiter. Alle Lohn- und Tarifkämpfe, wie die Vorbereitungen der Sozialfaschisten zu den Verbandstagungen lassen immer deutlicher ihre sozialfaschistische Entartung erkennen. Ausschluß- und Spaltungsterror, Beseitigung der letzten Reste des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder enthüllen offen den Kurs der Umwandlung der Arbeiterorganisationen zu ausführenden Organen des Unternehmertums durch die sozialfaschistische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie. Das trifft besonders auf die Verbände der deutschen Bauarbeiter zu und der jetzt tagende Bundestag des Baugewerksbundes ist hierfür ein klassisches Beispiel.

Der gesamte Klüngel der Sozialfaschisten im Baugewerksbund war seit Monaten an der Arbeit, um einen nach jeder Richtung hin vorstandstreuen Bundestag zusammenzuschieben. Unter Bruch der Statuten, mittels Wahlschiebungen und unerhörtem Terror gegen den revolutionären Teil der Mitgliedschaft wurde der Verbandsapparat und der „Grundstein" ausgenutzt, der wachsenden Radikalisierung und Verbitterung der Mitgliedschaft über die verbrecherische Gewerkschaftspolitik der Reformisten einen Riegel vorzuschieben. Um ganz sicher zu gehen, faßte der sozialfaschistische Bundesvorstand und Beirat des Baugewerksbundes am 30. Juli nachstehenden Beschluß:

„Anträge mit dem von der KPD. befohlenen Wortlaut nicht zu veröffentlichen. Mitglieder, die oppositionelle Anträge eingebracht und vertreten haben, erhalten eine Rüge, außerdem wird ihnen auf ein Jahr das Recht aberkannt, in Versammlungen zu erscheinen oder während dieser Zeit Funktionen auszuüben."
(„Grundstein" Nr. 32.)

Durch Anwendung dieser Gewaltmethoden glaubt die Bürokratie, daß auf diesem Bundestag die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ihre Abrechnung nicht von der Tribüne dieser Tagung halten kann. Die 310 Delegierten auf dem Bundestag verkörpern nicht die Mitgliedschaft, noch haben sie ein Mandat von der Mehrheit der organisierten Bauarbeiter erhalten. 222 Delegierte wurden zwar in „Urwahl" direkt, 88 aber schon indirekt auf den Fachgruppenverbandstagungen, wo die Reformisten die zusammengeschobene Mehrheit gegen die RGO. ausnutzen, bestimmt. Nur so ist es zu erklären, daß

über die Hälfte aller Delegierten Angestellte und bezahlte abhängige Bonzen und Bonzenanwärter des deutschen Baugewerksbundes

sind, die bedingungslos für weitere Faschisierung der Gewerkschaft eintreten und schärfer als bisher den Kampf zur Entrechtung der Mitgliedschaft führen. Hinzu kommt noch der ganze Troß des Bundesvorstandes und der Bezirksvorstände, so daß von einer Tagung der Bauarbeiter keine Rede sein kann. Die von der Bürokratie ausgeklügelte Geschäftsordnung wird darüber hinaus das ihrige dazu beitragen, damit kein Arbeiter auf diesem Bundestag zu Worte kommt und die Fragen erörtert, die alle Bauarbeiter interessieren: die Fragen des Kampfes um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und Kampf gegen die Massen-Erwerbslosigkeit. Auf diesem von der Bürokratie zusammengeschobenen Bundestag wird man nicht darüber sprechen, daß die brutale Rationalisierung für die Bauarbeiterschaft ungeheure Massenerwerbslosigkeit und Lohnraub bei verschärfter Ausbeutung des einzelnen Arbeiters bedeutet, daß die Unfall- und Krankenziffern steigen und die Sozialpolitik unter aktiver Hilfe der SPD. abgebaut wurde, daß der Young-Plan Steigerung der Profite des deutschen und des ausländischen Kapitals bedeutet. Die Gewerkschaftsbürokratie wird nach wie vor frech behaupten, daß der Young-Plan dem deutschen Proletariat Erleichterungen bringt.

Ebensowenig wird die Bürokratie des Baugewerksbundes darüber sprechen, daß der Achtstundentag dank der Niederlagenpolitik der Sozialfaschisten auf dem Papier steht, der Lohn der Bauarbeiter weit über das Vorkriegsniveau gesunken ist. (Selbst bürgerliche Wirtschaftspolitiker, wie Dr. Kuczinski, sind gezwungen, festzustellen, daß

den Saison- und Bauarbeitern durch die Hungerpolitik der Hermann-Müller-Regierung gegenüber dem Jahre 1929 ein Viertel ihres Lohnes geraubt wurde.

Die sozialfaschistische Lohn- und Tarifpolitik, das Schlichtungswesen, die langfristigen Tarifverträge sollen die Arbeiter gegenüber der Offensive des Unternehmertums wehrlos machen. Und es wird vor allem nicht über den Weg des Kampfes der Bauarbeiter, über die Organisierung dieses Kampfes gegen kapitalistische Ausbeutung und Massenelend gesprochen werden.

Der einzige Ausweg — Kampf unter Führung der RGO.

Den scheinradikalen Parolen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie wird die Bauarbeiterschaft die revolutionären Kampfeslosung des 5. RGI.-Kongresses entgegenstellen, da sie den einzigen Ausweg aus der Sackgasse des Reformismus bedeuten. Feste Organisierung aller Erwerbslosen und Anhänger der RGO. im Betrieb wie in der Gewerkschaft zur Schaffung der eisernen geschlossenen Kampffesfront aller Bauarbeiter.

Wahl von Kampfausschüssen, Schaffung revolutionärer Baudelegierter und Vertrauenslente, Bildung von Kampfleitungen,

die gestützt auf das Vertrauen der entscheidenden Schichten der Arbeiter, die Gegenoffensive des Bauproletariats gegen das Unternehmertum führen. Sprengung der Schlichtungsfesseln, der langfristigen Tarifverträge, Durchsetzung des Siebenstundentages mit Lohnausgleich, Kampf gegen den Raub der Erwerbslosenunterstützung, mehr Rechte den Arbeitern im Betrieb, revolutionäre Umwandlung der Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen der Arbeiter, kann nur unter revolutionärer Führung durch die Arbeiter selbst geschehen.

Die RGI. an die Mitglieder des Industrieverbandes für das Baugewerbe

Werte Genossen!

Die Unternehmeroffensive, das Vordringen des Faschismus, die Verschärfung des politischen Druckes auf die Arbeiterklasse fordern unbedingt den schnellen Zusammenschluß aller wahrhaft revolutionären Elemente der deutschen Arbeiterklasse und Führung der Klassenkämpfe. Deshalb ersuchen wir Euch, auf Eurem Verbandstag den Anschluß Eures Verbandes auf der Grundlage der Anerkennung der Beschlüsse des 5. Kongresses der RGI. an die RGI. und ihre deutsche Sektion, die RGO., zu beraten und zu beschließen. Wir erwarten, daß Euer Verbandstag eine Kommission bestimmt, die zwecks konkreter Durchführung dieses Schrittes mit uns in Verbindung tritt.

Eisenbahner, jetzt heißt's handeln!

Lohnraub bei der Reichsbahn

Für 300 000 Eisenbahner Feierschichten und Lohnkürzungen — Die sozialfaschistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie billigt den Lohnraub und sabotiert jegliche Kampfmaßnahmen

Von der Reichsbahnhauptverwaltung ist jetzt eine großzügige Entlassungs- und Lohnabbauoffensive eingeleitet worden. Nun fliegen wieder einmal unendlich viele Eisenbahnerproleten aufs Pflaster, wobei die schandbarste Rolle wiederum die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie spielt. Diese sabotiert nämlich mit der verlogensten Argumentation jegliche Kampfmaßnahme der Eisenbahner. Aber nicht nur das, sondern die Sozialfaschisten sind infolge ihrer

Zugehörigkeit zum Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn

selber unmittelbar an der Offensive auf die Eisenbahner mit beteiligt, denn bekanntlich ist ja der zweite Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner Mitglied dieses Verwaltungsrates, wie auch die christlichen Gewerkschaften in diesem Verwaltungsrat vertreten sind. Deshalb ist es auch gar nicht weiter verwunderlich, daß seitens der christlichen und sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie Kampfmaßnahmen von vornherein sabotiert werden. Das beweist auch der Verlauf der

Bezirkskonferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Bezirk Halle

auf der Blaß vom Hauptvorstand alle Minen springen ließ, um die äußerst sorgfältig ausgesuchten Delegierten von der „ungünstigen finanziellen Lage" der Reichsbahn zu überzeugen. Dabei prägte er das auch im „Volksblatt"-Bericht wiedergegebene Wort von der „Ausgabensenkung", die immer mehr „in den Mittelpunkt der Entscheidung" gerückt werde. Das ist selbstverständlich

eine ganz unzweideutige Billigung des an den Eisenbahnern geplanten Lohnraubes.

Obwohl die Konferenz nur mit äußerst sorgfältig ausgesuchten Delegierten durchgeführt wurde, kam es in der Diskussion zu stürmischen Entrüstungsäußerungen, die alsdann in einer schwulstigen und dabei nichtssagenden Entschließung aufgefangen wurden.

Das zeigt mit großer Deutlichkeit, daß die Eisenbahner im ganzen Reich und auch in unserem Bezirk den Widerstand gegen den geplanten Lohnraub selbst organisieren müssen. Vor den Eisenbahnern steht unerbittlich die Frage der Organisierung des revolutionären Massenkampfes.

Eisenbahner! Werkstätten- und Bahnunterhaltungsarbeiter!

Nehmt unverzüglich und in sofort einzuberufenden Belegschaftsversammlungen zu den Schandplänen Stellung!

Setzt den Hungermaßnahmen der Verwaltung die Kampfforderungen der RGO. entgegen.

Wählt unter Hinzuziehung aller Arbeiter, sowohl der sozialdemokratischen, christlichen, als auch parteilosen, vorbereitende Kampfausschüsse; schafft einen roten Vertrauensmännerkörper, schafft RGO.-Gruppen in allen Werkstätten und Betrieben.

Entfaltet unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition revolutionäre Massenkraft; verhindert durch die sofortige Aufnahme des Massenstreiks weitere Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, erzwingt die Wiedereinstellung der bereits auf der Straße liegenden Kollegen, kämpft für die Forderungen der RGO., für den Siebenstundentag und höhere Löhne und jagt die Vertreter des sozialfaschistischen und christlichen Arbeiterverrats zum Teufel.

Wichtige Sitzungen und Konferenzen

Achtung, Baulehrlinge!

Am Donnerstag, dem 2. Oktober, 20 Uhr, findet im Saal der Produktiv, Lerchenfeldstraße 14, eine

Lehrlingsversammlung

statt. Es wird Bericht erstattet vom 5. RGI.-Kongreß. Jugendliche, kommt alle restlos zur Versammlung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0005

HALLE

Mittwoch, 1. Oktober 1930.

Der kommunalpolitische Beirat der SPD. für Einführung der Diktatursteuern in den Gemeinden!

Was sagt das „Volksblatt" dazu?

In der gestrigen Nummer der „Leipziger Volkszeitung" vom 30. September 1930 wird eine Entschließung des kommunalpolitischen Beirates der Sozialdemokratischen Partei, der in einer Sitzung am 26. September in Dresden zu den Notverordnungen der Brüning-Regierung Stellung nahm, veröffentlicht. In dieser Entschließung heißt es:

„Die offenkundige Notlage der Gemeinden zwingt zum Ausschöpfen der den Gemeinden zunächst eröffneten Einnahmequellen, soweit dies irgendwo vertretbar ist. Da es sich darum handelt, durch Bereitstellen der erforderlichen Mittel die Weiterzahlung der Wohlfahrtsunterstützungen, der Löhne und Gehälter zu gewährleisten, kann an der Möglichkeit der Erhebung der erhöhten Biersteuer und der Einführung der Gemeindegetränkesteuer doch nicht vorbeigegangen werden, wo trotz äußerster Einschränkung die Zahlungsfähigkeit der Gemeinden nur durch neue Einnahmequellen gewährleistet werden kann."

Der kommunalpolitische Beirat der SPD. erklärt also nicht mehr und nicht weniger, daß die erhöhte Biersteuer und Gemeindegetränkesteuer trotz ihrer Ungesetzlichkeit und Verfassungswidrigkeit, auf die Lügen-Peters im hallischen Stadtparlament immer hinwies, trotzdem sie fast nur die werktätigen Massen belasten, von den sozialdemokratischen Kommunalvertretern befürwortet werden können. Die SPD. propagiert also offen die Einführung der räuberischen Diktatursteuern in den Gemeinden, um damit die notleidenden Massen zu belasten und die Besitzenden zu schonen.

Das „Volksblatt" hat in riesenlangen Artikeln die „Gegnerschaft" der SPD. zu den Diktatursteuern zu beteuern versucht. Jetzt wird selbst durch die „linke" sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" bestätigt, daß die SPD. absolut gewillt ist, die Diktatursteuern der Brüning-Regierung durchzuführen.

Dem „Volksblättchen" wäre somit das Lügenmaul abermals gestopft worden. Die Haltung der SPD. in Halle war nichts anderes als eine gemeine und niederträchtige Demagogie!

Ein unbekanntes Vereinchen

Vom Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsverein Halle, geht uns folgende Erklärung zu:

Die hallischen Tageszeitungen und die breite Oeffentlichkeit hat sich zu wiederholten Malen mit einem Mieterverein Halle e. V. und seinem geschäftsführenden Vorstand beschäftigt. In der Hauptsache wird der Vorsitzende Langheinrich bezichtigt, unlauterhafte Handlungen, Unterse und Unterschlagungen begangen zu haben.

Zahlreiche Rückfragen in unserer Geschäftsstelle Scharrenstraße 5/6 und bei vielen Vorstandsmitgliedern verpflichten uns zu folgender Erklärung:

Unser Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsverein Halle a. d. S., e. V., hat mit dem Mieterverein Halle e. V. und seinem Vorstand nicht das geringste zu tun. Während unser Mieterverein rund 4000 Mitglieder zählt, bereits elf Jahre besteht und eine sehr gut ausgebaute Geschäftsstelle führt, handelt es sich bei dem Mieterverein Halle um ein fast unbekanntes Vereinchen.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost

In Verfolg des — mehr als jämmerlichen — Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung sind auch im Oberpostdirektionsbezirk Halle-Saale Maßnahmen zur „Linderung" der Arbeitslosigkeit vorgesehen, und zwar sowohl auf dem Gebiete des Fernsprechwesens, das den Hauptanteil an dem für die Arbeitsbeschaffung ausgeworfenen Betrage hat, wie auch auf dem Gebiete des Kraftfahr- und des allgemeinen Postwesens (Gebäude, Betriebseinrichtungen usw.). Durch diese Arbeiten werden Handwerk, Maschinenindustrie, Fahrzeug-, Schwachstrom- und Kabelindustrie, ferner die Hoch- und Tiefbauunternehmungen Beschäftigung bekommen. Die Aufwendungen werden sich im ganzen auf über fünf Millionen belaufen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Herstellung von Fahrzeugen zum Teil für andere Oberpostdirektionen geschieht.

Im einzelnen ist u. a. geplant: die Anschaffung von Verkehrskraftfahrzeugen, insbesondere auch für die Landpostvertretung. Auf dem Gebiete des Fernsprechwesens ist der weitere Ersatz des Handbetriebs durch den Selbstanschlußbetrieb vorgesehen. Neu eingerichtet wird der Selbstanschlußbetrieb in den größeren Aemtern Zeitz, Sangerhausen und Schkeuditz, ferner in Corbetha, Ermsleben, Heldrungen, Teicha, Zöschen. Hand in Hand hiermit gehen die Maßnahmen zum Anpassen der Ortsnetze an die erhöhten Anforderungen des Selbstanschlußbetriebes. Die Leitungen für den Fernverkehr werden vermehrt, von dem Fernkabel Leipzig—Halle—Kassel—Köln wird die Teilstrecke Schkeuditz—Halle—Sangerhausen—Heringen gelegt. Zu den Hochbauarbeiten gehören Um- und Erweiterungsbauten in Zeitz, Halle, Delitzsch und der Neubau eines Postgebäudes in Naumburg.

Kleinarbeit für die Feuerwehr

Gestern gegen 10.45 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hausgrundstück Neuhäuser Nr. 4 gerufen, wo ein Bodenbrand ausgebrochen war, der auf den Dachstuhl übergegriffen hatte. Nach etwa halbstündigerTätigkeit war der Brand gelöscht. Der Sachschaden ist bedeutend. — Gegen 16.45 Uhr gerieten auf dem Dachboden des Hausgrundstückes Kl. Klausstraße Nr. 10 alte Kleidungsstücke in Brand. Der Brand wurde durch die herbeigerufene Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht. Der entstandene Sachschaden ist unbedeutend.

Jungarbeiter von Halle! Heute, Mittwoch, 19.30 Uhr, findet im „Volkspark" ein Filmvortrag von der Freidenkerjugend statt. Eintritt frei.

Das werktätige Halle trifft sich
am Sonnabend, dem 4. Oktober auf dem Stadion
„Am Gesundbrunnen"
zum Russenspiel

Die Devise des Rive-Magistrats lautet nicht:

Nehmt es von den Reichen!

Wie kann das Defizit im Haushaltetat gedeckt werden? — Ein praktisches Beispiel, das die „Argumente" der Rive, May und ihrer Blockleute über „keine anderen Möglichkeiten" widerlegt

A.-K. Die Einführung der räuberischen Diktatursteuern in Halle, die neben „Ersparnissen" und der Heranziehung des Ausgleichfonds immer noch über eine Million bis zum Schluß des Etatjahres 1930 einbringen soll, zeigt wieder einmal so recht die Methoden der bürgerlich-kapitalistischen Finanzmißwirtschaftler im hallischen Magistrat. Die berühmte Magistratsvorlage zur „Sicherstellung einer geordneten Fürsorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen" spricht sich über die „Ersparnisse im ordentlichen Haushalt", die 500 000 Mark betragen und mit zur Senkung des Defizits dienen sollen, nicht aus. Man bekommt aber schon einen Begriff, wenn man hört, daß die Dotation an den Schulhausbaufonds, der bei jeder Etatberatung zu Auseinandersetzungen mit dem Bürgerblock führt, allein um 100 000 Mark gestraft gestraft werden soll. Die Ersparnisse von 110 000 Mark bei der Kapital- und Schuldenverwaltung sind im höchsten Grade verdächtig. Den schärfsten Widerspruch ruft jedoch die vollkommene Ausschöpfung des Ausgleichsfonds, der durch die jahrelange Mißwirtschaft 350 000 Mark betrug, hervor. Der Ausgleichsfonds wurde schon immer vom Ordnungsblock geschröpft,

Freihalten am 10. Oktober!

und zwar: 1927 um 250 000 Mark; 1928 um 250 000 Mark; 1929 um 650 000 Mark; 1930 um 650 000 Mark. Zusammen: 1 800 000 Mark.

Hätten die „Finanzkünstler" der Stadt, statt die Steuerscheu der Blockleute zu pflegen, sich dieser Methode widersetzt, dann sähe es heute ein wenig anders aus um die Finanzen der Stadt, und es würde sich auch der jetzige Steuerraubzug an den werktätigen Massen, bei dem auch

derjenige, der nichts hat, die Kopfsteuer bezahlen muß,

erübrigt haben. Auch die Staffelung der Negersteuer ist so unsozial wie nur möglich und dient nur dem Zweck, diejenigen, die wenig haben, stark zu belasten und die andern, die viel haben, zu entlasten. Die Kommunisten haben bekanntlich beantragt: Einkommen bis 8000 Mark bleiben steuerfrei, Einkommen über 8000 Mark werden bis zur Konfiszierung (Beschlagnahmung) herangezogen. Das wäre nach den Angaben der Magistratsvorlage über die Einführung der Diktatursteuern noch nicht einmal notwendig, denn der Magistrat verlangte vorläufig nur eine Million. Und diese lumpige Million sollte nicht aus den Kapitalisten herauszuholen sein? Hier der Beweis:

1140 Personen mit einem Einkommen von 8000 bis 25 000 Mark
je 100 Mark Steuer = **144 000 Mark.**
230 Personen mit einem Einkommen von 25 000 bis 50 000 Mark
je 1000 Mark Steuer = **230 000 Mark.**
67 Personen mit einem Einkommen von 50 000 bis 100 000 Mark
je 5000 Mark Steuer = **335 000 Mark.**
21 Personen mit einem Einkommen von 100 000 bis 200 000 Mark
je 10 000 Mark Steuer = **210 000 Mark.**
3 Personen mit einem Einkommen von 200 000 bis 500 000 Mark
je 50 000 Mark Steuer = **150 000 Mark.**

Auf Grund einer solchen Besteuerung der hallischen besitzenden Einwohner unter Zugrundelegung der in der Magistratsvorlage angegebenen Einkommenverhältnisse (siehe oben) kann eine Summe von 1 069 000 Mark herausgeholt werden. Kein Mensch wird behaupten können, daß dieser Vorschlag „uferlos", „undurchführbar" oder „Agitation" sei. Er hat den gerechten Sinn, 60 700 zum größten Teil minderbemittelte Steuerzahler und ihre Ehefrauen (40 230 laut Vorlage des Magistrats), sowie 25 450 einkommensteuerfreie Personen, also die

ärmsten der Armen, von der Negersteuer zu befreien.

Man kommen uns nicht mit der nun verstärkt einsetzenden Kapitalflucht ins Ausland. Dagegen hilft die Sperre der Grenzen und die Einsichtnahme in die Bankkonten sowie die Offenhaltung der Steuerlisten auf den Finanzämtern. Wir wissen, daß die Herren Rive und May für solche Dinge gar nicht zu haben sind. (In der Sowjetunion ist jede Kapitalflucht unmöglich gemacht worden.)

Der reaktionäre Magistrat der Stadt Halle und der Bürgerblock haben die Diktatursteuern durchgepeitscht. Sie haben immer behauptet, es gäbe keine andere Möglichkeit, die notwendige Summe zur Deckung des Defizits hereinzubekommen. Wir haben diese Möglichkeit aufgezeigt und nachgewiesen. Aber die Herren der hallischen Stadtverwaltung wollen es eben nicht von den Reichen, sondern

von den Armen nehmen.

Sie haben allem Anschein nach den bekannten Vers von Heinrich Heine zu ihrem Wahlspruch gemacht:

Hast Du viel, so wirst Du
Noch viel mehr dazu bekommen.
Hast Du wenig, so wird Dir
Auch das Wenige genommen.
Wenn Du aber gar nichts hast,
Ach, dann lasse Dich begraben.
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.

Die hallische Straßenbahn baut ab

Rückgang der Beförderungsziffern — Einschränkung des Straßenbahnverkehrs — Abbau der Löhne
Der nächste Anschlag gegen die Straßenbahner: Massenentlassung

Hundert hallische Straßenbahner standen in diesen Tagen vor der Entlassung. Warum? Das „Volksblatt" wußte vorgestern aus „sicherer Quelle" (Wehag-Direktor Schaumburg sorgt stets für Aktualität seines Blättchens) zu berichten, daß die Verkehrsziffern bei der hallischen Straßenbahn um etwa 10 Prozent zurückgegangen seien. Ursache: Die Wirtschaftskrise. Wie gut ist es doch, daß wir eine Wirtschaftskrise haben, die wir für alles verantwortlich machen können, denkt sich das „Volksblatt" und braucht deshalb auch nicht an die Schmach zu erinnern, die die Sozialdemokraten anläßlich der Tariferhöhungen an den Tag gelegt haben. Sollte die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise nicht auch ein wenig an dem Rückgang der Fahrgäste schuld sein? Wir sagen: Ja!

Täglich sollen etwa 10 000 Menschen weniger die Straßenbahn benutzen als früher. Deshalb Einschränkung des Fahrverkehrs. Die Wehag, die unter aktiver Mithilfe des Sozialdemokraten Schaumburg den Bogen der Rationalisierung herausbekommen hat, fackelt da nicht lange.

100 Straßenbahner sollten entlassen werden.

Der mit der Direktion Hand in Hand arbeitende reformistische Betriebsrat hat nun, um die Entlassungen zu vermeiden, die Belegschaft veranlaßt, einer Herabsetzung der Arbeitszeit von neun auf acht Stunden täglich zuzustimmen. Das ist geschehen und so sind vorläufig Entlassungen vermieden worden. Aber die Straßenbahner haben dabei einen empfindlichen Schaden.

Ihr ohnehin schon erbärmlicher Lohn ist weiterhin erheblich geschmälert worden.

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, das ist praktischer Lohnabbau! Die Wehag wird, wie wir das auch schon früher vorausgesagt haben, ihre Offensive gegen die Straßenbahner fortsetzen. Das nächste Mal wird man hundert oder noch mehr Straßenbahner kaltschnäuzig entlassen, wenn sie nicht zu dem einzigen Mittel greifen, mit den sie alle Anschläge gegen ihre Lebenshaltung abwehren können, den Streik!

*

Ab 5. Oktober treten bei der Straßenbahn folgende Verkehrsänderungen in Kraft:

Auf der Linie 1 wird der Beginn des Frühverkehrs von 5.20 Uhr auf 5.40 Uhr verlegt. Es verkehren die Wagen bis 6 Uhr in einem Abstand von 12 Minuten. Abends fahren die Wagen ab 20.30 Uhr in einer Wagenfolge von 12 Minuten nur noch bis zum Rannischen Platz. Die Zeiten der letzten Wagen zum und vom Gertraudenfriedhof sind unverändert.

Die Linie 2 (Stadtring) verkehrt wie bisher bis abends 20.30 Uhr im 6-Minuten-Betrieb. Dann setzt die Linie aus und wird durch die anderen Linien mit versorgt. Zwischen Schlachthof und Reileck wird wochentags ein Pendelwagenverkehr eingerichtet, der in einer 12-Minuten-Wagenfolge bis 24.30 Uhr dauert. Sonntags wird der bisherige Verkehr der 2 aufrechterhalten. Für die Linie 3 ist insofern eine Veränderung eingetreten, als der 12-Minuten-Betrieb statt wie bisher 22.30 Uhr erst 23 Uhr eintritt. Bei der Linie 4 geht der erste Wagen um 5 Uhr ab Artilleriestraße und 5.30 Uhr ab Heide ab. Die Bahn verkehrt den ganzen Tag über bis Mitternacht im 12-Minuten-Verkehr. Die Abfahrtszeit des letzten Wagens ab Heide ist auf 23.49 Uhr festgesetzt. Ab 23.17 Uhr bis 1.43 Uhr pendelt die Linie 4 zwischen Steintor und Artillerie-Kaserne. Als Ergänzung zur Linie 4 ist eine neue Linie 14 eingerichtet, die im 12-Minuten-Verkehr vom Rosengarten bis Hettstedter Bahnhof fährt, und zwar in der Zeit von 5.43 Uhr (Rosengarten) bzw. 6.15 Uhr (ab Hettstedter Bahnhof) bis 20.07 Uhr. Ab 20.07 Uhr bis 24 Uhr ist der Betrieb der Ergänzungslinie auf die Strecke Steintor—Rosengarten beschränkt. An Sonn- und Feiertagen wird diese Linie bis zur Endstation Heide durchgeführt. Die Linie 5 wird künftig zur Ankunft der Reichsbahnzüge in Trotha drei Wagen zum Bahnhof Trotha durchlaufen lassen.

Die Linien 6, 7 und 8 laufen im großen ganzen wie bisher. Auf der Linie 9 schließlich wird von abends 20.50 Uhr 20-Minuten-Betrieb eingerichtet. Die letzten Wagen fahren ab Riebeckplatz 23.40 Uhr, ab Endstation Reideburg 24.06 Uhr. Für die Abendzüge, die zwischen ½2 und ½2 Uhr ankommen, werden die bisherigen Anschlüsse beibehalten.

Das „Volksblatt" verhöhnt die Straßenbahner

Unter der Ueberschrift: „Solidarität der Straßenbahner" veröffentlichte das „Volksblatt" gestern eine Notiz, die eine schmutzige Verhöhnung der gesamten Belegschaft der Straßenbahn darstellt. Es heißt da: „Die solidarische Haltung der Straßenbahner, die, um Entlassungen zu vermeiden, Kurzarbeit und Lohnkürzungen (!) auf sich genommen haben, verdient vollste Anerkennung." Weiterhin wird die Haltung der hallischen Straßenbahner als eine „kameradschaftliche und im besten gewerkschaftlichen Sinne kollegiale Haltung" bezeichnet. Das sozialdemokratische Winkelblättchen geht also dazu über, die schmähliche Lohnkürzung, die auf Grund der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich eingetreten ist, mit einem Glorienschein zu umgeben. Wenn der reformistische Betriebsrat im Einvernehmen mit der Direktion der Belegschaft diesen Vorschlag gemacht hat und den Straßenbahnern auf diese Weise die Lohnkürzung direkt empfahl, dann ist das allerdings eine im besten reformistisch-gewerkschaftlichen Sinne liegende Haltung. Die Straßenbahner werden die erfolgte Regelung, die ihnen einen empfindlichen Lohnabbau brachte, bestimmt nicht mit Schmunzeln hingenommen haben. Wenn ein Straßenbahner, der eine Familie zu ernähren hat, 3 bis 5 Mark Lohn pro Woche weniger heimbringt, dann ist das keine „Kollegialität", die mit Phrasen der Solidarität oder auch der Kollegialität bemäntelt werden könnte. Die Straßenbahner murren mit Recht über den Lohnabbau und sie werden in Zukunft dazu übergehen müssen, die weiteren Angriffe der Wehag auf ihre Lebenshaltung mit Kampfmaßnahmen zu beantworten.

Der Kontrolleur als Polizist

Heute morgen gegen 1 Uhr hat sich in der Straßenbahn der Linie 6 ein betrunkener Fahrgast gegenüber einem Kontrolleur sehr unanständig benommen. Er weigerte sich, dem Kontrolleur den Fahrschein zur Kontrolle zu übergeben und ging dann dazu über, den Mann zu beschimpfen. Der sehr erboste Kontrolleur forderte darauf den „Fahrgast" dreimal auf, die Wagen zu verlassen. Da dieser aber gar nicht daran dachte, auszusteigen, wurde er von dem Kontrolleur gepackt und in sehr unsanfter Weise auf das Pflaster der Torstraße gesetzt. Der Kontrolleur langte nach diesem Vorfall eine Blechmarke aus der Tasche und erklärte den Fahrgästen, daß er im Straßenbahnwagen die Polizei vorstelle.

Wir wollen uns über das richtige oder unrichtige Vorgehen des betreffenden Kontrolleurs, der sich selbstverständlich eine solche Beschimpfung nicht gefallen zu lassen braucht, nicht auslassen. Interessant wäre es aber zu wissen, was es mit dieser Blechmarke des Kontrolleurs für eine Bewandtnis hat und wie weit die „polizeilichen Befugnisse der Kontrolleure gehen. Hoffentlich kommt es nicht noch so weit, daß den Kontrolleuren außer der Blechmarke auch noch ein Gummiknüppel ausgehändigt wird.

Achtung! Mitglieder der KPD. Stadtteil Süden

Heute Mittwoch, den 1. Oktober, 20 Uhr in der „Schulbrüderklause" wichtige Mitgliederversammlung. Genosse Böschen spricht über die Reichstagswahlen und die nächsten Aufgaben der Partei.

Mit dem Messer gestochen. Gestern entstand in der Leipziger Straße zwischen mehreren Personen eine Schlägerei, wobei eine Person mit einem Messer gestochen wurde. Der Verletzte wurde durch das herbeigerufene Ueberfallkommando der Sanitätswache Schillershof zugeführt. Zwei Personen, die als Täter in Frage kommen, wurden festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt.

Frauentuschen ◆ Spülapparate ◆ Gummi-Bleder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Solidaritätsspiele in Ammendorf

Nachdem die oppositionellen Sportler von Fichte Ammendorf den Beschluß faßten, für die Einheit im Arbeitersport zu kämpfen, finden kommenden Sonntag auf dem Stadion in Ammendorf folgende Spiele statt:

1164	10 Uhr	Ammendorf Jgd. — FTS. 30 Jgd.	Döllnitz
1165	11 Uhr	Ammendorf 4. — ASC. 3.	Döllnitz
1166	½13 Uhr	Ammendorf 3. — Viktoria 3.	ASC.
1167	14 Uhr	Ammendorf 2. — Sportlust 2.	Viktoria
1168	16 Uhr	Ammendorf 1. — Sportlust 1.	Schade, Wörmlitz

Wir erwarten, daß die Einwohner von Ammendorf und Umgebung den Kampf für die rote Sporteinheit durch einen Massenbesuch unterstützen.

Fußball-Serienspiele am 5. Oktober

Vereine und Schiris, beachtet die Aenderungen

1. Klasse, 1. Gruppe

330	16 Uhr	Zörbig 1. — Cröllwitz 1.	Pätz, Viktoria
342	16 Uhr	Bruckdorf 1. — Fortuna 1.	Blume, Sportlust
683	½11 Uhr	Minerva 1. — Wörmlitz 1. (auf dem Stadion)	Krüger, Teutonia
338	16 Uhr	Sportbrüder 1. — ASC. 1. (auf der Peißnitz)	Lausch, Teicha

1. Klasse, 2. Gruppe

361	16 Uhr	Viktoria 1. — Lettin 1.	Stoye, Trotha
357	16 Uhr	Diemitz 1. — Union 1.	Uebe, Trotha
356	16 Uhr	Teutonia 1. — Askania 1.	Kleinschmager, Bruckdorf

1. Klasse, 3. Gruppe

389	16 Uhr	FTS. 30 1. — Mötzlich 1. (in Wörmlitz)	Reuter, Fortuna
395	16 Uhr	Reideburg 1. — Trotha 1.	Küster, Askania
398	14 Uhr	93 Weißenfels 1. — Teicha 1.	König, Sportbrüder

2. Klasse, 1. Gruppe

413	14 Uhr	Bruckdorf 2. — Cröllwitz 2.	Weßmar
417	13 Uhr	Minerva 2. — Wörmlitz 2. (in Wörmlitz)	Giebichenstein
825	14 Uhr	Zörbig 2. — Brachwitz 1.	Brachstedt

2. Klasse, 2. Gruppe

440	14 Uhr	Teutonia 2. — Askania 2.	Cröllwitz
722	16 Uhr	Lettin 2. — Spielvereinigung 1.	Cöllme

2. Klasse, 3. Gruppe

445	16 Uhr	93 Weißenfels 2. — Reideburg 2.	Sportbrüder

2. Klasse, 4. Gruppe

468	16 Uhr	Viktoria 2. — Amsdorf 1. (in Amsdorf)	Minerva
739	14 Uhr	Teicha 2. — Trotha 2b	Brachstedt
475	16 Uhr	Cöllme 1. — Weßmar 1.	Lettin

3. Klasse, 1. Gruppe

501	½14 Uhr	Eisdorf 1. — Sportbrüder 2.	Zscherben

3. Klasse, 2. Gruppe

539	½17 Uhr	Zscherben 1. — Merseburg 2.	Cröllwitz

3. Klasse, 3. Gruppe

751	½13 Uhr	Zörbig 3. — Cröllwitz 3.	Viktoria
763	14 Uhr	Fortuna 3. — Weßmar 2.	Brachwitz
554	½13 Uhr	Trotha 3. — 93 Weißenfels 3.	Diemitz

3. Klasse, 4. Gruppe

838	½13 Uhr	Zscherben 2. — Döllnitz 3.	Cröllwitz

Jugend, 1. Gruppe

782	¼10 Uhr	Minerva 1. — Fortuna 1. (auf dem Stadion)	ASC.
784	13 Uhr	Union 1. — Weßmar 1.	93 Weißenfels

Jugend, 2. Gruppe

606	½15 Uhr	Gröbers 1. — Diemitz 1.	Minerva
859	½15 Uhr	Lettin 1. — Döllnitz 1.	Cöllme

Jugend, 3. Gruppe

876	½12 Uhr	Trotha Jugend — 93 Weißenfels Jugend	Teicha
806	½12 Uhr	Zörbig Jugend — Viktoria Jugend	Brachstedt

Eisdorf Jugend ist von der Serie zurückgezogen.

Pflichtgesellschaftsspiele am 5. Oktober

1149	16 Uhr	Merseburg 1. — Dehlitz-Lösau 1.	Lochmann, Reideburg
1150	14 Uhr	Merseburg 3. — Dehlitz-Lösau 2.	Reideburg
1151	13 Uhr	Bruckdorf Jgd. — Dehlitz-Lösau Jgd. (Merseburg)	Merseburg
1154	14 Uhr	ASC. Jugend — Zorbau Jugend	Sportlust

Neu angesetzte Pflichtspiele

1155	16 Uhr	Gröbers 1. — Döllnitz 1.	Willig, Reideburg
1156	13 Uhr	Gröbers Jugend — Diemitz Jugend	Reideburg
1157	16 Uhr	Lieskau 1. — Zorbau 1. (in Nietleben)	Askania
1158	13 Uhr	Diemitz 2. — Zorbau 2.	Teutonia
1159	15 Uhr	Wansleben Jugend — Lieskau Jugend	Zscherben
1160	16 Uhr	Wansleben 1. — Lieskau 2.	Zscherben
1161	16 Uhr	Brachstedt 1. — Brachwitz 1b	Diemitz
1162	½15 Uhr	Brachstedt 2. — Brachwitz 3.	Zörbig
1163	13 Uhr	Brachstedt Jugend — Brachwitz Jugend	Diemitz
1169	12 Uhr	Teutonia 3. — Askania 3.	Cröllwitz

Landessparte Fußball Sachsen-Anhalt

Die für Sonntag, den 5. Oktober, nach Halle einberufene Spartensitzung fällt organisatorischerseits aus und wird auf Sonntag, den 19. Oktober, verlegt. Allen Bezirksleitern und Schiri-Obmännern dies zur Kenntnis. Landesspartenleitung. O. Schönfeld.

Handballspiele am Sonntag, dem 5. Oktober

Vereine und Schiris, beachtet die Aenderungen!

1. Klasse, 1. Gruppe

607	16 Uhr	Dieskau 1. — Osmünde 1	Schaaf, Wörmlitz
608	16 Uhr	Cröllwitz 1. — Nietleben 1.	Tschipang, Osmünde
609	10 Uhr	Wörmlitz 1. — FTS. 1.	Müller, Seeben

1. Klasse, 2. Gruppe

622	16 Uhr	Nauendorf 1. — Schwimmer 1.	Schmuhl, Seeben
623	15 Uhr	Glesien 1. — Sennewitz 1.	Gittel, Osmünde
624	16 Uhr	Reinsdorf 1. — Seeben 1.	Rückwaldt, Achilles

1. Klasse, 3. Gruppe

637	16 Uhr	Eisdorf 1. — Achilles 1.	Teutschenthal
638	11 Uhr	Adler 1. — Schraplau (Schwimmer-Platz)	Richter, FTS.
639	16 Uhr	Teutschenthal 1. — Unterröblingen 1. (in Unterröblingen)	Ropens, Schraplau

2. Klasse, 1. Gruppe

652	15 Uhr	Dieskau 2. — Osmünde 2.	Adler
653	15 Uhr	Cröllwitz 2. — Nietleben 2.	Osmünde
654	9 Uhr	Wörmlitz 2. — FTS. 2.	Sennewitz

2. Klasse, 2. Gruppe

667	15 Uhr	Nauendorf 2. — Schwimmer 2.	Gutenberg
668	14 Uhr	Glesien 2. — Sennewitz 2.	Osmünde
669	15 Uhr	Reinsdorf 2. — Seeben 2.	Achilles

2. Klasse, 3. Gruppe

682	15 Uhr	Eisdorf 2. — Unterröblingen 2.	Achilles
683	16 Uhr	Krosigk 1. — Merseburg 1.	Nauendorf
684	15 Uhr	Döllnitz 1. — Achilles 2.	Dieskau

2. Klasse, 4. Gruppe

703	15 Uhr	Atlas 1. — Wieskau 1. (Schwimmer-Platz)	Wörmlitz
704	½15 Uhr	Trotha 1. — Krosigk 2.	Atlas

Jugendklasse, 1. Gruppe

717	14 Uhr	Seeben 1. Jugend — FTS. 1. Jugend	Gutenberg
718	14 Uhr	Unterröblingen 1. Jgd. — Schwimmer 1. Jgd.	Teutschenthal
719	14 Uhr	Schraplau 1. Jgd. — Eisleben 1. Jgd.	Unterröblingen

Jugendklasse, 2. Gruppe

740	14 Uhr	Reideburg 1. Jgd. — Reinsdorf 1.	Gutenberg
741	14 Uhr	Atlas 1. Jgd. — Schwimmer 2.	Trotha

Sportlerinnen

760	14 Uhr	Höhnstedt — Cröllwitz	Eisdorf
761	15 Uhr	ASC. — Schwimmer	Adler
762	15 Uhr	FTS. 1. — FTS. 1b (in Wörmlitz)	Schwimmer

Folgende Anträge sind in der Vorstandssitzung einstimmig beschlossen worden:
Jeder bauende Verein hat jeden Montag bis früh 6 Uhr oder Sonntags telephonisch unter Nr. 290 25 zwischen 19 und 21 Uhr einen Bericht abzugeben, andernfalls 1 Mark Strafe.
Die Geschäftsstunde findet in Zukunft nur in der Zeit von 19.30 bis 21 Uhr statt. Nachdem werden keine Vereinsangelegenheiten mehr erledigt.
Folgende Mannschaften sind von der Serie zurückgezogen: Nietleben 1. Jugend, Seeben 2. Jugend, Teutschenthal 2. Mannschaft. Für Teutschenthal tritt Unterröblingen 2. ein.

Freundschaftsspiele am 5. Oktober

787	10 Uhr	Schraplau 2. — Döllnitz 2.	Höhnstedt
788	14 Uhr	Wieskau 2. — Sennewitz 1.	Nauendorf

Pflichtspiele am 5. Oktober

789	Reideburg 1. — Magdeburg 1. (Könnern)	Gall, FTS. 30
790	Gutenberg 1. — Magdeburg 2. (Könnern)	Gall, FTS. 30

Mitteilungen. Gutenberg 1. wird aufgefordert, bis nächsten Montag das Geld zu zahlen. Die Schiris müssen ihre Bilder abgeben. Ich mache nochmals auf die Berichterstattung Sonntags aufmerksam. Ich bitte, die Spiele im Interesse unserer Bewegung auszutragen. Nicht antretende Mannschaften und Schiris müssen gemeldet werden. J. A.: Franz Richter.

Sonnabend, den 4. Oktober, 20 Uhr, findet im „Volkspark" nach dem Spiel Rußland — Halle auf dem Stadion eine sehr wichtige Vereinsvorständesitzung statt. Alles hat zu erscheinen, sonst erfolgt Bestrafung. Kurt Glaser.

Walhalla
Heute 20 Uhr 4914
Gala-Première der Operett.-Kriminal-Revue
Der schwarze Diamant
Musik: Frank Stafford, der bekannte Schlager-Komponist
Große Berliner Prominenten-Besetzung!
Prunkvolle Kostüme und Ausstattung!

Stadt-Theater
Heute, Mittwoch 20 bis 22¼ Uhr
Ensemble-Gastspiel Harry Liedtke
Ein idealer Gatte
Schauspiel von Oscar Wilde
Donnerstag 20 bis 23 Uhr
Der Wildschütz
Oper von A. Lortzing 4915

Gelegenheitskäufe! Gebr. Möbel spottbillig
Stoye
Jägerplatz 10, H. r.

Donnerstag Schlachtefest
bei Frida Meyer
Weißenfels, *1492
Fischgasse 13

Zoologischer Garten
Donnerstag, den 2. Oktober, 20 Uhr
Volkstümliches Konzert 4917
des Halleschen Symphonie-Orchesters, Leitung: Benno Plätz
Eintritt 50 Pf., für Abonnenten frei
Sonnabend bis Montag, den 4. bis 6. Oktober:
!! 3 billige Tage !!
Eintritt: Erw. 40 ₰, Kinder 20 ₰

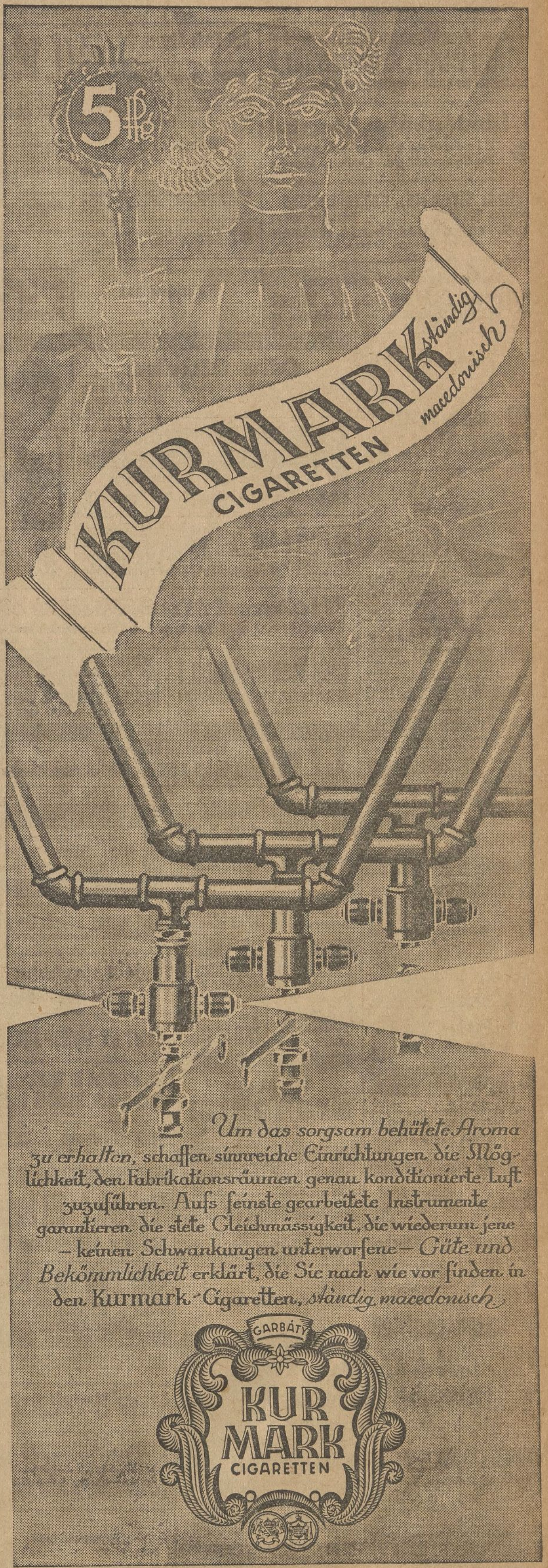
Mit wenig Geld
Möbel auf Teilzahlung
Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel aller Art, Bettstellen, Sofas, Chaiselongues, Schränke, Vertikos, Kleinmöbel, Federbetten Anzüge, Ulster, Paletots
N. Fuchs, Halle a. S.
Große Ulrichstraße 58
I., II., III. Etage, kein Laden

Von Donnerstag 5 Uhr ab steht ein gr. Transport
Ferkel und Läufer
von 40—120 Pfd. aus besten Zuchtgebieten sehr billig zum Verkauf 4916
H. Richter, Halle, Trothaer Str. 80
Telephon 237 52

Wieder etwas Besonderes:
Alles für 95 Pf.!
Der große Sonderverkauf bei 1493
KINSKY
Wittenberg, am Markt
Anschlußhaus d. Einkaufskonzerns Herm. Tietz

NUR 50 Pfennig
beträgt der monatl. Abonnementspreis für das Organ der Werktätigen in Stadt und Land
„Mitteldeutsches Echo"
Bestellungen nehmen alle Trägerinnen und Postanstalten entgegen, wie der Verlag Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Lasierte
Küchen
auf
Teilzahlung
Mark 190,—
Anzahlung Mk. 20,—
Wochenrate Mk. 3,—
Eichmann & Co.,
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 51
Gr. Ulrichstr. 36
Verlangen Sie Liste 3



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0007

B. Führer durch die Geschäftswelt für „Klassenkampf"-Leser, Arbeiter, Angestellte und Beamte im Bezirk Halle-Merseburg

Halle

Richard Fricke Holzschuhe — Leder — Pantoffelfabrikation / Mauerstr. 1 30318

Reserviert 117 30416

Trinkt die gute Milch aus der Molkerei Trotha Gebr. Nagel 30198

Auto-Kühler Neuanfertigung Reparatur E. Pape, Mansfelder Straße 45 30430

Lederhandlung H. Pfafferoth Gr. Klausstr. 1 30426

Beerdigungs-Anstalt **Willy Lutze, Krukenbergstr. 7** Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Versicherungsvereins 30114

F. Lindenhahn, Königstr. 8 Eisenwaren, Werkzeuge Baubeschläge, Oefen, Herde 30326

Paul Kraneis, Kohlenhandlung Beesener Str. 222 Telephon 298 27 Briketts, Koks, Grude, Holz — Frei Haus und ab Lager — 30322

Elektrische Anlagen **Funger & Haage, K. Rast** Haus der Elektrotechnik — Geiststraße 28 30176

Rest. Friedr. Thurm, Verkehrslokal für jedermann 30067

Brennholz ofenfertig, à Ztr. Mk. 1,50 laufend abzugeben. Ver. Bürstenfabrik Dessauer Str. 7. Tel. 264 62 [30157

Reserviert Nr. 9 30150

Wiesenheu, ferner sämtl. Futterartikel liefert Friedrich Brandt, Delitzscher Str. 82-87 30145

Friedrich Berger sen. Brückenwagenfabrik, Lessingstraße 15 30146

Reserviert 111 30144

C. Schober Auto-Öle Schwetschkestr. 36 Tel. 263 35 30321

Bartels & Beck, Leipziger Str. 82. Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- u. Küchengeräte 30151

Schaufensterstellagen u. Dekorationsgegenstände, Metall- u. Glasaufsätze, Gehänge für Fleisch und Wurstwaren Fritz Fügemann, Halle a. d. S. Anhalter Straße 11 [30153

Reserviert für Schmiedemeister Richard Beyer, Landsberger Straße 63 [30143

Reserviert 113 30424

Fabrik für **Kupferwaren, Rohrleitungsbau und Zentralheizungen** **Ernst Nilius** Delitzsch. Str. 78 Fernr. Nr. 23666 30419

Rosen-Apotheke Merseburger Straße 112 Ecke Lauchstädter Straße [30069

:: Autoreifen — Reparatur :: A. Schreiber, Krondorfer Str. 3 30155

Reserviert Nr. 8 30156

Groß-Lackieranstalt Halle-Diemitz Inh.: Paul Steinbach, Tel. 343 90 30425

Reserviert 30310

Baumgartel, Gr. Steinstr. 17 Fachgeschäft für Bandagen Lieferant sämtlicher Krankenkassen 30163

Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät" Inhaber: M. Burkel 30158 Kleine Steinstraße 4 Telephon 26393

Reserviert 110 30147

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf Große Wirkung

Roßschlächterei K. Böhlert Halle (Saale) Olearlusstraße 8 Ammendorf Hauptstraße 28 ff. Fleisch- u. Wurstwaren 30166

Reserviert 101a 30307

Fliesen liefert und verlegt **Gebr. Stelzer** Delitzscher Straße 90 Telephon 336 50 30421

Reserviert 106 30414

Halle-Zentrum

Otto Mucha Tabak- u. Süßwaren-Großhandlung Lerchenfeldstraße 12 und Große Nikolaistraße 6 30195

Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. Halle a. S. Weinessig - Tafelessig Essigsprit - Mostrich - Speiseöl 30187

50 Jahre 1880-1930 **Aug. Zeiß** Erste Hallesch. Sauerkohlfabrik u. Gurkeneinlegerei m. elektr. Betr./Sauerkohl und Konserven en gros / Fernruf 265 36 30309

Zoo Herrlich gelegen Ständ. wechselnd. Tierbestand Große Neuanlagen 30191

OPEL das wahre Volksauto **OTTO KÜHN, Halle** Tel. 27351 Merseburger Str. 40 30182

Molkerei Niemberg empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 30169

Mostrich- und Speiseölfabrik **Wilhelm Krahnert & Co.** empfehlen Tafelsenf, Essigsprit, Weinessig, Speiseöle, Fischmarinaden Fernruf 21058 Kontor und Fabrik: Fischerplan 6 30167

Färberei Naumann & Co. reinigt, färbt, wäscht preiswert / Fabrik: Jacobstr. 39 30172

Gute Romane stehen im „Klassenkampf"

Hallensia die gute Eiernudel 30174

Halle-West

Drogen - Farben - Foto Seifen - - Haushaltungsartikel Bruno Pretzsch, Moritzzwinger 1 30168

Albert Müller Futtermittel Glauchaer Straße 31 - - Fernruf 2887 30186

Waldemar Förster Bäckerei Schwetschkestraße 26 [30317

Otto Fricke, Fischerplan 1 Ecke Herrenstr. Kolonial- u. hausschl. Wurstwaren [30330

Otto Hertrampf, Glauchaer Straße 58 Drogerie u. Farbenhandlung [30064

Richard Marschalleck Tischlerei u. Glaserei ◆ Jägerplatz 30 30333

Max Hunger, Adolfstr. 1 Milch, Butter, Spez. Schlagsahne Tel. 216 63 30334

Extraktreiche Likóressenzen zum Selbstbereiten von Likören, 1 Dtzd. sortiert, für 12 Liter ausreichend Mk. 4,20 **Laborat. E. Walther** Halle-Trotha 112 [30332

Gebrauchsgeschirre jeglicher Art liefert die Firma **Heinrich Baensch** ◆ Porzellanfabrik, LETTIN 30335

Reserviert Nr. 4 30319

Möbel aller Art, preiswert u. gut **O. Bernhardt** Herrenstraße 19 30194

Nur für Wiederverkäufer: Fleischsalat :: Heringssalat **E. Elsner**, Feinkostfabrik Moritzzwinger 12 30197

Halle-Nord

I. Lotze Trothaer Straße 20 30331 Herren- u. Damen-Konfektion / Arbeitskleidung

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten!

Oskar Sperling Klempnerei u. Installation Reilstraße 24 [30177

Werbt neue Leser!

Werbt für die „Rote Hilfe"

Halle-Süd

Else Klingbeil Ww., Woll- und Weißwaren Merseburger Str. 109 30070

Barbara-Drogerie Merseburger Str. 104 Tel. 329 50 Farben, Tapeten, Photo, Drogen 30071

JOHANNES-DROGERIE Emil Schulze, Südstr. 8, neben dem Spielplatz / Photo / Farben [30173

Paul Schneider, G.m.b.H. Werkzeuge, Eisenwaren u. Stahlwaren 30180

Adler-Drogerie, Königstraße 14 Ecke Landwehrstr. Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien 30189

Max Zaubitzer Steinweg 52 Kl. Ulrichstr. Prima Roßfleisch und Wurstwaren Speisewirtschaft [30325

Gasth. „Erholung" u. Lebensmittelgesch. Friedrich Schmidt, Trothaer Straße 36 30063

Glaserei und Tischlerei **ALFRED BÜTTNER** Triftstraße 33 30192

Halle-Cröllwitz

Konditorei u Bäckerei **Otto Schaaf** Cröllwitzer Straße 12 Spez.: Kaffee- und Teegebäck [30344

Klara Jänicke Lebensmittel Kohlen 30345

Nur dem unser Geld, der es mit unser Presse hält

Löbejün

Gasthaus „Zum schwarzen Adler" Verkehrslokal aller Werktätigen 30365

Albert Refert Brot- und Feinbäckerei 30366

Werbt für den Klassenkampf

Lettin

Genossenschaftler deckt Euren Bedarf im eigenen Geschäft 30352

Gasth. Zur Erholung Verkehrslokal der Arbeiter Schiepziger Str. 15 30349

Lochau

Kurt Genthe Schuhwaren und Reparaturwerkstatt 30131

Wettin

Otto Hennig Brot- und Feinbäckerei 30351

Burgliebenau

Trinkt nur **Braunbier** aus der Brauerei **Marx** 30221

Alsleben

„Zur neuen Sonne" / Kino, Gartenlokal 30341

Hermann Pfaffe Fleisch- und Wurstwaren 30340

Bäckerei - Konditorei Ernst Landau Pulverhof 30 30343

Reserviert 25 30342

Könnern

Walter Ramdor Möbel all. Art Ständ. Ausstellung, günstige Zahlungsweise 30308

Schraplau

„Zum Bürgergarten" Verkehrslokal aller Werktätigen Telephon 282 30280

Brot-, Weiß-, Feinbäckerei, Motormühle, Futtermitt. Wilh. Thümler Unt. Braunschweig. Straße 1 [30312

Oberröblingen

Arbeiter gehen zum Herren- und Damenfriseur **Paul Wölbing** Erwerbslose bevorzugte Preise 30276

Landbrot-Bäckerei **Franz König** 30277

Kauft in unseren Volksbuchhandlungen

Döllnitz

Der Kenner trinkt nur **HANISCH-GOSE** Döllnitzer Gose-Brauerei Hanisch & Neumann 30137

Schäfers Gärtnerei, Steg 3 30223

Gustav Ulrich, Hausschl. Fleisch- und Wurstwaren, Verkaufsstand: Markt Ammendorf 30224

Konfektionshaus **Kurt Binnewies** Ammendorf 30226

Ammendorf

Kauft bei **Probsthayn**, Mittelstr. 10 30132

Karl Möbus, Hallesche Straße 12 — Rind- und Schweineschlächterei — 30120

Curt Rosenhahn Gärtnerei und Baumschule Chausseehaus Rosengarten 30121

Kauft nur Lipffert-Zigarren 30122

Spezialwerkstatt für Motorfahrzeuge Paul Hauck, Tel. 340 88 Roseng. 30123

Wilh. Bauermann, ff. Fleisch u. Wurstwaren Hallesche Straße 174 30125

Ratskeller Ammendorf, der angenehme Familien-Aufenthalt / Gute Küche Spezialausschank: Sandler-Bräu 30232

Albert Henze Klempnerei, Installation, Heizungen, Be- u. Entlüftungen 30124

Schokoladenhaus Heinrich Schneider Regensburger Straße 5 30127

Paul Schmidt, Regensburger Straße 93 Rind- und Schweineschlächterei 30128

Die Arbeiterschaft trinkt **Jeßnitzer Braunbier** Vertreter: Otto Zornemann 30233

Gasthaus Radewell Empfehle meine Lokalitäten 30230

Reserviert

M. Kopp Lebensmittel Brauhausstraße 23 30134

Max Steinmetz Bäckerei u. Konditorei Rosengarten 30234

Ida Hennig Lebensmittel Alte Heerstraße 22 30135

Reserviert 50

Erich Müller Motor- u. Fahrräder-Reparatur. Elsterstr. 2 [30353

Berta Schröder Lebensmittel 30229

Gustav Schröter. Hohe Straße 8 Hausschl. Wurst, Wild, Geflügel, Konserven 30227

Gustav Godehardt Hüte / Mützen / Herrenartikel Beesener Straße 4 30129

Zentral-Molkerei, Ammendorf Lindenstraße 2 empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte 30130

Otto Schleferdecker Rich.-Loesche-Straße 12 Rind- und Schweineschlächterei 30133

Max Gabler empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte Rosenstraße 3, Milchhalle Ecke Langestraße und Hallesche Straße 30136

Lina Kranz Strumpf- Woll- und Weißwaren 30126

Frau Paul Thiele Regensburger Str. 132 empfiehlt sich der Kundschaft 30225

Eisleben

Trinkt Eilemi-Markenmilch aus dem Milchhof Eisleben 30278

SINGER-Nähmaschinen in altbewährter Güte Eisleben: Glockenstr. 8, Hettstedt: Freimarkt 19 30279

Teutschenthal

Arbeiter! kauft Fleisch- u. Wurstwaren bei Richard Zachäus, Querfurter Str. 19 30286

Brot- und Feinbäckerei **Rudolf Boltze** empfiehlt sich der Arbeiterschaft 30287

Schuhwaren, Maß- und Reparaturwerkstatt OTTO HAHN, Querfurter Straße 48 ◆ 30288

Woll- und Weißwaren, Herrenartikel Franz Strube, Querfurter Straße 44 30285

Reserviert 100 30289

Artern

Loth & Köhler, G. m. b. H. lief. erstklassige Briketts, Grudekoks, Holz 30078

Modenhaus Dieskau Leipziger Straße 15 Die richtige Quelle für guten Einkauf 30079

Schuhwarenhaus Paul Keitel 30080

Bäckerei u. Konditorei Kaffee- und Teegebäck stets frisch Paul Löbnitz, Johannisstraße 2 30081

Werner's Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Winkler [30082

Dienstag, Freitag — Schlachtefest — **Otto Köhler** 30077

Reserviert 50 30083

Nordhausen

Kindling & Tolle Beerdigungs-Institut, Möbellager Bäckerstr. 19 / Tel. 1173 [30504

:: Grabdenkmäler :: nur bei **Riemer & Schulze** 30502

Bestattungshaus Karl Höfer Spezialgeschäft für Beerdigungen Gartenstr. 10-11 Telephon 468 30501

Kaisermühle Mehl und Brot in bester Qualität 30495

Paul König, Werkstatt für feine Polstermöbel. Körnerstraße 2 30496

Bringe meine Qualitäts-Biere in Empfehlung **Friedr. Gerlach** 30497

Treff- ● **Stadt Weimar** Gut gepflegte Speisen u. Getränke 30493

:: Herren- und Damen-Frisier-Salon :: Karl Hörning, Weberstr. 18 [30506

Kauft Euren Bedarf an Radio-Artikel bei Max Teßmer, Elisabethstr. 1 [30491

Kuhns Schnell-Besohl-Anstalt und Schuhfärberei, Neue Straße 5 30499

Arbeitsstiefel, Gesundheitsschuhe, Straßenstiefel in guter Qualität. Bahnhofstraße 2 Strohmeyer & Hertel [30494

Schnell-Besohlanstalt, Lederhandlung L. Gerlach, Bäckerstr. 7 [30503

Reserviert Nr. 7 30540

Pinthus & Ahlfeld Das gute Warenhaus 30498

Drogerie Karl Krampe Sandstr. 21 [30490

Hut-Spezial-Geschäft, Magazin zum Pfau, O. Specht, Neue Str. 1 30500

Trinkt Biere vom **Harzer Biervertrieb** Tel. 150 30492

Zigarren, Tabakwaren, billigste Quelle G. Schneider, Barfüßerstr. 17 [30505

Kelbra

Brot- u. Weißbäckerei von Paul Müller 30488

Schuhwarenlager u. Reparaturwerkst. von Wilhelm Bornkessel, Ritterstr. 14 30487

Karl Basten, Kohlen, Kolonialw., Delikatessen, Weiß-, Woll-, Kurz- u. Schuhwaren 30486

Decken Sie Ihren Bedarf in Textilwaren bei Willi Rosenmüller 30485

Kolonialwaren, Bäckerei, Kohlenhandlung und Koks bei Gottschalk 30489

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0008

Glänzender Sieg der KPD.

In Oelsnitz gewinnt die KPD. 1067 Stimmen, alle anderen Parteien verlieren 1063 Stimmen

Am Sonntag fanden in Oelsnitz i. V. die Wahlen zum Stadtrat statt, da die Novemberwahlen durch Einspruch der SPD. wegen formeller Angelegenheiten für ungültig erklärt worden waren. Das für die KPD. glänzende Ergebnis ist folgendes:

Liste 1 KPD. (Opposition)	650	(1120)
Liste 2 Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft	2664	(2691)
Liste 3 SPD.	2555	(2865)
Liste 4 Bürgerl. Wirtsch.-Vereinigung	1699	(1888)
Liste 5 Sparer u. Hypothekengläubiger	601	(668)
Liste 6 Kommunistische Partei	**2183**	**(1116)**

Dieses Wahlergebnis ist in mehr als einer Hinsicht charakteristisch. Das Wichtigste daran ist, daß bei Stillstand bzw. Rückgang aller Parteien die KPD. einen machtvollen Vormarsch angetreten hat, der zur Verdoppelung ihrer Stimmen führte.

Die Brandleristen (Liste 1 KPD. „Opposition") sind vernichtend geschlagen worden.

Sie haben etwa die Hälfte ihrer Stimmen im Verlauf von zehn Monaten verloren. Nichts kann deutlicher ihren Bankrott beweisen. Die Nazis brachten es nicht einmal zu einer eigenen Liste und forderten auf, Liste 4, bürgerliche Wirtschaftsvereinigung, zu wählen. Trotz alledem erlitt diese Liste eine Stimmeneinbuße. Auch die SPD. ging zurück, und zwar um immerhin 310 Stimmen. Während die KPD. 1067 Stimmen gewann, verloren alle anderen Parteien zusammen 1063 Stimmen.

Selten hat ein Wahlergebnis so klar die politische Entwicklung gezeigt und bewiesen, daß die Kommunistische Partei die Einheitsfront der Unterdrückten und Ausgebeuteten organisiert. Dieses Wahlergebnis steht vollkommen im Einklang mit dem Vormarsch der KPD. in anderen Orten und auf allen Gebieten.

Entlassungen im Michel-Konzern

Die Verwaltung des Michel-Konzerns beabsichtigt, ab 1. November den Abraum „Michel" auf etwa zwei Jahre stillzulegen. Dadurch kämen etwa 150 bis 200 Mann zur Entlassung.

Nazi-Banditenüberfall in Magdeburg

Nachher wollte das freche Gesindel die Arbeiter noch anzeigen

In der Nacht vom Sonntag auf Montag überfiel eine Bande von Nationalsozialisten das Büro des Kommunistischen Jugendverbandes in Magdeburg. Als die Banditen die Fensterscheiben einschlugen und die Schaukästen demolierten, wurden einige Jungarbeiter aufmerksam und schlugen die Nazis in die Flucht.

Nachdem nun der Angriff zurückgewiesen war, hatten die Nazis die Frechheit, die Jungarbeiter anzuzeigen, und zwar wegen Bandenüberfall (!). Diese geradezu hanebüchene Frechheit und Umstülpung der Tatsachen war selbst den Polizeibeamten auf dem Revier zu stark und sie lehnten deswegen dieses Ansinnen ab. Immerhin ist dieser Vorfall dafür bezeichnend, wie sehr sich schon die Nazis an den Schutz durch die Klassenjustiz gewöhnt haben.

Auseinandersetzung mit Handgranaten

Am Sonntagabend kam es in Wolmirsleben, Kreis Wanslebe, zu einer eigenartigen Auseinandersetzung zwischen Nazis und ihren Gegnern. Die dortige Gerberscher Gastwirtschaft ist ein Nazilokal und der Besitzer Führer der Nazibanden. Am Sonntagabend waren etwa 15 Personen in der Gastwirtschaft versammelt, als kurz nach 10 Uhr an die Fensterläden gepocht wurde. Draußen stand der sozialdemokratische Gemeindevertreter Hartung eben im Begriff, eine Stielhandgranate abzuwerfen. Die in dem Nazilokal versammelte Gesellschaft geriet in Aufregung. Einer der Gäste verhinderte das Abwerfen der Handgranate, worauf Hartung eine zweite Handgranate zum Vorschein brachte. Indessen wären beide Geschosse nicht losgegangen, da sie nämlich keine Zündkapseln hatten.

Der Vorfall ist zweifellos durch das Verhalten der Nazis und insbesondere ihres Führers Gerber in der vorangegangenen Zeit provoziert worden. Wenn man aber gegen die Nazis wirksam kämpfen will, dann wird man es nicht mit Handgranaten ohne Zündkapseln tun dürfen, sondern die Arbeiterschaft muß sich massenhaft zusammenschließen, die Schwindelpolitik der Nazis entlarven und sie im Massenkampf auch organisatorisch zurückschlagen.

Der Leipziger Racheprozeß gegen den KJVD.

Lockspitzelwerk gegen den Genossen Haubenreißer

Ein entlarvtes Agent-provocateur-Stückchen — Glänzende Haltung der Jungarbeiter

In dem Racheprozeß der Klassenjustiz gegen den KJVD. ereignet sich ein Skandal um den anderen. Wir berichteten gestern, daß man die ausgesprochen politisch befangenen Mitglieder des Gerichtshofes, Frank und Kirchner, trotz aller erdrückenden Argumente der Verteidigung weiter amtieren läßt. Weiter, daß bereits sieben Tage Haft gegen Zuhörer und Angeklagte verhängt wurden wegen des Rufes: „Rot Front!"

Jetzt kommt der größte Skandal von allen, nämlich die unvermeidliche

Lockspitzelmache,

die gegen den Hauptangeklagten Haubenreißer in Szene gesetzt wurde.

Ihm wird unter anderem zur Last gelegt, daß er auf der Bahn in Leipzig ein Paket mit Knöpfen, der Pistolentasche und einem Achselstück Hauptmann Galles, stehen hatte. (!!)

Nun wird folgendes bekannt:

Ein Jungarbeiter schrieb in Leipzig während des Jugendtages eine Postkarte, die er später zerriß. Die Polizei hat diese Karte gefunden, zusammengesetzt und die Adresse des Genossen festgestellt.

Sie erschien in seiner Wohnung, nahm ihn mit auf die Wache und erklärte ihm dort, daß die fragliche Postkarte in einem Paket mit Uniformknöpfen, Achselstücken und der Pistolentasche des Hauptmanns Galle gefunden wurde, und daß dieses Paket aller Wahrscheinlichkeit nach ihm gehöre.

Wir fragen den Herrn Staatsanwalt in aller Oeffentlichkeit:

Wieviel Pakete mit der Pistolentasche, den Knöpfen, den Achselstücken von der Uniform Hauptmann Galles gibt es denn?

Wir erklären, daß das fragwürdige Paket mit den Knöpfen, Achselstücken und der Pistolentasche Hauptmann Galles das Produkt eines Agent provocateurs ist.

Die Aussichten des Staatsanwalts müssen ja sehr schlecht stehen, wenn er selbst zu Schwachsinnigen als Zeugen greifen muß.

*

Der zweite Verhandlungstag in dem Racheprozeß gegen den KJVD. begann mit der weiteren Vernehmung der Angeklagten.

Der Angeklagte Denter aus Bielefeld, der während des Osterjugendtages eine Schußverletzung durch eine Polizeikugel erhielt, sagt aus, daß er durch den Tumult am Augustusplatz angezogen und im Gedränge von einem Polizeibeamten in etwa fünf Meter Abstand angeschossen wurde. Der Angeklagte sagt weiter aus, daß er in der Untersuchungshaft bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter gegen das aufgenommene Protokoll Protest eingelegt hat.

Als nächster wird der beschuldigte Genosse Esser aus Düsseldorf vernommen. Er ist ein gebrechlicher junger Arbeiter, der durch die elenden Verhältnisse seine Jugendzeit im Waisenhaus und in Fürsorgeanstalten verbrachte. Er kam mit seinen Genossen aus Düsseldorf zum Jugendtag nach Leipzig. Auf dem Augustusplatz hielt er mit vielen anderen Jungarbeitern in der Nähe des Fahnenmastes eine Schutzkette, um die provozierenden Polizeibeamten von den Demonstranten zurückzuhalten. Als die Polizeibeamten nochmals in bedrohliche Nähe der Demonstranten kamen, bildete er wieder mit anderen Jungarbeitern eine doppelte Schutzkette, um so den kopflosen Polizeibeamten keine Möglichkeit zu weiterem Handeln zu geben.

Ein Polizeibeamter wollte die Kette durchbrechen und schlug mit dem Gummiknüppel einen neben Esser stehenden Kameraden.

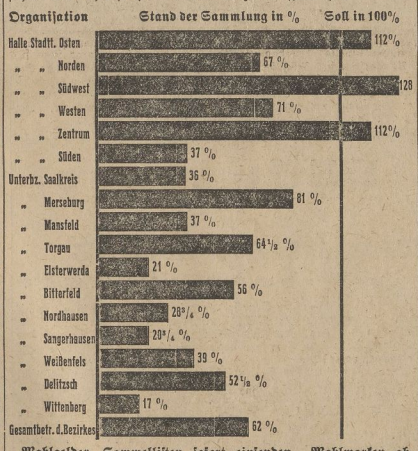
Dieser setzte sich daraufhin zur Wehr, worauf der betreffende Polizeibeamte dem Genossen Esser einen heftigen Tritt in den Leib versetzte.

Als der Verteidiger, Rechtsanwalt Genosse Horstmann, an den Angeklagten Esser hier einige Fragen richten will, versucht der Vorsitzende den Verteidiger Horstmann dauernd zu unterbrechen. Der Genosse Horstmann verwahrt sich entschieden dagegen, vom Vorsitzenden in der Ausübung seines Verteidigeramtes gehemmt zu werden, worauf ihm der Vorsitzende ohne weiteres das Wort entzieht und ihn damit praktisch an der Ausübung seines Amtes als Verteidiger hindert. Dem sofortigen energischen Protest des Genossen Horstmann schließen sich die beiden anderen Verteidiger an. Auf Verlangen des Staatsanwalts Hölder weist der Vorsitzende jedoch diesen Protest der Verteidigung zurück, wobei er sich auf eine Reichsgerichtsentscheidung bezieht.

Die Verhandlung nimmt ihren Fortgang.

Unser Wahlpulver-Barometer

Die Abrechnung der Wahlfondsgelder ist noch im Gange. Dadurch erfährt unser Wahlbarometer immer noch neue Veränderungen. Um auch nach der Wahl die Abrechnungen zu kontrollieren, fahren wir daher fort, das Barometer zu veröffentlichen.



Wahlgelder, Sammellisten sofort einsenden. Wahlmarken abrechnen. Es stehen noch viel Wahlabrechnungen aus.

Eine Protestwelle geht übers Land

Ueber ganz Deutschland geht eine Welle des Protestes gegen die Klassenjustiz der deutschen Trustbourgeoisie, die in Leipzig drauf und dran ist, eines ihrer schändlichsten Werke zu vollenden. Auch in Mitteldeutschland protestieren die Arbeiter und besonders die Jungarbeiter zu Tausenden gegen die Rachejustiz an den zehn Jungarbeitern. In einer von 300 Teilnehmern besuchten Protestkundgebung in Schkeuditz wurde folgende Entschließung angenommen:

Entschließung

„Die in Schkeuditz versammelten Jungarbeiter und Arbeiter protestieren auf das entschiedenste gegen die Anklage und bevorstehende Verurteilung von 11 Jungarbeitern, die anläßlich der Vorfälle auf dem Leipziger Reichsjugendtag des KJVD. verhaftet wurden.

Zur Durchführung der Lohnabbauoffensive in den Betrieben, zur Verschärfung der Rationalisierung, die Millionen deutscher Arbeiter brotlos macht, zur Eintreibung der ungeheuren Millionenlasten neuer Steuern von den Werktätigen bedient sich die Bourgeoisie immer mehr des offenen faschistischen Terrors und der brutalsten Unterdrückung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen. Die deutsche Bourgeoisie steht, daß der Kommunistische Jugendverband der Führer des Jungproletariats in seinem Kampfe ist und deshalb versucht sie mit allen Mitteln, gerade in der jetzigen Zeit der sich immer mehr zuspitzenden Klassengegensätze, das Jungproletariat seiner Führung zu berauben. Dieser Prozeß stellt einen Auftakt zur noch schärferen Unterdrückung der arbeitenden Jugend, zum Verbot ihrer Organisation, des KJVD., dar.

Die Arbeiter und Jungarbeiter von Schkeuditz rufen deshalb das gesamte Jungproletariat auf zum gemeinsamen schärfsten Protest gegen die Klassenjustiz! Schützt die revolutionären Kampforganisationen des Proletariats! Hinein in die Reihen des Kommunistischen Jugendverbandes, allen Schikanen, allem Terror zum Trotz!

Nieder mit der Klassenjustiz! Es lebe der Kampf der Arbeiterschaft und der arbeitenden Jugend um ihre endgültige Befreiung unter der Führung der KPD. und des Kommunistischen Jugendverbandes!"

Aehnliche Entschließungen nahmen stark besuchte Kundgebungen in Halle, Weißenfels und Bruckdorf an. Die Protestwelle ist im Steigen begriffen.

„Bergwerksdirektor" Mosch log ununterbrochen

Am Montag begann vor dem Erfurter Schwurgericht der Prozeß gegen den angeblichen Bergwerksdirektor Otto Mosch und seine Helfershelfer. Dem Mosch werden 15 Meineide zur Last gelegt, außerdem wissentlich falsche eidesstattliche Versicherungen in 21 Fällen. Alle diese Delikte wurden begangen im Zusammenhang mit Hypothekenschwindeleien, die Mosch vorgenommen hat. Um sich bei seinen zweifelhaften Geschäften Rückhalt zu verschaffen, nannte der Mann sich „Bergwerksdirektor". Auch seine Gattin und Schwägerin sind mit angeklagt. Der frühere Schlosser Otto Mosch ist jetzt 55 Jahre alt und körperlich sehr gebrechlich. Zu seiner Verteidigung hat er einen Schriftsatz von 265 Schreibmaschinenseiten verfaßt. Der Prozeß ist im Hinblick auf die dort behandelten Aufwertungsfragen von Interesse.

Sozialistische Aufbaumittel gegen kapitalistisches Chaos

Die Genossenschaftsdelegation, die der Merseburger und Hallische Konsumverein organisiert haben, schreibt uns aus Kiew:

In Kiew, der ersten Hauptstadt der Sowjet-Ukraine, haben wir soeben Kenntnis bekommen von dem Resultat der Reichstagswahlen in Deutschland. Ungeheure Freude herrschte in der Delegation und bei den anwesenden russischen Genossen über den großen Fortschritt, den die KPD. bei diesen Wahlen gemacht hat. Und wir sind überzeugt, daß gerade dieser Fortschritt selber wieder Ansporn sein wird für die Steigerung der Arbeit zur Sammlung der Massen in der revolutionären Einheitsfront des Proletariats.

Wir haben hier vor zwei Tagen die landwirtschaftliche Kommune „Spartakus", zwei Eisenbahnstunden von Kiew, besucht. Ein gänzlich neues Leben ist dort entstanden in den acht Jahren der Existenz dieser Kollektivwirtschaft. 1922 wurde sie gegründet durch freiwilligen Zusammenschluß von 18 Einzelwirtschaften, 1928 waren es 81 und in diesem Jahre, 1930, sind es schon 260 Einzelwirtschaften, die sich freiwillig in die Kommune eingegliedert haben. Insgesamt sind es heute rund 1000 Menschen mit 660 arbeitsfähigen Personen. Bis auf das rein interne Familienleben geschieht alles durch die Kommune: Produktion, Einkauf aller Bedarfsartikel, Herstellung des Essens, Klubveranstaltungen, Kindererziehung und -pflege usw. Neue große Ställe für 200 Kühe, 100 Schweine, Getreide- und Futtermittel-Silos, Wohnhäuser, alles ist neu oder im Bau und dabei geht es allen besser, als es vordem selbst den Mittelbauern ging, die sich jetzt freiwillig in die Kommune melden. Der neue Geist der Gemeinschaft, der dort herrscht, die geistige Regsamkeit besonders auch der Frauen und Kinder, ist einfach nicht zu beschreiben. Und dabei ist das keine Ausnahme, denn allein in dem dortigen Kreis mit 46 000 Einwohnern befinden sich 26 solcher oder ähnlicher Kollektivwirtschaften.

Gestern besuchten wir eine Schuhfabrik in Kiew. Sie ist die erste im Rahmen des Fünfjahrplanes. 2600 Arbeiterinnen und Arbeiter sind dort beschäftigt. Die Arbeit ist aufs feinste spezialisiert. Ein Schuh macht 3000 Arbeitsprozesse durch bis zu seiner endgültigen Fertigstellung. Ueber 1000 Maschinen modernster Art, zum größten Teil schon in der Sowjetunion verfertigt, sind voll in Betrieb. Täglich werden 9000 Paar Herrenstiefel hergestellt. 95 Prozent der Belegschaft waren ungelernte Arbeiter, als die Fabrik vor zehn Monaten in Betrieb gesetzt wurde. Alle haben außerordentlich schnell und gut gelernt. Sie bekommen jetzt 3½ bis 7 Rubel pro Tag. Die roten Direktoren, prächtige Kollegen, bekommen den Lohn der bestbezahlten Arbeiter. Großer Eifer herrscht bei der Arbeit und kein westeuropäischer Arbeiter macht den roten Schuhfabrikarbeitern hier noch etwas vor. Unter ihnen sind 600 Mitglieder der Kommunistischen Jugend. 56 Prozent der Belegschaft sind Frauen. Die kleinen Kinder sind in der Krippe der Fabrik wohl verwahrt. In der sehr schönen Speisehalle wird gemeinsam gut und billig gegessen. Hunderte Arbeiterwohnungen sind im Bau. Alles strotzt vom Aufbau und Sozialismus.

Die deutsche Arbeiterschaft hat die Aufgabe, als nächste das Ausbeutergesindel zu verjagen, ihr eigenes Elend zu beseitigen und Deutschland einzureihen in den Bund der Sowjetrepubliken, für die Beschleunigung des Aufbaues des Sozialismus.

Werbt für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0009

Der Sozialfaschismus treibt seine Blüten!

Bericht von der Stempelbude in Sangerhausen

A.-K. Es vergeht fast kein Tag, wo nicht der allgewaltige Garleb auf der Stempelstelle Sangerhausen versucht, die Erwerbslosen auf jede Art und Weise anzupöbeln. **Garleb ist ein waschechter Sozialdemokrat.** Erwidert ihm ein Erwerbsloser auf seine Anpöbeleien, dann sagt er:

„Sie haben 10 Tage Sperrfrist."

Wäre er nicht Kriegsinvalid — denn darauf sichert er sich — dann hätte er gewiß schon manche derbe Abreibung erhalten. Es kann aber auch einmal vorkommen, daß sich ein Erwerbsloser einmal vergißt, das soll sich Garleb gesagt sein lassen!

Um nicht nur den Erwerbslosen, sondern der gesamten Arbeiterschaft zu zeigen, welche Frechheiten sich dieser Mensch erlaubt, sei folgender Fall, der sich am Sonnabend auf der Stempelstelle zugetragen hat, angeführt:

Die Stempelbude ist eine ehemalige Malerwerkstatt. In dieser steht ein großer Tisch, und um diesen herum stehen die Erwerbslosen. In je 10 Minuten werden 100 Karten gestempelt. Als nun Garleb die Numer der Reihenfolge nach aufruft, passiert einem Kollegen das „Unglück", daß er nicht gleich durch den Knäuel der Erwerbslosen an den Tisch vorkam. Als der Kollege nun seine Karte zum Stempeln vorlegte, hatte Garleb schon fünf Nummern weiter gestempelt. Was sagte nun G. zu diesem Kollegen?

„Wenn Sie sich nicht früher herscheren können, dann kommen Sie jeden Tag zum Stempeln!"

Auf eine Erwiderung des Kollegen sagte er: **„Sie haben uns den ganzen Tag zur Verfügung zu stehen, verstanden!"**

Der Erwerbslose ging darauf in den Hof und erzählte diesen Vorfall seinen Kollegen. Das war für diesen brutalen Menschen ein Anlaß, ihn mit folgender Drohung anzubrüllen:

„Verlassen Sie sofort das Grundstück, ich werde Ihnen 10 Tage die Unterstützung sperren!"

Also nicht genug damit, daß man die Erwerbslosen auf jede Art und Weise schikaniert, sondern man raubt ihnen auch noch die paar Hungerpfennige. Diese Sorte Leute werden auf die Erwerbslosen losgelassen. Es ist die höchste Zeit, daß sich die Erwerbslosen nun endlich zusammenschließen und diesem Handlanger das schmutzige Handwerk legen.

Erwerbslose, Werktätige von Sangerhausen! Bei dieser Gelegenheit sagen wir Euch: Diese Fälle kommen heute nicht mehr einzeln vor, daß sich Sozialdemokraten derartig benehmen. **Die gesamte sozialdemokratische Führerschaft hat sich die faschistischen Methoden zu eigen gemacht.** War es nicht der Sozialdemokrat Wissell, der die Erwerbslosenversicherung dreimal verschlechterte? War es nicht der Sozialdemokrat Zörgiebel, der anläßlich der 1.-Mai-Demonstration 1929 in Berlin 33 Arbeiter niederknallen ließ?

Und sind es nicht Sozialdemokraten, die gemeinsam mit den Nazis die Massensteuern der Diktaturregierung Brüning eintreiben? Sind sie nicht immer dabei, wenn es gilt, einen Anschlag gegen die werktätigen Massen durchzuführen?

Wir rufen Euch zu: **Schart Euch um die Fahnen des Kommunismus! Reiht Euch ein in die rote Klassenfront. Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, die Ihr immer noch diesen Leuten nachlauft, auch Ihr gehört zu uns!** Wir alle wollen den Kampf aufnehmen: Gegen den National- und Sozialfaschismus! Gegen dieses korrupte kapitalistische Ausbeutesystem! Bevor wir dieses nicht gestürzt haben, wird auch das Elend nicht beseitigt werden.

Nur der Kommunismus kann uns retten!

Der Bankrott der Renegaten!

A.-K. Sangerhausen. Die Richtigkeit des Weges der Partei, ihre Reihen reinzuhalten von opportunistischen Elementen, ist uns in Sangerhausen schon zu wiederholten Malen bewiesen worden. Nach dem Hinauswurf der Renegaten hatte nicht nur die öffentliche Entwohnerversammlung mit 800 : 11 der Parteileitung das Vertrauen ausgesprochen, sondern auch **ein Zustrom an neuen Mitgliedern für die Partei setzte ein.** Die Reichstagswahlen brachten einen weiteren Beweis, daß die werktätige Bevölkerung hinter der Partei der Arbeiter steht. **Gegenüber den Reichstagswahlen von 1928 ein Stimmenzuwachs von 560 Stimmen.** Hatten bei den Kommunalwahlen die Renegaten sich eingeredet, sie bilden sich ja immer alles ein und glauben es dann selbst, daß der damalige Wahlerfolg auf sie zurückzuführen wäre, so erbrachte der Ausgang der diesmaligen Reichstagswahlen den Gegenbeweis durch einen **nochmaligen Zuwachs von 175 Stimmen.**

Nunmehr haben die Renegaten einen weiteren Schlag bekommen. Zu Beginn der Auseinandersetzung mit ihnen innerhalb der Partei hatten sie versucht, sich der Verantwortung vor der Parteimitgliedschaft zu entziehen, indem sie Fraktionsarbeit innerhalb der unter ihrer Leitung stehenden Organisationen gegen die Partei machten. So gelang es ihnen durch Verdrehungskunststücke und eine wüste Hetze gegen führende Parteigenossen, einen Beschluß, die Beziehungen zur KPD. abzubrechen, durchzusetzen. So bei dem Turnverein „Friesen" und beim Invalidenbund. **Ihr Siegestaumel hat nicht lange gewährt.** Ihre Unsähigkeit, Organisationen als führende Person vorzustehen, hat ihre Niederlage beschleunigt.

Nachdem sie im Turnverein „Friesen" den Karren in den Dreck gerückt hatten, das gesamte Organisationsleben, genau wie in der Partei, lahmgelegt hatten, wußten sie keinen Ausweg mehr. **Ihr Streben, der reformistischen Genossenschaftsbürokratie und damit der SPD. wohlgefällige Dienste zu leisten, hatte sie bewogen, um eine Wiederaufnahme in den ATSB. zu bitten. Fast auf den Knien** betteltten sie die **Bundesbürokratie an,** bis diese sich herabließ und durch den SPD.-Schwimmverein am Orte folgende Bedingungen stellen ließ:

1. Vereinigung mit dem Schwimmverein. 2. Paritätische Zusammensetzung des Vorstandes. 3. Anerkennung des Bundesstatuts. 4. Ausschluß des Genossen Fleischer.

Gellertz Hunde, die sich von ihm treten und rauswerfen ließen, waren bereit, mit einer Hundedemut ohnegleichen diese schmählichen Bedingungen anzunehmen. Schon glaubten sie den Boden gut vorbereitet und den Weg freigemacht zu haben. Triumphierend beriefen sie eine außerordentliche Mitgliederversammlung ein, um mit allen Mitteln einen dementsprechenden Beschluß durchzusetzen.

Aber die „Friesen"mitglieder waren sehend geworden. Waren sie noch vor wenigen Monaten dem Renegaten Fessel und seinem Anhang gefolgt und hatten die Beziehungen zur KPD. abgebrochen, so **beschlossen sie jetzt die Ablehnung der Bedingungen des Bundes resp. des SPD.-Schwimmvereins.**

Damit waren diesen Leuten um Fessel und der SPD., die bereits geglaubt hatten, sich in das gemachte Bett legen zu können, die Felle weggeschwommen. Wie die betrübten Lohgerber **legten sie sofort ihre Vorstandsämter nieder. An ihre Stelle wurden kommunistische Genossen gewählt.**

Die Arbeiterschaft hat nunmehr die Pflicht, den Turnverein „Friesen" mehr denn je zu unterstützen.

Laßt Fessel und Ko. ihren Weg zur SPD. gehen, den ersten Schritt taten sie bereits, indem sie auf Grund der Abstimmung ihren Austritt aus dem Turnverein „Friesen" vollzogen und damit ihren Bankrott erklärten.

Fessel hat keinen Grund, sich gekränkt zu fühlen, wenn er so bezeichnet wird wie er es verdient.

Ein Mensch, der Arbeiter der Klassenjustiz denunziert, was ist der?

Ein Verräter! Laßt ihn die Rolle der beleidigten Leberwurst weiterspielen. Wir gehen unseren Weg auf dem Boden der Opposition weiter. **Wir stehen zum revolutionären Proletariat.**

Sangerhausen. Fünf Verletzte durch einen Hund. In der Nähe von Emseloh lief einem Leipziger Auto ein Hund in den Weg. Der Kraftwagen überschlug sich, die vier Insassen und der Chauffeur wurden mehr oder weniger erheblich verletzt. Sie wurden ins Krankenhaus nach Sangerhausen gebracht.

Büdo Luxus
wenige Bürstenstriche – strahlender Hochglanz

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Die Schande des § 218

„Verbrechen wider das leimende Leben!"

Die Verurteilten besaßen zehnmal mehr Verantwortung als das Gericht

A.-K. So lautete die Anklage vor dem Großen Weißenfelser Schöffengericht, die kürzlich gegen zwei Mädchen im Alter von 18 Jahren sowie gegen zwei Frauen und einen Arbeiter verhandelt wurde. Weinend gestehen die beiden Mädchen, daß sie durch ihre Armut und durch die Stellungslosigkeit ihrer Verlobten sich verpflichtet hielten, die Frucht ihrer Schwangerschaft zu beseitigen. Die „Weise Frau" fand sich in der Schwester des wegen Beihilfe angeklagten jungen Arbeiters. Dieselbe gibt mit einer geradezu verblüffenden Autrichtigkeit zu, ein probates Mittel zu kennen und an sich selbst schon ausgeführt zu haben, selbst darüber hinaus schon mehrmalig anderen, auch armen Teufeln geholfen zu haben. Auch in diesen beiden Fällen sei der Erfolg nicht ausgeblieben.

Die Aufdeckung dieser Angelegenheiten ist wieder einmal auf die Geschwätzigkeit der Betreuten zurückzuführen. Die angeklagte Frau, die zweifelsohne nur aus Mitleid gegenüber diesen beiden jungen Menschen gehandelt hat (sie nahm nie einen Pfennig Bezahlung), muß nun auf drei Monate ins Gefängnis wandern. Außerdem erhielt eines der beiden Mädchen wegen versuchter Abtreibung in zwei Fällen je zwei Tage Gefängnis oder 10 Mark Geldstrafe. Das andere dasselbe in einem Fall, der Arbeiter sowie die Mutter einer der Angeklagten erhielten je eine Woche Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist, weil sie das nötige Geld für die Anschaffung der notwendigen Apparaturen gegeben hatten.

Dieser Fall, einer von vielen, beweist wiederum klar und eindeutig, welche primitiven Mittel angewandt werden, um zu verhindern, daß das Elend durch das Gebären von ungewollten Kindern nicht noch größer gemacht wird. Diese Urteile müssen uns aufs neue anspornen zum Kampf gegen den Schandparagraphen 218.

Aus Naumburgs Paßfälscher-Zentrale

Schwere Niederlage der Naumburger Justiz

A.-K. Seinerzeit berichteten wir am 16. und 19. Juli unter den Kennwörtern

„Kommunisten als Freiwild behandelt" und „Kommunistenjagd in Almrich",

daß man den Genossen Schuster, weil er im sogenannten **„Paßfälscherprozeß" zu 500 Mark** verurteilt worden war, zwingen wollte, eine verjährte Restfrage zu verbüßen. Ebenso wollte man nicht gestatten, die Geldstrafe in Ratenzahlungen zu tilgen.

Trotz ärztlich bescheinigter Haftunfähigkeit beauftragte man drei Wachtmeister (Oberleitung Landjäger Jurkscheidt), den Genossen Schuster aus dem Bette heraus zu verhaften. **Die Verhaftung mißlang,** da unser Genosse den Beamten ein Schnippchen schlug. Er ging durch die Lappen.

Nunmehr reichte unser Genosse das gesamte Material dem preußischen Justizminister zur Nachprüfung ein. **Unter der Wucht der Tatsachen hat das Preußische Staatsministerium auf Antrag des Justizministers den Genossen begnadigt und die Geldstrafe auf 150 Mark ermäßigt.**

Wir stellen vor aller Oeffentlichkeit fest, daß unser Genosse **nicht um Gnade angerufen hat, sondern sein Recht haben wollte** in Sachen der Verjährung der Reststrafe. **Die Geldstrafe im Naumburger Paßfälscherprozeß hat der Minister von sich aus herabgesetzt, ohne Antrag unseres Genossen.** Der Fall des Genossen Schuster zeigt wieder einmal deutlich der Oeffentlichkeit, was es für eine Bewandtnis hat mit dem Urteilsspruch

„Im Namen des Volkes".

Ueber die Paßfälscher in Naumburg, den Helfern der feigen Mordgesellen, wird zur gegebenen Zeit **„Im Namen des Volkes" das richtige Urteil gesprochen werden.**

Weitere Einzelheiten über den blutigen Zwischenfall bei einem Erntefest

A.-K. Teuchern. Zu unserer kürzlichen Veröffentlichung „Erntefest mit blutigem Ausgang" kann jetzt noch folgendes ergänzt werden:

Das Messer, mit welchem der Landwirt Bergner aus Krauschwitz durch Herzstich erstochen worden ist, ist gefunden worden, und zwar soll es sich um das Taschenmesser des verhafteten Arbeiters Karl Koschnik aus Kostplatz handeln, man will sogar noch Blut am Messer entdeckt haben. Außerdem will der Arbeiter Koch, welcher auch an diesem Abend durch zwei Messerstiche erheblich verletzt wurde, nach seiner Aussage von dem Arbeiter Koschnik gestochen worden sein. Er sagt nämlich, als er sich eine Latte von einem in der Nähe befindlichen Zaun abgerissen hat, wäre er in die Nähe des Koschnik gekommen und plötzlich hätte er geblutet, was kann man hieraus alles entnehmen? Den Arbeiter Koschnik hat man in das Gerichtsgefängnis Naumburg transportiert. Wie sich die Sache weiter entwickelt zu diesem verhängnisvollen Fall, werden wir berichten.

Weißenfels. Stadtbücherei. Die Lesehalle ist vom 1. Oktober an wieder an Wochentagen von 16 bis 21 Uhr geöffnet. Die Buchausleihe in der Stadtbücherei findet vom gleichen Tag an täglich von 11 bis 12 und von 16 bis 19 Uhr statt.

Zeitz. Mißglückter Raubüberfall. Am Sonntag wurde ein Arbeiter aus Rasberg am Schlingenweg von zwei Unbekannten überfallen, die die Geldbörse forderten und, da der Arbeiter kein Geld bei sich hatte, darauf seine Uhr verlangten. Der Ueberfallene wußte sich nicht anders zu helfen, als sein Taschenmesser stichbereit zu machen. Daraufhin ergriffen die Räuber das Hasenpanier.

Am Freitag, 3. Oktober, in Nordhausen

Roter Kampftag gegen den Faschismus

18.45 Uhr: Antreten aller Antifaschisten am Bahnhof. Empfang des Referenten. Marsch durch die Stadt zum Gerichtsgebäude. Abholen unserer Angeklagten.

19.30 Uhr: Kundgebung auf dem Markt.

20.30 Uhr: Oeffentliche Versammlung in der „Stadt Berlin".

Es sprechen: Referent der BL. und die Angeklagten vom 6. März. Arbeiterfrauen, Arbeiter aus Nordhausen und Umgebung, erscheint in Massen zu diesen Veranstaltungen. Legt ein wuchtiges Bekenntnis gegen Nationalsozialismus und Klassenjustiz ab.

KPD. Rote Hilfe. KJVD.

Am Freitag, dem 3. Oktober, 20 Uhr, in Heringen im Lokal „Anker"

öffentliche Massenversammlung.

Thema: „14. September. Was nun? Warum roter Steuerstreik?" Referent aus Halle.

Sonnabend, den 4. Oktober, 20 Uhr, in Kleinwechsungen öffentliche Versammlung.

Thema: „14. September. Was nun?" Referent Gen. Ludwig.

Eisdorf. Freitag, 3. Oktober, 20 Uhr, findet im Parteilokal eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Der Genosse Schipa, Eisleben, erscheint zu dieser Versammlung. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, müssen die Parteigenossinnen und -genossen restlos erscheinen.

Merseburg-Querfurt

Eine gute „Ordnungsstütze" in Lauchstädt

A.-K. Wachtmeister Schulze hat das Privileg, an verbotenen Glücksspielen öffentlich teilzunehmen, falsche Anzeigen zu erstatten usw., usw. In der letzten Stadtverordnetensitzung verlangten die Stadtverordneten im Auftrage der Bürgerschaft Untersuchung der erdrückenden Tatsachen gegen Schulze, die weit über die Grenzen Lauchstädts bekannt sind. Als der Vorgänger Schulzes einem Freunde gegenüber etwas verlauten ließ, daß der Rendant und der Bürgermeister mehr Gehalt aus der Stadtkasse erhielten, als ihnen zustände, wurde gleich ein Fall konstruiert und der betreffende Wachtmeister mußte springen.

Der Rendant S. zahlte das mehrerhobene Gehalt vor der Untersuchung freiwillig zurück und dem Bürgermeister wurden vor einiger Zeit 600 Mark gekürzt. Das zeigt doch, daß der Wachtmeister die Wahrheit gesprochen hat. Das zuviel erhaltene Gehalt mußte Bürgermeister Grimm zurückerstatten. Wachtmeister Schulze ist vom Bürgermeister Grimm nach Lauchstädt geholt worden. Als Polizeiverwalter hat Grimm gewiß eine große Macht. Er kann jedem etwas anhaben, auch wenn nichts vorliegt, wie er selbst geäußert hat. Grimm hat aber dabei seine Machtbefugnisse überschritten. Selbst seine vorgesetzte Behörde konnte nicht mehr alles billigen. Wir erinnern nur, daß für die Feuerwehr absolut kein Geld da war, aber für den Luxus-Hanomag Geld da sein mußte. Einen Schulze zu decken gegen die Forderungen der Stadtverordneten ist ihm wiederum geglückt.

Wir protestieren ganz entschieden gegen dieses Verhalten! Als kürzlich in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung der untersuchende Richter immer wieder auf die Meineide des Wachtmeisters Schulze zu sprechen kam und der Professor Siefert als Gerichtssachverständiger in seiner Aussage die Tatsache unterstrich, daß in Lauchstädt und Umgegend allgemein bekannt sei, daß Schulze es mit dem Eidschwören nicht so genau nehme, da wurde es auf einmal recht still im Polizeistübchen am Markt.

Die vielen Beschwerden, die gegen Schulze von seiten der Bevölkerung kommen, werden eines Tages nicht mehr von Grimm unterdrückt werden können. Der Tag wird kommen, wo die vorgesetzte Behörde in Merseburg Stellung gegen Schulze und seinen Freund Grimm nehmen muß. Wir machen die Merseburger Behörde darauf aufmerksam, daß Schulze seinen Freunden Haussuchungen am Tage vorher ankündigt. In der Stadtverordnetenversammlung erklärte Grimm auf die Anfragen der Bürgerschaft, ob man gegen Schulze nicht vorgehen könne, daß dies Sache der Regierung sei. Als man Schulze nahelegte, doch Beleidigungsklagen anzustrengen, wenn er sich unschuldig fühle, erwiderte er, er hätte keine Zeit, sich auf den Gerichten rumzudrücken. Natürlich weiß sowohl Schulze wie Grimm, daß diese Anklagen richtig sind.

Die Bevölkerung von Lauchstädt wird nicht eher ruhig sein, bis diese Angelegenheit, die seit Jahren die gesamte Bevölkerung erregt, geklärt ist. Schulze gehört nicht mehr auf einen Beamtenposten. Er muß entfernt werden.

Bitterfeld-Wittenberg

„Höfliche Beamte" auf dem Arbeitsamt Bitterfeld

Von einem Bitterfelder Kleingewerbetreibenden wird mir folgender Fall erzählt:

„Ich benötigte dringend einen Mann zur Arbeitsleistung in meinem Betrieb. Ich ging zum hiesigen Arbeitsamt, um von dort eine Arbeitskraft zugewiesen zu bekommen. Da ich noch nichts mit dem Arbeitsamt zu tun hatte, konnte ich auch die Büroeinteilung desselben nicht kennen. Ich ging in das erste beste Zimmer hinein, in der Hoffnung, dort eine Auskunft zu erhalten. Aber weit gefehlt. Als ich meinen Wunsch nach Auskunft, in welchem Büro sich die Arbeitsvermittlung befinde, äußerte, schauzte mich der dort sitzende Beamte im Kasernenhofton an:

„Hier gibt es keine Auskunft, wir haben keine Zeit, Ihnen das zu erklären!"

Als ich ihm sagte, daß ich hierher gekommen bin, um Leute anzufordern und daß ich über sein Verhalten Beschwerde einreichen werde, war der Beamte ganz mäuschenstill geworden. Ich verließ darauf das Zimmer.

Der „höfliche" Beamte immer hinter mir her, selbst bis auf die Straße kam er mit und bat, nichts von dem Vorgefallenen zu melden. In sämtlichen Zuschriften, die man vom Arbeitsamt bekommt, heißt: **„Auskunft wird höflichst erteilt." Wie die Höflichkeit aussieht, habe ich am eigenem Leibe erfahren!"**

Arbeiter, Erwerbslose, genau so, wie mit diesem Arbeitsgeber einmal umgegangen worden ist, geht man mit Euch täglich um.

Ihr müßt diese Bürokraten ganz energisch zurechtstauchen. Höfliches, anständiges Betragen ist eine ganz selbstverständliche Forderung, die Ihr alle stellen müßt!

Delitzsch-Torgau

Unterterbezirk Liebenwerda

Am 5. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in Biehla-Elsterwerda (Gasthof Lohse) eine Unterbezirks-Delegiertenkonferenz statt. Zu erscheinen haben alle Betriebs- und Straßenzellen, Ortsgruppen und Arbeitsgebiete. Außer den Ortsgruppen-Delegierten haben bestimmt alle Gewerkschaftsfunktionäre zu erscheinen. Tagesordnung ist durch Einladung bekannt. Referent der BL.

Dommitzsch. Hier versuchte der landwirtschaftliche Arbeiter Franz Hoppe seinem Leben wegen verschmähter Liebe ein Ende zu machen. Er brachte sich mit dem Taschenmesser zwei ziemlich erhebliche Wunden bei und mußte dem Krankenhaus Torgau zugeführt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0010

Weitzel v. Mudersbach vor dem Kadi

Am Freitag, dem 3. Oktober, findet am hallischen Schöffengericht Abteilung 23 der Prozeß gegen den früheren Rechtsanwalt Weitzel von Mudersbach wegen gefährlicher Körperverletzung statt. Dieser hat sich bekanntlich ein schweres Sittlichkeitsverbrechen an einer Arbeiterin zuschulden kommen lassen, das vom „Mitteldeutschen Echo" aufgedeckt und angeprangert wurde. Wir werden in unserer Sonnabendausgabe über diesen Prozeß berichten.

Kravesa verkauft Kraftwagenlinien?

Die Kravesa hatte am Montag in Halle eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die sich mit dem in Erwägung gezogenen Verkauf der provinzialsächsischen Linien der Gesellschaft beschäftigte. Wie wir hören, wurde die Ermächtigung zum Verkauf sämtlicher Personenkraftwagenlinien der Kraftverkehr Sachsen-Anhalt A.-G. an die Reichspost erteilt, allerdings unter gewissen Voraussetzungen, die noch näher festgelegt werden sollen. Die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit dürfte erst in zwei bis drei Wochen fallen.

Kanalbauamt Halle bleibt noch bestehen

Während die Kanalbauämter Leipzig, Merseburg und Bernburg aufgelöst wurden bzw. bis zum 31. Januar 1931 aufgelöst werden, wird das Kanalbauamt in Halle bis auf weiteres bestehen bleiben. Es soll die Ergänzungs- und Restarbeiten aus dem Bereich der aufgelösten Aemter durchführen. Zu diesem Zwecke wurde ein Beamter des aufgelösten Amtes Leipzig nach Halle beordert.

Verkaufszeit an den Sonntagen vor Weihnachten

Für den Stadtkreis Halle und die Gemeindebezirke Ammendorf und Wörmlitz-Böllberg wird in diesem Jahre für die letzten beiden Sonntage vor Weihnachten, und zwar den 14. und 21. Dezember 1930, als zulässige Beschäftigungs- und Verkaufszeit für den erweiterten Geschäftsverkehr in allen Betrieben des Handelsgewerbes, einschließlich des Speditionsgewerbes, gleichmäßig die Zeit von 8 bis 9½ und von 11½ bis 18 Uhr festgesetzt. Insoweit in der Bekanntmachung des Polizeipräsidenten vom 19. Juni 1925 andere Zeiten festgesetzt sind, finden sie am 14. und 21. Dezember 1930 keine Anwendung; für den Milchhandel verbleibt es bei der bisherigen Verkaufszeit (6 bis 9½ und 11½ bis 13 Uhr). Für den Gewerbebetrieb im Umherziehen sowie den beweglichen Handel, mit Ausnahme von Milch, sind keine Ausnahmen zugelassen.

Ausschuß-Fraktion der Allgem. Ortskrankenkasse

Am Freitag, dem 3. Oktober, abends 7.30 Uhr, im Lokal „Goldene Kette" äußerst wichtige Sitzung. Keiner darf fehlen.

Die Stadtsparkasse zu Halle öffnet vom 1. Oktober 1930 ab ihre Schalter für den Sparverkehr auch in allen Zweigstellen innerhalb des Stadtbezirks an den bisher freien Mittwoch-Nachmittagen in der Zeit von 3 bis 5 Uhr. Mit dieser Einrichtung wird sie zweifellos den Wünschen der Sparkundschaft entgegenkommen.

Schiffsverkehr auf der Saale. Im Hafen Halle-Trotha verkehrten vom 5. bis 25. September 1930 fünf Motorschlepper, 17 Eilmotorschiffe und 32 Kähne.

Im Walde ermordet

Die Persönlichkeit des am 17. September 1930 im Walde bei Kraupa ermordet aufgefundenen unbekannten Toten ist bisher noch nicht ermittelt. Nach dem Geständnis des Raubmörders Lüdeke soll es sich um einen älteren Mann handeln, den er am 6. Juni 1930 in der Herberge in Elsterwerda kennengelernt hat. Die Angaben über das Alter des Toten decken sich mit dem ärztlichen Befund. Der Tote wird wie folgt beschrieben: Etwa 40 bis 50 Jahre alt, 1,65 Meter groß, trug graugrüne Joppe, braune Manchesterhose, durchgelaufene Militärschnürschuhe und Ledergamaschen, Makounterhose, Einsatzhemd und blaues Vorhemd. In der Mitte des Oberkiefers befand sich ein Stiftzahn, sonst im Ober- und Unterkiefer künstliche Gebisse. Sachdienliche Angaben über die Person des Toten nehmen alle Polizeibehörden, Landjägereistationen und die Mordkommission der Landeskriminalstelle Halle entgegen.

Wandergewerbescheine

Die hiesigen Einwohner, die im Jahre 1931 ein Wandergewerbe fortsetzen wollen oder zu beginnen beabsichtigen, können die Ausfertigung der Wandergewerbescheine vom 1. Oktober d. J. ab in den zuständigen Polizeirevieren persönlich beantragen. Mitzubringen sind der letzte Wandergewerbeschein, das Umsatzsteuerheft und ein unaufgezogenes deutliches Lichtbild des Antragstellers in Paßformat. Der Kopf muß mindestens 1½ Zentimeter groß dargestellt sein. Der letzte Jahresumsatz und der Reinertrag müssen aus der Steuerquittung in jedem Falle genau ersichtlich sein. Kriegsbeschädigte und Invaliden haben den Grad ihrer Invalidität durch Rentenbescheide nachzuweisen. Nach § 459 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 haben die Wandergewerbetreibenden die in ihrem Betriebe beschäftigten Personen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Kleine Klausstraße 16, als Mitglieder anzumelden und dabei die Jahresbeiträge oder mit Erlaubnis des Kassenvorstandes Beiträge für kürzere Zeit im voraus zu entrichten. Ueber die Art der Zahlung hat die Krankenkasse eine Bescheinigung unter Angabe des Grundlohnes und des Wochenbeitrages auszustellen, die bei der Stellung des Antrages auf Erteilung des Wandergewerbescheines mit vorgelegt werden muß. Ohne die Bescheinigung über Zahlung und Stundung der Krankenkassenbeiträge können Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen, in die Begleiter — mit Ausnahme des Ehegatten — eingetragen werden sollen, nicht aufgenommen werden. Eine Verwaltungsgebühr, die je nach dem Umfange des Gewerbebetriebes und dem Werte der Handelsgegenstände 1 bis 10 Mark beträgt, ist sofort bei Stellung des Antrages zu entrichten.

Theater, Konzerte, Vorträge

Opernneueinstudierung im Stadttheater. Am 2. Oktober, dem Donnerstag dieser Woche gelangt unter der musikalischen Leitung von Hanns Epstein und der Spielleitung von Heinrich Kreutz Albert Lortzings komische Oper „Der Wildschütz" zur Aufführung. Es wirken mit die Damen Draeger, Haupt, Koelblin, Schöbel und die Herren Heimbach, Momberg, Roesler und Wilfried. Bühnenbild: Heinrich Kreutz.

Gastspiel der Ludwig-Thoma-Bühne (Egern) im Stadttheater. Am Montag der kommenden Woche gastieren Landsleute von Ludwig Thoma mit der Magdalenen-Tragödie des bekannten Dichters im Stadttheater. Karl Zuckmayer hatte sie kürzlich entdeckt und unlängst gastierten diese Bauerndarsteller mit größtem Erfolg in Berlin. Der Vorverkauf zu diesem Gastspiel beginnt am Dienstag dieser Woche.

Walhallatheater. Das große Ereignis für Halle: „Der schwarze Diamant" ist da! Ganz Halle wird restlos begeistert sein über die große Max-Goldberg-Operetten-Kriminal-Revue. — Heute ist die glanzvolle Premiere der besten Revue unserer Zeit, die im Walhallatheater in der prominenten Berliner Original-Besetzung zur Aufführung gelangt. Kommen! Sehen! Staunen! heißt jetzt die Parole. (Siehe Anzeige.)

Volkshochschule Halle. Am Donnerstag, dem 2. Oktober, 20 Uhr veranstalten Chorgemeinschaft und Kammerorchester der Volkshochschule unter Leitung von Reinhold Heyden in der Aula des Reform-Realgymnasiums, Friesenstraße 3/4, eine Mozart-Abendmusik. Von den Mitgliedern der Chorgemeinschaft werden ernste und heitere Kanons und Chorsätze gesungen werden; das Kammerorchester wird Mozartsche Ländler und Contretänze und die selten zu hörende Ballettmusik aus „Les petits riens" spielen. Gemeinsam werden Chor und Orchester außerdem die Kantate „Dir, Seele des Weltalls" aufführen. Karten im Vorverkauf 20 Pf. in allen Verkaufsstellen, an der Abendkasse 30 Pf.

Zoologischer Garten. Donnerstag, 2. Oktober, abends 8 Uhr volkstümliches Konzert des Hallischen Symphonie-Orchesters, Leitung Benno Plätz. Eintritt 50 Pf. für Abonennten frei. Sonnabend bis Montag, 4. bis 6. Oktober, drei billige Tage. Eintritt Erwachsene 40 Pf., Kinder 20 Pf.

„Wir bedauern aufs tiefste — — —"

Der Vorstand des TV. „Die Naturfreunde" in Halle versucht den Vermittler zwischen Reichsleitung und Ortsgruppenmitgliedschaft zu markieren. Die Reichsleitung wandte sich mit einem Schreiben an die Ortsgruppe Halle und billigte darin die Ausschlüsse zweier Genossen und verlangte, daß weitere 18 Teilnehmer an der Dresdener Fahrt ausgeschlossen werden sollten. Die Adressen dieser Genossen waren der Reichsleitung durch Denunziation der SPD. mitgeteilt. Der Vorstand von Halle, der ja auch „oppositionell" zu sein vorgibt, versuchte nun den Vermittler zu spielen. Er arbeitete nämlich einen Revers aus, der folgenden Wortlaut hatte und den die 18 Genossen unterschreiben sollten:

> „Die Unterzeichneten bedauern aufs tiefste die Zusammenstöße in Dresden und geloben, in Zukunft nur im Naturfreundesinne zu arbeiten."

Hierzu schlug der Vorsitzende Schwarz vor, ein Schreiben an die Reichsleitung zu richten, in dem um die Wiederaufnahme der Genossen „gebeten" werden sollte, weil sie das Vergehen in Dresden „nur aus jugendlichem Leichtsinn begangen" hätten. Er erhielt jedoch von sämtlichen Genossen die richtige Antwort, daß sie keinesfalls um ihre Wiederaufnahme bitten, da sie ja in Dresden nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen gewesen seien und sich dessen bewußt waren, daß sie nur nach Dresden gefahren sind, um in der Reichsversammlung ihre Rechte zu verlangen und dieser den falschen Kurs (lies sozialdemokratischen Kurs) unter die Nase zu reiben. Als Antwort auf das „Bittgesuch" des Vorstandes gaben sie die nachfolgende Erklärung ab, die von sämtlichen Genossen unterschrieben wurde:

> **„Die Unterzeichneten stehen zu ihrem Verhalten in Dresden und sind sich bewußt, daß sie nicht gegen die Interessen der Naturfreunde-Bewegung verstoßen haben."**

Zu dieser Erklärung fand der Vorstand keine Worte, sondern bedauerte, daß nun wir die Folgen hieraus zu tragen hätten.

Die nächste Versammlung, die am kommenden Freitag stattfindet, hätte hierzu noch Stellung zu nehmen. Als „sachlichen" Berichterstatter hat man zu dieser Versammlung den ehemaligen KPD.-Mann Gering von Erfurt geladen, der über die Vorfälle in Dresden sowie über die Reichsversammlung einen Bericht geben soll. Wie dieser Bericht aussieht, können wir uns schon heute denken. Auch Gering will zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Naturfreunde lavieren und verrichtet dabei ständig die Geschäfte der Reichsleitung gegen die Opposition.

Wir fordern alle oppositionellen Naturfreunde-Genossen auf nächsten Freitag im „Volkspark" zur Fortsetzung der Mitgliederversammlung unbedingt zu erscheinen,

damit wir allen Genossen klarmachen können, wohin ihr Kurs führt, der ja auch im Gaumaßstabe eingeschlagen wurde.

Als neueste „Errungenschaft" gibt die Gauleitung ein Rundschreiben heraus, in dem zur „Einigkeit" aufgefordert wird. Wir seien als Naturfreunde keine parteipolitische Organisation. Die Gauleitung bekämpfe eben so gut den sozialdemokratischen Kurs der Reichsleitung, stehe aber auf der anderen Seite auch gegen die Machenschaften der KPD. Das sieht dieser Leitung gerade ähnlich! Aber — so sehr sie auch zetern mag — wir verlangen, daß dem Massenwillen der Mitgliedschaft Rechnung getragen wird und diktatorische Maßnahmen gegen oppositionelle Genossen unterbleiben.

Arbeiter-Sport

Achtung, Vereine des 6. Bezirks (Oppo), Fußball

Der stetig zunehmende Spielverkehr innerhalb unserer Sparte bringt es mit sich, daß die bereits im „Mitteldeutschen Arbeitersport" veröffentlichten Spiele einer jeweiligen Muß-Aenderung unterliegen. Die daraus entstehenden Aenderungen werden in der betreffenden Mittwochs-„Klassenkampf"-Ausgabe erscheinen und sind für alle Vereine als bindend zu erachten. **Spartenleitung.** Schönfeld.

Zum Russenspiel haben abgesagt: Lange (ASC.), hierfür spielt der zuständige Ersatz. Ersatz: Weise (Reideburg), hierfür spielt Torwart Mötzlich.

Atlas-Spielmannszug. Alles erscheint zur Uebungsstunde.

TV. Die Naturfreunde, Halle. Freitag, 3. Oktober, 20 Uhr, Fortsetzung unserer Mitgliederversammlung im „Volkspark". 4875

FC. Sportfreunde Teicha. Freitag, 3. Oktober, findet unsere fällige Monatsversammlung statt. Es ist Pflicht, pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.** 4898

FTS. 1930. Sonnabend, 4. Oktober, nach dem Rußlandspiel Jugendausschußsitzung bei Polzin, Torstraße. Anschließend Vorstandssitzung. — Sonnabend, 18. Oktober, Vierteljahrsversammlung in der Kolonade des „Volkspark". Mitgliedsbuch ist als Ausweis an der Tür abzugeben. Anträge sind bis 11. Oktober an Genossen Gruner einzureichen. **Der Vorstand.** 4897

FTS. 30 Halle. Fußball. Die nächste Mannschaftssitzung findet im „Mansfelder Hof" statt. Die Jugend muß schon ½20 Uhr da sein und vollzählig erscheinen. Wichtige Tagesordnung. 4919

BfB. Trotha. Sonnabend, 4. Oktober, 20½ Uhr Monatsversammlung. 4899

Turn- und Sportverein Fortuna Dölau. Sonnabend, 4. Oktober, findet unsere fällige Monatsversammlung statt. Unseren Mitgliedern dies zur Kenntnis. Erscheinen aller ist Pflicht. **Der Vorstand.** 4904

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrvereinigung Halle. Mittwoch 20 Uhr im „Volkspark" Motorradfahrerversammlung. 4905

ASC. Heute Mittwoch, 1. Oktober, 20.30 Uhr Vorstandssitzung im Vereinslokal.

Freier Wassersportverein e. V. Halle. Alle Genossen müssen Donnerstag die Programme zum Schwimmfest im Stadtbad abrechnen. — Sonnabend 20 Uhr im Bade Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mittwoch (heute) 20 Uhr im Bade technische Sitzung. Freitag 20 Uhr erweiterte Vorstandssitzung. 4907

Fichte Halle e. V. Handball. Sonnabend, 4. Oktober, findet im „Volkspark" eine Handballsitzung statt. Sämtliche Spieler und Spielerinnen haben unbedingt zu erscheinen. Anfang pünktlich 20 Uhr. 4908

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität. Ortsgruppe Halle. Ausfahrten für Monat Oktober: Sonntag, 5. Oktober, Burgliebenau, Abfahrt 13 Uhr Thielenplatz. Sonntag, 12. Oktober, nach Leipzig, Abfahrt früh 7 Uhr Thielenplatz. Sonntag, 19. Oktober, nach Rattmannsdorf, Abfahrt 13 Uhr Hallmarkt. Sonntag, 26. Oktober, Werbefahrt, Abfahrt 10 Uhr Roßplatz. 4909

Sportklub Zörbig und Schiri Viktoria zur Nachricht, daß das Spiel der 3. Mannschaft aus finanziellen Gründen nicht stattfinden kann. **Sportv. Cröllwitz.** 4912

Aus dem Saalkreis

Wir marschieren!

Gute Werbeerfolge im roten Saalkreis

Die Aufnahmen während der Wahlkampagne ab 1. September im Saalkreis für die Kommunistische Partei wurden besonders eifrig durchgeführt. Bisher sind folgende Resultate zu verzeichnen:

Wettin 9, Büschdorf 4, Peißen 4, Nietleben 14, Beuchlitz 4, Ammendorf 8, Döllnitz 6, Dieskau 4, Löbejün 45, Krosigk 5, Seeben 5, Sennewitz 4, Könnern 31, Beesenlaublingen 24.

Parteimitglieder! Verstärkt die Gewinnung neuer Streiter!

Kursus der Marxistischen Arbeiterschule in Ammendorf

Im Auftrage der Ortsgruppe des Verbandes proletarischer Freidenker veranstaltet die Marxistische Arbeiterschule im Jugendheim, Bahnhofstraße, folgende Kurse:

1. Marxistische Weltanschauung. Kursuslehrer Walter Schmidt, Ammendorf. Bis auf weiteres jeden Dienstag, abends 7 bis 9 Uhr. Der Kursus beginnt am Dienstag, dem 7. Oktober.
2. Einführung in die Grundlehren des Marxismus-Leninismus. Kursuslehrer Erich Behnke, Halle. Bis auf weiteres jeden Freitag, abends 7 bis 9 Uhr. Der Kursus beginnt am Freitag, dem 10. Oktober. Zur Deckung der Unkosten werden von Betriebsarbeitern 20 Pfennig, von Arbeitslosen 10 Pfennig pro Abend erhoben. Teilnehmerkarten sind am Dienstag und Freitag eine halbe Stunde vor Kursursbeginn und bei Walter Schmidt, Hallesche Straße 32, erhältlich.

Döllnitzer Stahlhelmer hetzt genau so wie die Sozialfaschisten gegen den AKV.

A.-K. Seit einiger Zeit sind in Döllnitz Genossenschaftsschädlinge am Werke, die auf Grund der in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse entfalteten Hetze gegen den AKV Anklang zu finden versuchen. Von dort aus wird bekanntlich versucht, mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung den proletarischen Konsumverein vor den breiten Verbrauchermassen zu diskreditieren. Das geht so weit, daß die sozialfaschistischen Genossenschaftsfeinde auffordern, die beim AKV. deponierten Gelder abzuheben. Diese Genossenschaftsfeinde haben jetzt auch in Döllnitz Bundesgenossen gefunden, und zwar in privaten Geschäftsleuten, die ihre Waren nicht mehr an den Mann bringen können, weil eben die Konsumwaren um 50 Prozent besser sind. Schon lange haben diese Leute einen Vorwand gesucht, und nun haben sie die in der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse aufgewärmten Ladenhüter als Mittel zum Zwecke einer ausgedehnten Hetze gegen den Konsumverein zu benutzen versucht. Herrn Tiedge empfehlen wir, seinen Laden zuzumachen, denn klassenbewußte Arbeiter kaufen ja doch nichts mehr bei ihm. Er kann höchstens den „Schlauen" als Agitator gegen den Konsumverein benutzen. Nur daß in Döllnitz diesem „Stahlhelmvater" sowieso niemand etwas glaubt und jeder weiß, daß er „streecht".

Den Döllnitzer Genossenschaftlern rufen wir zu, sich noch fester als bisher zusammenzuschließen und angesichts der Hetze gegen den AKV. dem hallischen Arbeiterkonsum jetzt erst recht das Vertrauen zu erhalten. Kauft und spart im Konsumverein, kümmert Euch nicht um das Geschrei und Gekrächze unserer Feinde, den Aasgeiern des Proletariats!

Die Wut der SPD. über ihre Wahlniederlage in Osmünde

A.-K. Lange Zeit haben die SPD.-Größen von Osmünde gebraucht, ehe sie im „Volksblatt" eine Zuschrift unter der Ueberschrift „Wahlklamauk-Nachlese" veröffentlichten. Es ist ein wütendes Gekläff, das nur beweist, wie sehr die SPD. von dem Wahlausgang betroffen worden ist.

Im „Volksblatt" wird den Kommunisten vorgeworfen, daß sie auch durch Anschreiben unserer Parolen an gut sichtbaren Stellen für die Wahl der Liste 4 geworben haben. Im „Volksblatt" ist die Rede von Schandflecken. Dabei ist der ganze „Volksblatt"-Artikel ein einziger Schandfleck, ein einziger Schwindel.

Da ist die Rede davon, daß am frühen Morgen des Wahltages 25 mit Knüppeln bewaffnete Kommunisten acht harmlose SPD.-Arbeiter umringt hätten. In Wirklichkeit hatten unsere von der Wahlarbeit kommenden Genossen keine Knüppel. Die SPD.-Leute aber, die von dem „Volksblatt" als harmlose Schäfchen hingestellt werden, waren dabei, unsere Plakate zu überkleben. Es war gar nicht nötig, daß unsere Genossen sie „umringten". Kaum daß sie unsere Genossen sahen, da verschwanden sie auch schon.

Wenn unseren SPD.-Größen, dem Auch-Arbeiter Barst und seinem Freund Billing, einmal die Wahrheit gesagt wird, dann ist das „provozierend". Als am Sonntag vor der Wahl die Knüppelgarde „Reichsbanner" in unseren Ort kam, war das wirklich eine einzige Provokation, die allerdings an der entschlossenen Haltung unserer Genossen scheiterte.

Die „Volksblatt"-Hetze gegen den Wirt Wenzel, der den klassenbewußten Arbeitern sein Lokal zur Verfügung stellt, diese offene Boykottdrohung wird ganz bestimmt ihren Zweck verfehlen.

Nun aber heraus mit dem „Volksblatt" und allen übrigen bürgerlichen Lügenblättern aus den Arbeiterwohnungen. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jede Arbeiterfrau liest und abonniert den „Klassenkampf".

Ammendorf. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Unser Kursus für erste Hilfe beginnt am Freitag, dem 3. Oktober, ½8 Uhr, im Hintergebäude des Rathauses. Die Uebungsstunden finden daselbst jeden Freitag von ½8 bis ½10 Uhr statt. Der Kursus, welcher unter ärztlicher Leitung steht, ist für alle Teilnehmer kostenlos. Wir ersuchen die Vereine sowie unsere Mitglieder, für diesen Kursus die regste Propaganda zu entfalten.

Wörmlitz-Böllberg. An alle proletarischen Verbraucher. Am Donnerstag, dem 2. Oktober, 20 Uhr, findet im Lokal Rauschenbach eine öffentliche Verbraucher-Versammlung des Allgemeinen Konsumvereins Halle für die Verteilungsstelle 10 statt. Referent: Genosse Bernard Koenen. Verbraucher von Wörmlitz-Böllberg, holt Euch Aufklärung! Erscheint in Massen!

Ortskartell Wörmlitz-Böllberg. Die zu Donnerstag, 3. Oktober, festgesetzte Kartellsitzung findet Umstände halber Donnerstag, den 9. Oktober, 20 Uhr, im Lokal Rauschenbach statt. Den Vereinen dies zur Kenntnis.

Dieskau-Bruckdorf. Alle Genossinnen, Sportler, Arbeiter und Jungarbeiter welche Esperanto erlernen möchten, bitten wir, sich in den Konsumverteilungsstellen der genannten Orte zu melden. Alle näheren Angaben über Ort und Zeit folgen rechtzeitig. Wir verweisen nochmals auf die an alle Organisationen versandten Einladungen und hoffen, daß sich die Arbeiterschaft zahlreich beteiligt.

Togal
unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten.
Entfernt d. Harnsäure! 6000 Ärzte-Gutachten!
Vollkommen unschädlich. Frag. Sie Ihr. Arzt.

Wie wird das Wetter?

Für Donnerstag: Bei schwachen, meist nördlichen Winden aufklärend Nachts sehr kühl und vielfach neblig. Nur mittags etwas wärmer als bisher.

Für Freitag: Im Ganzen etwas heitereres Wetter wahrscheinlich.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Beilagen; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Saalkreis; Franz Amende, Dölau, für Provinz (Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Torgau, Liebenwerda) u. Sport; Walter Häbich, Halle, für Provinz (Mansfeld, Merseburg, Zeitz, Weißenfels); Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; Fritz Kroh, Halle, für Anzeigenteil.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Donnerstag, 2. Oktober, 19 Uhr, im Gasthof Radewell öffentliche Frauenversammlung. Referent: Genossin Ella Seidel.

Unterbezirk Delitzsch

Güntheritz. Mittwoch, 1. Oktober, 20 Uhr, bei Schulze öffentliche Versammlung. Referent der BL. (Diktatursteuern.)

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Freitag, 3. Oktober, 20 Uhr, in der „Reichshalle" öffentliche Frauenversammlung. (Bericht von der Frauenkonferenz.)

Zangenberg. Freitag, 3. Oktober, 20 Uhr, im „Adler" öffentliche Versammlung. Referent BL. (Diktatursteuern.)

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Herzberg. Freitag, 3. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Lokal „Siegeskranz" öffentliche Erwerbslosenversammlung. Referent: Genosse Böge.

Schildau. Freitag, 3. Oktober, 15 Uhr, im „Ratskeller" öffentliche Erwerbslosenversammlung. Referent: Genosse Böge.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Heringen. Freitag, 3. Oktober, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: BL.

Nordhausen. Freitag, 3. Oktober, 20.30 Uhr, in „Stadt Berlin" öffentliche Versammlung. Referent: BL.

Bund der Freunde der IAH.

Halle. Donnerstag, 2. Oktober, Jugendaktiv West 19 Uhr b. Bendlin. Erscheinen ist Pflicht!

Wolfen. Mittwoch, 1. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Heese.

Könnern. Donnerstag, 2. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Bürgergarten". Referent: Dornberger

Halle-Westen. Donnerstag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bendlin.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Halle-Süden. Gruppenabend findet wegen Lokalschwierigkeiten erst Sonnabend statt. 20 Uhr in der „Schultheißklause". Vertreter der BL. anwesend.

Artern. Mittwoch, 1. Oktober, Mitgliederversammlung. Vertreter der BL. anwesend.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0011

Rund um den Erdball

Entsetzliche Brandkatastrophe in Japan

40 Tabakarbeiterinnen verbrannt

Panik in den Arbeitssälen — Alle Rettungsarbeiten waren vergebich

London, 30. September. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise geriet in der japanischen Stadt Tsingtau eine große Tabakfabrik in Brand. Da das Feuer mit einer rasenden Schnelligkeit um sich griff, entstand unter den 300 Arbeiterinnen eine unvorstellbare Panik.

In kopfloser, wilder Flucht stürzten alle nach den Ausgängen. Dabei wurden viele unglückliche Arbeitermädels buchstäblich zertrampelt. Einige versuchten, sich durch den Sprung aus den Fenstern zu retten. Ehe überhaupt nur an einen Löschversuch oder an sonstige Rettungsarbeiten gedacht werden konnte,

waren bereits 40 Arbeiterinnen unter entsetzlichen Qualen verbrannt.

Mehrere hundert Frauen und Mädchen wurden durch Brandwunden mehr oder weniger schwer verletzt. Die gellenden Hilfeschreie der vom Feuer Eingeschlossenen, sowie die Hilferufe der Verwundeten alarmierten Tausende von Zuschauern, die jedoch ohnmächtig zusehen mußten, wie die Unglücklichen in dem entfesselten Element umkamen.

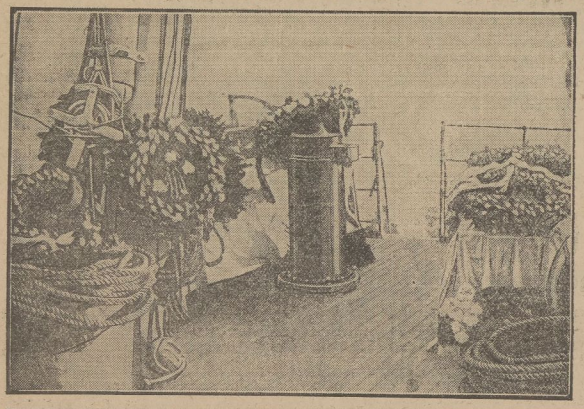
Schweres Autounglück in Polen

Vier Todesopfer

Warschau, 30. September. In der Nähe von Sosnovice im Dromborwaer Kohlenrevier ereignete sich am Montag abend ein furchtbares Autounglück, dem vier Personen zum Opfer fielen.

Ein Privatauto, das sich mit vier Insassen in voller Fahrt befand, stieß bei der Eisenbahnstation Maczek im Augenblick, als es den Eisenbahndamm überfahren wollte, mit einem heranbrausenden Zuge zusammen und wurde über 20 Meter weit mitgeschleift und vollständig zermalmt. Die vier Insassen sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Heimkehr der toten Nordpolfahrer



Unser Bild zeigt die Särge mit den körperlichen Ueberresten Andrées und seiner Gefährten auf Deck eines schwedischen Kanonenbootes, das die Opfer der Wissenschaft in die Heimat zurückführte. Dieses Kanonenboot ist das gleiche Schiff, das vor 33 Jahren Andrées Expedition nach Spitzbergen gebracht hat.

Grauenhafter Fund eines französischen Bauern

Bluttaten eines Eifersüchtigen

Mutter und Tochter ermordet und dann Selbstmord begangen

Paris, 30. September. Am Montag nachmittag machte ein Bauer bei Sentis im Departement Oise einen grauenhaften Fund. In der kleinen Ortschaft Azy fand er am Rande eines zu seinem Felde führenden Landweges die entsetzlich zugerichtete Leiche einer Frau. Im Begriff, spornstreichs in das Dorf zurückzukehren und Meldung zu erstatten, entdeckte er, im Gestrüpp verborgen, eine zweite Frauenleiche. Auch diese war entsetzlich zugerichtet.

Als die Gendarmerie die Fundstelle im weiteren Umkreise absuchte, entdeckte sie, in dichtem Unterholz verborgen, die Leiche eines 23jährigen Arbeiters, der durch einen Gewehrschuß in die Brust ums Leben gekommen war. Neben dem Toten lag ein Gewehr. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß er sich hiermit selbst das Leben genommen hat.

Später gelang die Feststellung der Personalien der beiden Frauenleichen, und zwar handelt es sich hier um eine 40jährige Dorfbewohnerin der Ortschaft Azy und ihrer knapp sechzehnjährigen Tochter. Die Polizei vermutet, daß diese Bluttat den Schlußpunkt eines Eifersuchtsdramas darstellt. Es konnte nämlich einwandfrei festgestellt werden, daß der junge Selbstmörder das ermordete Mädchen seit längerer Zeit mit Anträgen verfolgt hat. Scheinbar hat das Mädchen jedoch nichts von dem jungen Arbeiter wissen wollen, worauf er in sinnloser Eifersucht zuerst Mutter und Tochter ermordet und dann Selbstmord begangen hat.

In Köln geht der „Rote Hahn" um

Brandstifter, der das Feuer ankündigt

Zwölf Brände in drei Wochen — Wahnsinnstat eines Zwanzigjährigen?

Köln, 30. September. Seit drei Wochen herrscht unter der Kölner Bevölkerung große Erregung über eine Serie von Bränden, die unaufhaltsam in Abständen von wenigen Tagen immer an einer anderen Stelle der Stadt ausbrechen. Die Polizei will festgestellt haben, daß die Ursache aller dieser Brände in Brandstiftung zu suchen ist und daß in jedem Falle das Feuer von ein- und demselben Täter angelegt worden ist.

Man vermutet weiter, daß dieser Täter in einem 20jährigen Mann zu suchen ist. Nach dem Beispiel Peter Kürtens, des Düsseldorfer Massenmörders, übt er sich auch in dem Brauch, seine Verbrechen vorher der Polizei anzukündigen. Er bezeichnet selbst die Stellen, wo in den nächsten Tagen das Feuer ausbrechen wird.

Bis jetzt war es noch nicht möglich festzustellen, wer der Absender dieser Briefe ist. Meistenteils laufen sie bei den verschiedensten rheinischen Zeitungen ein und haben fast immer den gleichen Wortlaut. Mit höhnischen Redewendungen macht sich der Schreiber darin über die Polizei lustig, um dann für die nächste oder übernächste Nacht ein neues Feuer anzukündigen. Das Schlimmste dabei ist, daß dann trotz aller Sicherheitsmaßnahmen regelmäßig auch das Feuer zum Ausbruch kam. So entstanden in der letzten Nacht allein in dem Vorort Köln-Dünnwald zwei Brände, die trotz vorheriger schriftlicher Warnung nicht verhindert werden konnten.

Schweres Bauunglück in Zwickau

Acht Maurer in die Tiefe gestürzt

Zwickau, 30. September. Bei einem Hausneubau in Zwickau brach plötzlich mit ungeheurem Getöse ein Baugerüst zusammen. Acht Maurer, die mit Verputzarbeiten an der Hausfassade beschäftigt waren, stürzten in die Tiefe. Sechs von ihnen mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

6 Tage Besorgnis um Tschuchnowski

Der tollkühne sowjetrussische Polarflieger war bereits eine Woche vermißt

Moskau, 30. September. Der bekannte russische Flieger, Genosse Tschuchnowski, der seinerzeit an der Rettung der Nobile-Expedition teilgenommen hat und jetzt im Auftrage der Sowjetregierung auf dem Fluge nach dem Karischen Meer begriffen ist, hat, nachdem er sechs Tage vermißt war, wieder ein Lebenszeichen gegeben. Er sandte einen Funkspruch, in dem er erklärt, er habe infolge der schlechten Wetterverhältnisse den Weg verloren und sei am Jennissei notgelandet. Er und seine Begleiter befinden sich bei guter Gesundheit und werden den Flug nach dem Karischen Meere fortsetzen.

Die Oberammergauner machen Kasse

Seht, seht, das ist ein Geschäft . . .

Oberammergau, 30. September. Nachdem die Oberammergauer in 79 überfüllten Theateraufführungen den Jesus ans Kreuz genagelt haben, hat die Festspielzeit am Montag ihr Ende erreicht.

Die Gesamtzahl der Besucher wird mit 383 000 angegeben. 50 000 Besucher kamen allein aus Amerika, dem Lande der scheußlichen Lynchmorde und barbarischen Arbeiterausbeutung. Aus Old England waren mit Macdonald, der Zierde der 2. Kriegstreiberinternationale, 28 000 zahlungskräftige Misses und Gentlemens herbeigeeilt, um sich zu erbauen. Die Statistik der Hotels verzeichnet 240 000 Uebernachtungen.

Zur Zeit stecken die raffinierten Oberammergauner ihre langhaarigen Köpfe zusammen, um den riesigen Ueberschuß „gemäß des Verdienstes des einzelnen" zu verteilen, d. h. also in der christlichen Sprache, daß die Hauptdarsteller den Löwenanteil, die kleinen Statisten dagegen mit Bettelpfennigen abgespeist werden. Das ganze nennt man Passionsspiele Aktiengesellschaft zur Hebung des Fremdenverkehrs.

Aman Ullah soll die Staatsjuwelen rausrücken

In der Versammlung des afghanischen Nationalrates wurde eine Entschließung angenommen, in der die Rückgabe aller Staatsjuwelen gefordert wird, die Aman Ullah angeblich auf seine Europareise mitgenommen habe. Es fragt sich, ob Aman Ullah, der doch immerhin bereits längere Zeit „arbeitslos" ist, sie nicht schon längst versetzt hat.

Der Heilkundige Bahls verhaftet

Der Heilkundige Franz Bahls aus Melle bei Hannover, der vor mehreren Tagen, wie wir bereits meldeten, einen Eingriff an dem 19jährigen Dienstmädchen Lina Klockenbrinck in Melle vorgenommen hatte, an dessen Folgen das Mädchen gestorben ist, wurde verhaftet.

Riesiges Radiumvorkommen entdeckt

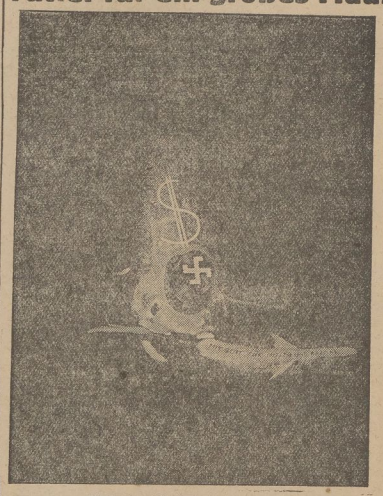
In der Nähe von Wilwirworth in Ontario ist ein großes Vorkommen von Radium entdeckt worden. Sachverständige nehmen an, daß die Erze einen größeren Gehalt von Radium haben, als diejenigen in Belgisch Kongo. Es soll möglich sein, den gesamten Bedarf des britischen Imperiums zu decken.

Ueberfall auf einen Landbriefträger

In Schugsten in Ostpreußen wurde am Dienstag vormittag ein Landbriefträger von zwei maskierten Männern mit vorgehaltenen Revolvern überfallen. Die Männer bedrohten den Landbriefträger und raubten ihm die Postsachen und einen Geldbetrag von 860 Mark.

Sechs Millionen Naziwähler:

Futter für ein großes Maul



„Und den Fisch hab' ich gewählt!"
(Aus der neusten Nummer der AIZ.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, 1. Oktober 1930** | **10. Jahrgang * Nr. 230**

Hungerblockade gegen das werktätige Volk

Das Ausplünderungsprogramm der Diktatur-Regierung — Antwortet mit der Durchführung der Beschlüsse der Delegierten-Konferenz der chemischen, der keramischen Industrie und des Bergbaues Vorwärts zum Streik, vorwärts zum politischen Massenstreik!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 1. Oktober.**

Brüning hat gestern dem Reichspräsidenten Hindenburg und dem sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Braun das Raubprogramm der Regierung vorgetragen. Anschließend hieran hatte Brüning sich in einer Aussprache mit Braun

die Zustimmung Preußens im Reichsrat gesichert.

Darauf wurde das Regierungsprogramm veröffentlicht.

In der Begründung wendet sich Brüning nicht an den neugewählten Reichstag, sondern erklärt, daß die Regierung ihre Vorschläge „dem deutschen Volke" unterbreitet. Das Programm wird weiter als „einheitlicher Plan" bezeichnet. So wird von vornherein zum Ausdruck gebracht, daß es sich um

ein Diktaturprogramm handelt, zu dem der neue Reichstag zwar „Ja" sagen darf, an dem die Regierung aber nichts ändern lassen will.

Rund 1 Milliarde Mark will die Reichsregierung am Haushaltsetat für das Reichsjahr 1931 auf Kosten der Werktätigen ersparen.

120 Millionen Mark sollen den Reichsbeamten aus der Tasche gezogen werden.

Ihre Gehälter sowie die Versorgungsbezüge der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger sollen vom 1. April 1931 auf die Dauer von drei Jahren um 6 Prozent gekürzt werden.

Die gleiche Gehaltskürzung soll bei den Reichsbahn-, Reichsbank- und den Beamten in den Ländern, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts erfolgen. Im Schlußabsatz des Programms erklärt die Regierung, daß die in der öffentlichen Wirtschaft angebahnte Kürzung der Gehälter innerhalb der Privatwirtschaft weiter wirken muß.

100 Millionen Mark will die Reichsregierung auf Grund der bei den Ländern und Gemeinden durchgeführten Gehaltssenkung den Ländern und Gemeinden weniger überweisen.

300 Millionen Mark sollen durch eine Ausgabensenkung im Reichshaushalt durch Abstriche bei den sozialen und kulturellen Ausgaben eingespart werden.

Die Ledigensteuer und 5 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer bleiben aufrechterhalten.

127 Millionen Mark sollen durch Erhöhung der Zölle und Steuern, durch eine stärkere Belastung des Tabaks eingenommen werden.

Dafür wird zu gleicher Zeit den Besitzenden, Ausbeutern, Großagrariern und Unternehmern ein Steuergeschenk durch Herabsetzung der Besitzsteuern um 320 Millionen Mark gemacht.

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft sieht der Plan der Brüning-Regierung den vollständigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vor. Bis zum 1. April 1936 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau abgebaut werden. Am 1. April 1934 soll endgültig die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes erfolgen. Das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz sollen am 1. April 1936 endgültig außer Kraft treten.

Außer diesem auf längere Zeit berechneten „Wirtschafts- und Finanzplan" wird die Brüning-Regierung noch vor dem Zusammentritt des Reichstags auf diktatorischem Wege einen anderen ungeheuren Schlag gegen die werktätigen Massen führen.

Die Beiträge zu der Arbeitslosenversicherung werden durch die Notverordnung des Reichspräsidenten von 4½ auf 6½ Prozent erhöht und gleichzeitig wird angeordnet, daß ein verstärkter Zwang zur Annahme angebotener Arbeit für Unterstützte durchgeführt werden soll.

*

Die Regierung Brüning wagt es, ein solches Programm vorzulegen, wagt es, durch ihre Pressen ankündigen zu lassen, daß sie dieses Programm auf dem Wege der Diktatur durchzuführen gewillt ist,

Sie weiß hinter sich die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien, sie weiß, daß weder die Nazis noch die Sozialdemokraten gegen dieses Ausplünderungsprogramm ernsthaften Widerspruch erheben werden.

Den Nazis ist eben erst von der „Deutschen Allgemeinen Ztg." attestiert worden, daß sie in Thüringen alle ihre Wahlversprechungen schnöde gebrochen, daß sie alle nur denkbaren volksfeindlichen Maßnahmen in der Regierung und im Parlament beschlossen, daß sie sich als ergebene Knechte des Young-Kapitals erwiesen haben.

Die Politik der Sozialdemokratie ist — mag sie sich in der Regierung oder in der „Opposition" befunden haben — stets so gut bürgerlich gewesen, daß sie auch jetzt jede Maßnahme billigen und unterstützen wird, die zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung bestimmt ist. Deshalb ist es auch nichts anderes als Spiegelfechterei und neuer Arbeiterbetrug, wenn in einem Artikel des Paul Loebe, der gestern auch vom „Volksblatt" abgedruckt wird, davon die Rede ist, daß die SPD. „die wirtschaftlichen, nichtsozialen Interessen der anderen" nicht schützen helfen will.

Das ungeheuerliche Raubprogramm der Brüning-Regierung wird verkündet in dem gleichen Augenblick, in dem in den Betrieben Massenentlassungen vorgenommen werden, in dem auf breiter Front die Unternehmer vorstoßen, um die Hungerlöhne der Arbeiter noch tiefer zu drücken.

Wollen die Arbeiter es dulden, daß man sie opfert, damit die kapitalistische Ausbeuterordnung fortexistiert?

Kein Arbeiter kann sich, kein Arbeiter wird sich in das Schicksal ergeben, daß der Arbeiterklasse von ihren Ausbeutern zugedacht ist.

Die Arbeiter müssen kämpfen, aber sie müssen wissen, wie sie den Kampf vorbereiten, wie sie ihn führen sollen. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die Kommunistische Partei zeigen den Arbeitern den Weg. Auf den Hungerfeldzug der Unternehmer gilt es zu antworten mit der

Organisierung des Streiks um Lohnerhöhungen, um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um die Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Am Sonntag hat in Halle die Delegiertenkonferenz für die chemische, für die keramische Industrie und für den Bergbau getagt. Sie hat den Beweis erbracht, daß der Kampf möglich

Lohnraub im Leuna-Werk

180 Angestellten gekündigt

Unter der Maske einer sozialen Maßnahme, nämlich der Herabsetzung der Arbeitszeit in den durchgehenden Schichtbetrieben von 56 auf 48 Stunden zum Zwecke der Sicherung der Arbeitsplätze für „überflüssige" ungelernte Arbeiter und Facharbeiter, hat die Leuna-Direktion einen Lohnabbau angeordnet. Da die Leuna-Könige für die in Wegfall kommenden Arbeitsstunden keinen Lohnausgleich gewähren, kommt ein Lohnabbau von rund 15 Prozent zustande.

Gegen diesen schmalosen Raub, der selbstverständlich von den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten und Betriebsräten gutgeheißen wird, müssen die Leuna-Proleten mit der Organisierung und Aufnahme des Kampfes unter Führung der RGO. antworten.

*

Außerdem wird bekannt, daß am 30. September 180 Leuna-Angestellten gekündigt worden ist. Die Angestellten gehören in die Kampffront.

Die RGO. organisiert den Kampf der Berliner Me

während die DMV.-Bürokra

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 1. Oktober.**

Die Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages sind gestern vollkommen ergebnislos gescheitert. Den Unternehmern genügte nicht einmal der von der DMV.-Bürokratie vorgeschlagene Lohnabbau von 8 Prozent.

Sie bestehen auf der Senkung der Tariflöhne um 15 Prozent.

Die Gewerkschaftsführer machten, um zum weiteren Kuhhandeln Zeit zu gewinnen, den Vorschlag einer Verlängerung des Lohnabkommens um ein halbes Jahr. Nach dem Scheitern der Verhandlungen werden sie den Schlichtungsausschuß anrufen, der noch in dieser Woche zusammentritt und eine Entscheidung herbeiführen soll.

Die Gewerkschaftsbürokratie will damit dem Kampf aus dem Wege gehen und wird jeden Schiedsspruch annehmen, der gefällt wird.

Im Fuhrgewerbe und bei den Bauschlossern haben die Unternehmer schon einen Lohnabbau vorgenommen. Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich deshalb nicht gerührt. Sie fordert einzig und allein zur Besonnenheit auf, das heißt, die Arbeiter sollen sich den Lohnraub ruhig gefallen lassen.

(Eig. Ber.) **Berlin, 1. Oktober.**

Eine gut besuchte Betriebsversammlung der Norddeutschen Kabelwerke Neukölln beschloß:

„Die Belegschaft stellt sich hinter die Forderungen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition und beschließt, jeden Lohnabbau mit dem Streik zu beantworten. Sie fordert die Berliner Metallarbeiter auf, geschlossen gegen den Unternehmerangriff zu stehen unter der Forderung: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich."

Die Betriebsversammlung bildete einen vorbereitenden Streikausschuß.

ihnen auf Grund der Kündigungsfrist von einem Vierteljahr zustehende Gehalt sofort ausgezahlt bekommen. Diese Angestellte brauchen also heute schon nicht mehr auf ihrer Arbeitsstelle zu erscheinen. Nur ein ganz geringer Teil der Angestellten, der den blauen Brief bekommen hat, wird pensioniert.

Unter der Belegschaft des Griesheim-Konzerns, vor allem aber unter den Angestellten, hat auf Grund dieses Vorgehens der Unternehmer eine ungeheure Empörung Platz gegriffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301001-19/fragment/page=0013